



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Parlament und die EZA“

Der österreichische Nationalrat und die von ihm verabschiedeten
Entwicklungsgesetze von 1961 bis 2006

Verfasser

Daniel Marjanović

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Internationale Entwicklung

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Walter Schicho

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Bisherige Forschungsarbeit zur Entwicklungszusammenarbeit	6
1.2. Arbeitsmethode und Vorgehensweise	8
1.3. Der Weg eines Gesetzes	11
1.4. Chronologie und Bedeutung der EZA-Gesetze	14
1.5. Allgemeines zur EZA im Nationalrat	26
2. Diskussionsstränge in der EZA-Debatte	28
2.1. Moral	28
2.1.1. Morale Begründungen für die EZA	29
2.2. Wirtschaft und wirtschaftlicher Eigennutz der EZA	38
2.2.1. „Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung“ (NIWO)	39
2.2.2. Die Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen mit der EZA	45
2.3. Politik und politisch motivierte EZA	56
2.3.1. Der Kalte Krieg	56
2.3.2. Entwicklungshilfe als Schutz vor Instabilität	60
2.3.3. EZA, um das Überleben der liberalen Errungenschaften in Europa zu sichern	61
2.3.4. Der Krieg gegen den Terror	61
2.4. Bevölkerung und Entwicklungshilfe	62
2.4.1. Österreich zuerst	63
2.4.2. Aufklärung der Bevölkerung	64
2.5. Pro-kolonialistische und paternalistische Aussagen	71
2.5.1. Pro-kolonialistische Ansichten	72
2.5.2. Paternalistische Ansichten	72
2.6. Ownership	74
2.7. „0,7“ oder: Wieviel Geld für die EZA?	76
2.7.1. Bekenntnisse zu „0,7“	77
2.7.2. Wann erreicht Österreich endlich die „0,7“	80
2.8. Angriffe auf die politischen Gegner	82
2.8.1. Angriffe auf die Bundesregierung	83
2.8.2. Angriffe auf die Opposition in ihrer Gesamtheit	91
2.8.3. Angriffe auf einzelne Parteien	95
2.8.4. Angriffe auf einzelne Politiker	99
3. Die Parteien und die EZA	104
3.1. SPÖ	105
3.2. ÖVP	111
3.3. FPÖ	116

3.4. Grüne	120
3.5. BZÖ	125
4. Conclusio	125
4.1. Zusammenfassung	129
4.2. Abstract	130
5. Quellenverzeichnis	131

1. Einleitung

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit (EZA) besteht seit vielen Jahrzehnten. Sie ist nicht nur „reine“ Entwicklungspolitik, sondern (auch) Teil der Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Unterschiedlichste Akteure haben sie eingeleitet, vorangetrieben und dafür gesorgt, dass die zweite Republik nie aufgehört hat, sie zu betreiben, wenn auch oft nur auf niedrigem Niveau.

Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur eine staatliche Domäne. Auch viele private Organisationen und Institutionen tragen erheblich zur Entwicklungszusammenarbeit bei¹. Private EZA war und ist auch in Österreich bedeutend, die Rahmenbedingungen der EZA werden aber vom Staat geregelt und zwar durch die Entwicklungsgesetze.

Thema dieser Arbeit sind die österreichischen Entwicklungsgesetze. Als „Entwicklungsgesetze“ bezeichne ich alle österreichischen Gesetze, welche die Entwicklung außereuropäischer Länder zum Thema haben. Das gilt auch für solche Gesetze, mit denen Österreich Institutionen beigetreten ist, deren Hauptziel ebenfalls die Entwicklung dieser Länder ist. Nicht in dieser Arbeit behandelt werden aber die Finanzierungsgesetze für solche Institutionen.

Gesetze müssen ausgearbeitet und verabschiedet werden, bevor sie in Kraft treten. Nur eine Institution hat in Österreich die Macht und das Recht, (Entwicklungs)Gesetze zu verabschieden, das Parlament². Das österreichische Parlament besteht aus der Volksvertretung, dem Nationalrat, und der Vertretung der österreichischen Bundesländer, dem Bundesrat. Der Bundesrat ist aber relativ bedeutungslos, was das Verabschieden von Gesetzen anbelangt; sowohl die Bundesverfassung³ als auch die österreichische „Realverfassung“⁴, also die allgemeinen politischen Gegebenheiten in Österreich, räumen ihm vergleichsweise wenig Macht ein.



¹ 2006 betrug die private EZA 94,5 Millionen Euro vgl: Grundlagen der EZA. EZA-Organisationen. Die Zuschüsse privater Organisationen. In: <http://www.eza.at/index1.php?menuid=1&submenuid=23>. updated: 29. 1. 2008. D. h. ca. 1/6 der tatsächlich geleisteten staatlichen EZA. vgl: EZA-Leistungen. Gesamte öffentliche EZA. Zaholen und Fakten 2006. In: <http://www.eza.at/index1.php?menuid=2&submenuid=241>. updated: 7. 4. 2008.

² vgl.: Österreichische Bundesverfassungsgesetze, Artikel 24

³ vgl.: Österreichische Bundesverfassungsgesetze, Artikel 42

⁴ vgl.: Nick, Rainer/Pelinka, Anton: Politische Landeskunde der Republik Österreich. Berlin. Colloquium Verlag, 1989

Der Bundesrat kann zwar ein (aufschiebendes) Veto gegen einen vom Nationalrat verabschiedeten Gesetzesentwurf einlegen, dieses kann der Nationalrat aber durch einen „Beharrungsbeschluss“ (für den der Nationalrat die Zustimmung von mindestens der Hälfte der anwesenden Abgeordneten benötigt) zurückweisen⁵ (den „Weg eines Gesetzes“ behandle ich genauer im Kapitel 1.3.). Daher habe ich beschlossen, mich auf den Nationalrat zu konzentrieren und den Bundesrat nicht in meine Arbeit einzubeziehen. Der Erkenntnisgewinn, der durch eine Untersuchung des Bundesrates erzielt werden würde, wäre marginal. Auch würde eine umfassende Untersuchung des Bundesrates den Rahmen einer Diplomarbeit sprengen.

Forschungshypothesen

1. Obwohl der Nationalrat jedes Entwicklungsgesetz verabschieden muss, spielt er keine große Rolle in der Gestaltung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.
2. Aus den Plenardebatten kann man aber nicht nur die Einstellung der Abgeordneten und der Parteien zur EZA herauslesen, sondern auch einen allgemeinen EZA-Diskurs des Nationalrats ableiten.

Zur Terminologie

Das Wort „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZA) ersetzte Ende der 1980er Jahre nach und nach das bis dahin gebräuchliche Wort „Entwicklungshilfe“. Deshalb ist in einem Großteil der Aussagen der Abgeordneten von der „Entwicklungshilfe“ und nicht von der „Entwicklungszusammenarbeit“ die Rede. In so einem Fall, außer bei den Entwicklungsgesetzen, die ich immer als „EZA-Gesetze“ abkürze, habe ich bei der Analyse ihrer Aussagen das Wort Entwicklungshilfe beibehalten, um die Leser⁶ nicht zu verwirren.

□

⁵ vgl.: Österreichische Bundesverfassungsgesetze, Artikel 42

⁶ Wegen der besseren Lesbarkeit verzichte ich darauf, sowohl die männliche als auch die weibliche Form zu gebrauchen.

1.1. Bisherige Forschungsarbeit zur Entwicklungszusammenarbeit

Allgemeines zur österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit existiert seit Beginn der 1960er Jahre. Dennoch sind bisher nur relativ wenige wissenschaftliche Publikationen, welche diese zum Thema haben, erschienen. Die jüngsten und diejenigen, die zumindest ansatzweise die Frage der parlamentarischen Entwicklungszusammenarbeit behandeln, sollen nun kurz vorgestellt werden:

Österreich und Afrika (1991)⁷

Seit der Entkolonialisierung gilt Afrika als der Dritte-Welt-Kontinent schlechthin. Die Politik Österreichs gegenüber diesem Kontinent ist Thema von Michael Neugebauers Buch „Österreich und Afrika“. Neugebauer konzentriert sich bei der Darstellung der österreichischen Politik auf das Abstimmungsverhalten Österreichs bei UN-Resolutionen, welche Afrika zum Thema haben, sowie auf die österreichischen Beiträge zu den „Afrika-Debatten“ in der UN-Generalversammlung. Seine Arbeit deckt die Jahre von 1955 (österreichischer UN-Beitritt) bis 1989 ab.

Österreich und die Dritte Welt (1995)⁸

Das ist der Titel der 1995 publizierten Dissertation von Gerald Hödl. Diese Dissertation ist eine umfangreiche Darstellung über die Geschichte der österreichischen EZA, wobei der Autor auch ihren Akteuren breiten Raum widmet. Im Rahmen seiner Untersuchung der Positionen der politischen Parteien zur EZA geht Hödl auch auf die Aussagen einzelner Nationalratsabgeordneter ein. Das österreichische Parlament insgesamt und seine Rolle in der EZA behandelt er aber nicht gesondert.

□

⁷ Neugebauer, Michael: Österreich und Afrika. Dokumentation und Analyse zur Afrikapolitik Österreichs in den Vereinten Nationen. Frankfurt am Main. Peter Lang, 1991

⁸ Hödl, Gerald: Österreich und die Dritte Welt. Positionen der politischen Elite in Österreich 1945-1994. Wien. Promedia, 2004

Die deutsche Entwicklungspolitik im Spiegel der Entwicklungsfinanzierung (2006)⁹

Die Rolle des deutschen Parlaments, genauer gesagt, die der Volksvertretung, des Bundestags, bei der Finanzierung der EZA, behandelt Ludger Reuke. Große Aufmerksamkeit schenkt der Autor dabei dem ersten deutschen Entwicklungsgesetz, welches der Bundestag 1956 verabschiedete. Insbesondere die Hauptargumentationsstränge der Abgeordneten, die sich an dieser Debatte beteiligten, hat Reuke sehr gut dargestellt. Die Untersuchung der Debatte über dieses Gesetz nimmt einen großen Teil von Reukes Arbeit ein, da sie aus seiner Sicht „so etwas wie eine Lehrstunde für die weitere Debatte um die Entwicklungsfinanzierung und ihrer Begründung bis in die Jetzzeit“¹⁰ darstellt.

In Folge liefert der Autor auch einen kurzen Überblick über die Geschichte der deutschen Entwicklungsfinanzierung und der Entwicklungspolitik der verschiedenen deutschen Bundesregierungen. Am genauesten behandelt er dabei die Haltung der Bundesregierung in den Jahren nach 1998, also die Jahre der Kanzlerschaft Gerhard Schröders.

Aktuelle Trends in der Entwicklungszusammenarbeit Dänemarks und Österreichs (2007)¹¹

Diese Diplomarbeit vergleicht die EZA Dänemarks und Österreichs. Sie geht ausführlich auf die Akteure sowie die politische und finanzielle Gestaltung der EZA in beiden Ländern ein. Besonders genau stellt die Autorin Christine Albrecht die Entwicklungen und Veränderungen in der EZA Dänemarks und Österreichs in der letzten zehn Jahre dar. Welche Richtung die EZA in diesen beiden Ländern einschlägt bzw. dabei ist einzuschlagen, wird ebenfalls ausgeführt. Kurz behandelt Albrecht auch die Parlamente Dänemarks und Österreichs und ihre Rolle in der EZA ihrer Länder.



⁹ Reuke, Ludger: Die deutsche Entwicklungspolitik im Spiegel der Entwicklungsfinanzierung. In: Ibeh, Martin Joe und Wiemeyer, Joachim (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Paderborn, Ferdinand Schöningh, 2006, S. 125-139, hier zitiert nach: <http://www.germanwatch.org/ez/d-efin06.pdf> (letzter Zugriff: 7. 1. 2009)

¹⁰ Reuke: 2006, S. 125, hier zitiert nach: <http://www.germanwatch.org/ez/d-efin06.pdf> (letzter Zugriff: 7. 1. 2009)

¹¹ Albrecht, Christine: Aktuelle Trends in der Entwicklungszusammenarbeit Dänemarks und Österreichs. Diplomarbeit, Universität Wien, 2007

1.2. Arbeitsmethode und Vorgehensweise

Ziel meiner Arbeit ist die Darstellung und Analyse der Entwicklungszusammenarbeit des österreichischen Nationalrats. Um dieses Ziel zu erreichen, bediene ich mich der *Kritischen Diskursanalyse* Siegfried Jägers, die im folgenden kurz vorgestellt werden soll.

Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Was ist ein Diskurs?

Diskurse sind nach Jäger historisch gewachsen, in der Gegenwart präsent und einem ständigen Wandel unterworfen. Sie setzen sich aus verschiedenen „kleinen“ Diskursen zusammen, die Jäger als Diskursstränge bezeichnet. Diese wiederum werden von „Diskursfragmenten“ gebildet.¹²

Die Natur und Struktur eines Diskurses beschreibt Jäger folgendermaßen: „In einer gegebenen Gesellschaft bilden die Diskursstränge zusammen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Dabei stellt dieses Gesamt ein äußerst verzweigtes und ineinander verwurzeltes Netz dar.“¹³

Um einen Diskurs verstehen und analysieren zu können, ist es daher notwendig, seine verschiedenen Diskursstränge näher zu betrachten.

Was ist ein Diskursstrang?

Diskursstränge sind kleine Diskurse innerhalb des Gesamtdiskurses. Sie setzen sich aus den Diskursfragmenten zusammen. Den Zusammenhang zwischen Diskursfragmenten und Diskurssträngen stellt Jäger so dar (Hervorhebungen im Original): „Als *Diskursfragment* bezeichne ich einen Text oder Textteil, der ein bestimmtes Thema behandelt [...]. Eine gewisse (endliche!) Menge solcher Diskursfragmente macht einen

□

¹² Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Dissertation, Universität Duisburg, 1993, S. 181

¹³ Jäger, 1993, S. 184

Diskursstrang aus. Diskursstränge sind also Abfolgen von Mengen thematisch einheitlicher Diskursfragmente.“¹⁴

Für die Diskursanalyse ist es daher unumgänglich, zuerst mit den Texten, den Diskursfragmenten, zu beginnen, bevor man zu den Diskurssträngen und dem Gesamtdiskurs übergehen kann.

Was ist eine Diskursanalyse?

Diskursanalyse soll den Diskurs möglichst genau darstellen und analysieren, sie „verfolgt das Ziel, dieses Netz [den Diskurs] zu entwirren.“¹⁵ Da Diskurse „eine Geschichte, eine Gegenwart und eine Zukunft haben“¹⁶, muss man auch diese in der Analyse berücksichtigen, ebenso den „Faktor Mensch“: „Nur als solche Resultate [menschlicher Arbeit, menschlicher Taten] sind sie [die Texte], wenn auch oft nur rudimentär, im Prinzip ihrer Grundstruktur erfassbar und analysierbar. Und weil diese ‚Gegenstände‘ Ergebnis(se) historisch-menschlich/gesellschaftlicher Tätigkeit sind, sind es auch die Bedürfnisse und Motive, die Absichten und das Wollen der Menschen in ihren historischen Orten und unter den jeweilig gegebenen Machtverhältnissen, dominanten Ideologien bzw. diskursiven Verstrickungen, die sich – in mühevoller Kleinarbeit – rekonstruieren lassen.“¹⁷ Erst dann kann man laut Jäger das Ziel der Diskursanalyse, „(...) tatsächliche historische Verläufe (Diskurse) und ihre Regularitäten, Formen, Strukturen aufzudecken“¹⁸, erreichen.

Kritische Diskursanalyse

„Diskursanalyse“ bedeutet einfach nur, den Diskurs zu analysieren, „Kritische Diskursanalyse“ dagegen, ihn auch zu bewerten.¹⁹ Während die Analyse selbst objektiv und wissenschaftlich sein soll, ist das für die Kritik nur unzureichend möglich, da die

□

¹⁴ Jäger, 1993, S. 181

¹⁵ Jäger, 1993, S. 184

¹⁶ Jäger, 1993, S. 185

¹⁷ Jäger, 1993, S. 223

¹⁸ Jäger, 1993, S. 222

¹⁹ Jäger, 1993, S. 220f.

Frage der Kritik und der Bewertung eine Frage der Einstellung ist, und diese ist von den persönlichen Moralvorstellungen geprägt und abhängig.²⁰

„Demgegenüber geht es [in der Kritischen Diskursanalyse] darum, die gefundenen Sachverhalte zu kritisieren und zu bewerten. Die Beschreibung von Diskursen bzw. Diskurssträngen ist nur eine wichtige Voraussetzung dazu. Und erst dann, wenn wir in der Lage sind, die gefundenen diskursiven ‚Sachverhalte‘ wohl begründet zu bewerten und zu kritisieren, wird Diskursanalyse zu Kritischer Diskursanalyse.“²¹

Meine Vorgehensweise

Der erste große Schritt meiner Arbeit war natürlich die Sichtung des Materials, d. h. der stenographischen Protokolle des Nationalrats. Dabei habe ich festgestellt, dass der Nationalrat viele Entwicklungsgesetze ohne Debatte verabschiedet hat. Daraufhin habe ich beschlossen, mich auf diejenigen Entwicklungsgesetze zu konzentrieren, über die im Plenum debattiert wurde. Insgesamt habe ich zehn solcher Gesetze gefunden, das erste verabschiedete der Nationalrat 1961, das letzte 2003. Meine erste Erkenntnis war, dass in den allermeisten Fällen viele verschiedene Diskursfragmente in den Reden der Abgeordneten zu finden sind, von denen sich wiederum die überwiegende Mehrheit dem Thema Entwicklung zuordnen lässt. Diese Diskursfragmente habe ich dann thematisch geordnet, um die Makrostruktur, also die einzelnen Schwerpunkte in den Reden der Abgeordneten festzustellen. Da es für die Kritische Diskursanalyse sehr wichtig ist, auch den Hintergrund eines Diskursfragmentes in Erfahrung zu bringen, habe ich mir die Frage gestellt: Wer sagte was wann und warum?

Um über Gründe und Hintergründe einer Aussage mehr herauszufinden, habe ich deshalb nicht nur den jeweiligen Abgeordneten, sondern auch das damalige Weltgeschehen (mit dem Schwerpunkt auf die Entwicklung, versteht sich) und die politische Situation in Österreich einbezogen. Die Analyse des nicht-sprachlichen Kontextes wie z. B. der persönliche Hintergrund der Abgeordneten sowie die (sprachliche) Mikroanalyse der Diskursfragmente habe ich nur bei gegebenem Anlass vorgenommen, ausführlich untersucht habe ich aber die Parlamentsparteien, genauer gesagt ihre Parteiprogramme

□

²⁰ Jäger, 1993, S. 224f.

²¹ Jäger, 1993, S. 220f.

und Linien. Schließlich repräsentiert ein Abgeordneter nicht nur seine Wähler, er identifiziert sich (im Regelfall) auch mit seiner Partei und vertritt ihre Positionen in der Öffentlichkeit und daher auch im Nationalrat.

In Österreich sind Nationalratsabgeordnete außerdem verpflichtet, bei Abstimmungen gemäß der Parteivorgaben abzustimmen, selbst dann, wenn sich die einzelnen Abgeordneten nicht zu hundert Prozent mit dieser Linie identifizieren sollten. (Die einzige „legale“ Möglichkeit, dies zu umgehen, besteht darin der Abstimmung fernzubleiben, oder zu erreichen, dass im Nationalrat für die Dauer der Abstimmung der „Fraktionszwang“ aufgehoben wird [siehe auch Kapitel 1.3.]. Bei den von mir untersuchten Entwicklungsgesetzen war das aber [wie bei den allermeisten anderen Gesetzen auch] nie der Fall.)

Daher habe ich nicht nur die einzelnen Reden der Abgeordneten untersucht, sondern auch ihre Parteien und ihre Linien in meine Analysen einbezogen. Die Parteien legen zwar nicht die Reden ihrer Abgeordneten auf Punkt und Beistrich fest – wie sie die Rede gestalten, bleibt den Abgeordneten selbst überlassen –, aber im allgemeinen finden sich die Ansichten einer Partei sehr wohl in den Reden ihrer Abgeordneten wieder, schließlich haben sie sich „ihrer“ Partei ja freiwillig angeschlossen. Die Meinungsbildung der Abgeordneten findet selbstverständlich ja auch in ihren Parteien und dem parteinahen Umfeld statt. Hier haben nicht wenige der Diskursebenen und -stränge, die sich in den Reden der Abgeordneten wiederfinden, ihren Ursprung.

1.3. Der Weg eines Gesetzes²²

Jedes Gesetz hat seine eigene Entwicklung, bis es in Kraft tritt. Der Politologe Anton Pelinka unterscheidet bei der Entstehung eines Gesetzes zwischen dem vorparlamentarischen und dem parlamentarischen Bereich. Seinen Aussagen zufolge nehmen ca. 90% aller Gesetzgebungsbeschlüsse folgenden Weg: Interessen werden von den Parteien oder von Verbänden artikuliert bzw. aufgegriffen. Sind sie mächtig genug, die Bundesregierung zu beeinflussen, oder sind die betreffenden Parteien direkt an der Regierung beteiligt so gibt diese, bzw. der zuständige Minister einen Auftrag an seine



²² Pelinka, Anton: Das politische System Österreichs, 530ff. in Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen. Leske + Budrich Verlag, 2003

Behörde, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten: „Die konkreten Gesetzesentwürfe, politisch das Ergebnis der entsprechenden Interessensartikulation, werden von – zumeist speziell für die legistischen Aufgaben zuständigen – Beamten des jeweils fachlich zuständigen Bundesministeriums im Auftrag des Bundesministers formuliert. [...] Die Bürokratie erhält die Möglichkeit, die Gesetzgebung in hohem Maße nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Der ‚Ministerialentwurf‘ wird dann – gesetzlich verpflichtend – dem Begutachtungsverfahren unterzogen, an dem die übrigen Bundesministerien, die Landesregierungen [...] und weitere Interessensgruppen, für die im konkreten Fall eine besondere Betroffenheit vermutet wird^[23] [...]. Das Parlament selbst – etwa in Form von Ausschüssen – ist in das Begutachtungsverfahren nicht eingebunden.“^[24]

Wie lange das Begutachtungsverfahren dauern muss, ist nicht gesetzlich geregelt. Die Bundesregierung kann hier die Fristen setzen, wie es ihr beliebt. Sie kann den Begutachtern mehrere Monate oder nur wenige Tage Zeit geben. Beim ADA-Gesetz 2002 betrug diese Frist gerade einmal zehn Tage, was die SPÖ auch dementsprechend scharf kritisierte^[25].

„Im Begutachtungsverfahren werden die Beteiligten aufgefordert, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Zustimmung, ihre kritischen Anmerkungen oder ihre Ablehnung zu formulieren. Die Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens werden dann, wiederum im Auftrag des Bundesministers [...] [,] im Sinne der Regierungspolitik mehr oder weniger berücksichtigt, das heißt in den Gesetzestext eingearbeitet (oder auch nicht). Der Entwurf kommt dann in den Ministerrat, der ihn entweder einstimmig beschließt – dann wird er zur ‚Regierungsvorlage‘, oder mangels Einstimmigkeit zurückstellt^[26].“^[27]

„Die Regierungsvorlage wird dann im Rahmen des parlamentarischen Bereichs vom zuständigen Ausschuß des *Nationalrats* beraten, um anschließend im Plenum öffentlich diskutiert zu werden. Wegen des parlamentarischen Prinzips und der noch immer



²³ Bei den Entwicklungsgesetzen ist z. B. der mit dem Entwicklungshilfegesetz von 1974 gegründete Beirat für Entwicklungshilfe eingebunden.

²⁴ Pelinka, 2003 S. 531

²⁵ vgl. Stenographisches Protokoll/28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich/XXII. Gesetzgebungsperiode/ S. 197-212 im folgenden werden alle Stenographischen Protokolle des Nationalrats mit StPrNR abgekürzt, dann wird Sitzung und Gesetzgebungsperiode (GP) und die Seitenzahl(en) angegeben

²⁶ was aber bei EZA-Gesetzen noch nie vorgekommen ist.

²⁷ Pelinka, 2003, S. 531

ausgeprägten Parteienstaatlichkeit und Fraktionsdisziplin kommt es zwar oft vor, daß im Ausschuß der Text noch Veränderungen erfährt; dem so akkordierten Gesetzestext ist aber dann, nach der Plenardebatte, die Zustimmung der Mehrheit des *Nationalrats* sicher.
[...]

Abschließend befasst sich der *Bundesrat* mit der Gesetzesvorlage. Seine Zustimmung ist dann fast sicher, wenn die Regierung auch in dieser Kammer die Mehrheit besitzt [...]. Aber auch ein Veto des *Bundesrates* führt nur zu einer nochmaligen Befassung des *Nationalrates*, der dann mit einfacher Mehrheit einen ‚Beharrungsbeschluß‘ fassen muß, um die Gesetzgebung abzuschließen. Die dann noch erforderlichen Unterschriften – Bundespräsident, Bundeskanzler und mit der Durchführung befaßte Bundesminister – sind insofern ohne politische Relevanz, da sie kein inhaltliches Vetorecht bedeuten.“²⁸

Die Verfassung sieht auch noch andere Möglichkeiten vor, eine Initiative zur Gesetzeswerdung zu ergreifen. Einerseits kann das Volk selbst, indem es ein Volksbegehren startet. Bei mehr als 100.000 Unterschriften muss der Nationalrat sich mit dem Volksbegehren auseinandersetzen²⁹.

Die andere Möglichkeit besteht für das Parlament selbst. Mindestens acht Abgeordnete oder ein Ausschuss des National- oder Bundesrats können dem Nationalrat einen Gesetzesentwurf vorlegen.³⁰ Diese Möglichkeit hat bei Fragen der EZA eine gewisse Rolle gespielt. Zweimal, 1986 und 1988, forderte der Nationalrat einstimmig (!) die Bundesregierung auf, die EZA qualitativ wie quantitativ zu verbessern. Die Bundesregierung nahm die Aufforderung zwar zur Kenntnis, tatsächlich änderte sich aber nur recht wenig.



²⁸ ebd.

²⁹ Österreichische Bundesverfassungsgesetze, Artikel 41 (Es gab aber in Österreich noch nie ein Volksbegehren zu entwicklungspolitischen Fragen.)

³⁰ Pelinka, 2003, S. 532

1.4. Chronologie und Bedeutung der im Plenum des Nationalrats diskutierten EZA-Gesetze von 1961 bis 2003 unter Berücksichtigung der internationalen und österreichischen politischen Situation sowie der damaligen Entwicklungsperspektiven

Das Gesetz zum Beitritt Österreichs zur IDA (1961)³¹

Kurze Information zum Gesetz

Die „International Development Association“ (IDA) ist eine 1960 gegründete Teilorganisation der Weltbank. Ihre Aufgabe ist die Kreditvergabe an die ärmsten Entwicklungsländer, die auf dem Weltmarkt als „nicht kreditwürdig“ angesehen werden. Die IDA vergibt Kredite an diese Entwicklungsländer zu besonders günstigen Bedingungen. Für viele Entwicklungsländer sind IDA-Kredite praktisch die einzige Möglichkeit, zu halbwegs annehmbaren Bedingungen an Kredite zu kommen. Gegenwärtig (2009) sind 78 Staaten „IDA-Länder“.³²

Österreich trat der IDA 1961 mit 5.040.000 US\$ bei. Ermöglicht wurde das durch das „Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)“. Der Nationalrat nahm das Gesetz einstimmig an, allerdings verließen die Abgeordneten der FPÖ vor der Abstimmung den Plenarsaal, da sie dieses Gesetz zwar bejahten, es aber zu einem anderem Zeitpunkt verabschiedet haben wollten.

Entwicklungsperspektiven, internationale und österreichische Politik

1960 waren viele der ehemaligen europäischen Kolonien gerade erst unabhängig geworden. Diese neuen Staaten und ihre Entwicklungsprobleme rückten mehr und mehr ins öffentliche Bewusstsein der Industrieländer. In der UNO stellten nun die Entwicklungsländer die Mehrheit der Mitgliedsstaaten. Die UNO war es auch, die eine



³¹ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2739-2749

³² International Development Association: What is IDA? updated: February 2007

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/IDA/0,,contentMDK:20051270~menuPK:83991~pagePK:51236175~piPK:437394~theSitePK:73154.00.html> (22. 1. 2009)

„Entwicklungsdekade“ ausrief³³ und die Industrieländer aufforderte, sich in der Entwicklungshilfe zu engagieren. Die Gründung der IDA war eine dieser Bemühungen, die Entwicklung zu fördern.

Gleichzeitig war der Kalte Krieg in vollem Gang. 1962 sollte diese Konfrontation mit der Kubakrise zum bisher gefährlichsten Moment in der Geschichte der Menschheit führen.³⁴ Die neuen Staaten wurden von den Supermächten heiß umworben; die Entwicklungshilfe spielte dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Allerdings sollten so manche der neuen Staaten schon bald als Schlachtfelder für die Stellvertreterkriege der Supermächte dienen. Österreich war 1961 gerade einmal seit sechs Jahren wieder vollständig souverän. Krieg und Besetzungszeit waren noch nicht lange vorbei, aber die wirtschaftliche Entwicklung war beeindruckend.³⁵ Dank Marshallplan und sozialer Marktwirtschaft konnten auch mehr und mehr Österreicherinnen und Österreicher an dieser positiven Entwicklung teilhaben.³⁶

Für stabile politische Verhältnisse sorgte die ÖVP-SPÖ-Regierung, die große Koalition. Die Regierung verfügte im Nationalrat über 157 der 165 Mandate³⁷, also weitaus mehr als die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit. Die restlichen acht Mandate stellten die oppositionellen Freiheitlichen. Diese waren keine ernsthafte Herausforderung für die Regierungsparteien, die sich daher leicht über Bedenken der Opposition hinwegsetzen konnten.³⁸



³³ vgl.: Winter, Johannes: Die Entwicklungspolitik im Wandel der Zeit. hier zitiert nach:

http://www.science-at-home.de/referate/guests/entwicklungspolitik_1.php (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

³⁴ vgl. Braunburger, Stefan: Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba: Als die Welt am Abgrund stand. Frankfurt. Campus-Verlag, 2002, S. 256-261 und 311

³⁵ Kausel, Anton: Österreichs Wirtschaft 1918-1968. Wien. Verlag für Geschichte und Wirtschaft, 1968, S. 9 und Tichy, Gunther: Sechs Phasen der österreichischen Wirtschaftsentwicklung und der österreichischen Wirtschaftspolitik in: Wolfgang, Mantl (Hg.): Politik in Österreich. Die zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien. Böhlau-Verlag, 1992

³⁶ vgl: Nemischak, Franz: Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien. 1970, S. 14f. sowie 17 und 22

³⁷ Kleindel, Walter: Die Chronik Österreichs. Dortmund. Chronik-Verlag, 1984, S. 576

³⁸ vgl. Pelinka, Anton/Welan, Manfried: Demokratie und Verfassung in Österreich. Wien. Europa-Verlag, 1971, S. 66f.

Bundesgesetz über die Gewährung von Krediten an internationale Finanzinstitutionen (1973)³⁹

Kurze Information zum Gesetz

Die internationalen Finanzinstitutionen bestreiten ihr Budget u. a. durch die Beiträge (und Kredite) ihrer Mitgliedsländer. Diese Zahlungen werden zum Teil in US-Dollar geleistet. 1973 beschloss der Nationalrat dieses Gesetz, das es der Bundesregierung ermöglichte, von der Nationalbank Kredite aufzunehmen und dieses Geld an die internationalen Finanzinstitutionen als Kredite weiterzugeben. Die Volkspartei wollte dem Gesetz zwar zustimmen, brachte aber einen Abänderungsantrag ein. Sie lehnte es ab, das bestehende Nationalbankgesetz zu ändern und die Zahlungen an die internationalen Finanzinstitutionen mit Hilfe der Währungsreserven der Nationalbank zu decken. Der Nationalrat lehnte diesen Abänderungsantrag zwar ab, die ÖVP stimmte dem Gesetz aber dennoch zu, das dadurch einstimmig verabschiedet wurde.

Entwicklungsperspektiven, internationale und österreichische Politik

Das Gesetz wurde im Juli 1973 verabschiedet, vor der großen Ölkrise. Obwohl die Weltwirtschaft nicht mehr so rasant wuchs wie in den 1950ern und 1960ern, war ihr Wachstum zu Beginn der 1970er Jahre immer noch beachtlich. Diese wachsende Weltwirtschaft und der teilweise Erfolg der ersten Entwicklungsdekade ließ die Zukunft der Entwicklungsländer in einem günstigen Licht erscheinen.⁴⁰ Auch die internationale Politik zeigte sich von einer freundlichen Seite.

Der Kalte Krieg war in eine Phase eingetreten, die man als „Entspannung“ bezeichnet. 1972 hatten die USA und die UdSSR den ABM-Vertrag⁴¹ unterzeichnet, ebenso den

□

³⁹ StPrNR/78.Sitzung/XIII.GP/S. 7524-7527

⁴⁰ vgl. Schreiber, Eduard: Die Verschuldungskrise der Dritten Welt und das internationale Krisenmanagement seit 1982 unter besonderer Berücksichtigung der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Universität Wien, Diplomarbeit, 1995, S. 90

⁴¹ Anti Ballistic Missiles, Vertrag zur Begrenzung eines Raketenabwehrsystems, von den USA 2002 gekündigt. vgl.: Godsberg, Alicia: Anti-Ballistic Missile Treaty. hier zitiert nach:
<http://www.fas.org/nuke/control/abmt/> (letzter Zugriff 8. 1. 2009)

SALT-I-Vertrag⁴². Über weitere Verträge (z. B. KSZE-Vertrag und SALT-II) verhandelten die Supermächte bzw. sollten bald mit den Verhandlungen beginnen.

In Österreich regierte seit zwei Jahren die SPÖ allein, die Ära Kreisky hatte begonnen. Der absoluten Mehrheit der SPÖ im Nationalrat stand mit ÖVP und FPÖ aber eine starke Opposition gegenüber, die allerdings in diesem Fall den Kurs der Regierung mittrug.

Bundesgesetz über die Hilfe an Entwicklungsländer (1974)⁴³

Kurze Information zu diesem Gesetz

Dieses Gesetz vom 10. Juli 1974 war das erste Gesetz, in dem sich die österreichische Bundesregierung verpflichtete, Entwicklungshilfe zu leisten. Es regelte die öffentliche Entwicklungshilfe so genau und umfassend wie noch nie. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.⁴⁴

Entwicklungserspektiven, internationale und österreichische Politik

1974 war das „Jahr eins“ nach der Ölkrise. Weltweit verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum beträchtlich. In vielen westlichen Staaten stiegen Inflation und Arbeitslosigkeit. Während sich die wirtschaftliche Situation in den Industrieländern aber bald wieder bessern sollte und die meisten ihrer Bürger nach wie vor am gesamtwirtschaftlichen Reichtum teilhaben konnten, stürzte die Ölkrise die meisten Entwicklungsländer in eine tiefe Rezession mit folgenschweren Auswirkungen für ihre Entwicklung, wie sich in den folgenden Jahren zeigen sollte.⁴⁵

Politisch hatte sich weder in der Welt noch in Österreich viel geändert. Die „Entspannung“ hielt an und sollte 1975 mit dem KSZE-Abkommen⁴⁶ ihren Höhepunkt



⁴² Strategic Arms Limitation Talks, Vertrag zur Rüstungsbegrenzung bei strategischen Waffen und Waffensystemen wie z. B. Interkontinentalraketen. vgl.: Interimsabkommen zwischen der UdSSR und der USA über bestimmte Maßnahmen hinter der Begrenzung der von strategischen Offensivwaffen. hier zitiert nach: <http://www.peterhall.de/treaties/treaty2.html> (letzter Zugriff: 8. 1. 2008)

⁴³ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11039-11053

⁴⁴ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11053

⁴⁵ vgl. Höll, Otmar/Kernbauer, Hans: Zur Entwicklung der Weltwirtschaft, in: Kramer, Helmut (Hg.): Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien. Wilhelm Braumüller, 1983 S. 69ff. und Hür, Turan-Bas: Weltbank und ihre Entwicklungshilfe. Wirklichkeit, Utopie oder Betrug. Universität Wien, Dissertation, 1984, S. 18f.

⁴⁶ Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Vertrag selbst garantierte die Souveränität der europäischen Staaten in ihren Grenzen und förderte die Zusammenarbeit zwischen Ost-

erreichen. In Österreich bildete nach wie vor die SPÖ eine Alleinregierung. Während der Debatte im Plenum warf die ÖVP der Regierung generell vor, noch zu wenig für die Entwicklungshilfe zu tun, und stimmte dem Gesetz zu. Die FPÖ stimmte, wie schon beim Bundesgesetz über die Gewährung von Krediten an internationale Finanzinstitutionen, ebenfalls zu, ihre Abgeordneten beteiligten sich aber nicht an den Plenardebatten zu diesen beiden Gesetzten.

Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (1981)⁴⁷

Kurze Information zu dem Gesetz

Der Afrikanische Entwicklungsfonds wurde 1972 gegründet. Seine Aufgabe ist es, die afrikanischen IDA-Länder mit besonders günstigen Krediten, aber auch mit Geldgeschenken („Grants“) zu versorgen. Österreich trat diesem Fonds 1981, durch ein Gesetz bei, welches vom Nationalrat einstimmig verabschiedet wurde.⁴⁸ Sofort nach der Abstimmung gewährte der Nationalrat ohne Debatte auch die Einzahlung von 16,7 Millionen US-Dollar an den afrikanischen Entwicklungsfonds.⁴⁹

Entwicklungserspektiven, internationale und österreichische Politik

1981 befanden sich die Entwicklungsländer am Vorabend der Schuldenkrise, die 1982 ausbrechen sollte. Das bisherige System der Weltwirtschaft, das Bretton-Woods-System⁵⁰, war zusammengebrochen, die Weltwirtschaft in der Krise. Verschuldung,



und Westeuropa. Ein Teil des Vertrags war explizit den Menschenrechten gewidmet. vgl.: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schlussakte. hier zitiert nach:

http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf (letzter Zugriff: 8. 1. 2009)

⁴⁷ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9532-9536

⁴⁸ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9532 und 9535

⁴⁹ StPrNR /95.Sitzung/XV.GP/S. 9536

⁵⁰ In Bretton-Woods (New Hampshire, USA) beschlossen die westlichen Staaten 1944 ein neues Weltwirtschaftssystem. Seine wichtigsten Merkmale waren u. a. die Etablierung von festen Wechselkursen und die Etablierung des US-Dollars als weltweite Leitwährung sowie die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), um diese neue Weltwirtschaftsordnung zu sichern und zu stärken und eine weitere Weltwirtschaftskrise wie die von 1929 zu verhindern. Das System von Bretton-Woods brach 1973 zusammen, als das System der fixen Wechselkurse in ein flexibles umgewandelt wurde. IWF und Weltbank existieren heute noch, aus dem GATT ist inzwischen die Welthandelsorganisation WTO geworden. vgl. Schreiber, 1995, S. 37-40

Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen weltweit an.⁵¹ Insbesondere für die fragilen Volkswirtschaften der Entwicklungsländer sollte sich das neue, auf dem Neoliberalismus basierende System als sehr belastend erweisen.⁵² Vor allem der Anstieg der weltweite Zinsen sollte direkt in die Schuldenkrise führen.⁵³ Die Volkswirtschaften und mit ihr die Entwicklungsaussichten der „Dritten Welt“ hatten sich sehr verschlechtert.⁵⁴ Die Entwicklungseuphorie, die in den 1960ern und 1970ern geherrscht hatte, war weitgehend verflogen.⁵⁵ Die „Sahel-Krise“ hatte breite Aufmerksamkeit in den westlichen Medien gefunden.⁵⁶ Die Entwicklungsprozesse selbst stagnierten, teilweise gab es auch Rückschritte.⁵⁷ Aber nur wenige Menschen sahen die steigende Verschuldung der Entwicklungsländer als so problematisch an, dass sie mit dem baldigen Ausbruch einer Krise rechneten, worauf auch die stenographischen Protokolle des Nationalrats hinweisen.

International war das „Zeitalter der Entspannung“ zu Ende gegangen. 1979 war die UdSSR in Afghanistan einmarschiert, in den USA und Großbritannien, den wichtigsten Ländern der NATO, wurden 1979/80 Ronald Reagan und Margaret Thatcher gewählt, die beide einen harten Kurs gegenüber der UdSSR verfolgten. Auch die sowjetische Führung betrachtete die Entspannung als gescheitert.⁵⁸

In Österreich selbst regierte nach wie vor die SPÖ alleine. Aber mehrere Skandale (z. B. der AKH-Skandal) ließen sie in der Wählergunst ab- und die Opposition aufsteigen⁵⁹, die aber nach wie vor ihre Konsenspolitik bei den Entwicklungsgesetzen beibehielt.



⁵¹ Höll/Kernbauer, in: Kramer, 1983, S. 69f.

⁵² Twele, Cord: Die Entwicklungspolitik der Weltbankgruppe vor dem Hintergrund der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ seit Beginn der achtziger Jahre. Frankfurt am Main. Peter Lang, 1995, S. 141ff.

⁵³ Schreiber, 1995, S. 47f.

⁵⁴ Hür, 1984, S. 123

⁵⁵ vgl. Neuhold, Hanspeter: Neue Internationale Wirtschaftsordnung und Österreich. Wien. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen, 1978, S.14

⁵⁶ vgl. Krings, Thomas: Sahelländer. Darmstadt. WGB, 2006, S. 67

⁵⁷ vgl. Neuhold, 1978, S. 14

⁵⁸ Isaacs, Jeremy/Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945-1991. München. Wilhelm Heyne Verlag, 2001, S. 323

⁵⁹ „Zu schaffen [im Wahlkampf für die Nationalratswahlen 1983] machten der SPÖ überdies die zahlreichen Korruptions- und Skandalfälle, in die prominente und weniger prominente SPÖ-Mitglieder verstrickt gewesen sind.“ Ganglbauer, Stephan: Wahl-Gewinne, Profil-Verluste. Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik. Wien. Edition Praesens, 1995, S. 177

Das Entwicklungshelfergesetz (1983)⁶⁰

Kurze Information zu dem Gesetz

Das Entwicklungshelfergesetz regelt den Einsatz von Entwicklungshelfern, ihre Arbeitsbedingungen und ihren rechtlichen Status. Es beendete den „rechtsfreien Raum“, in dem sich die österreichischen Entwicklungshelfer und ihre Arbeitgeber bisher bewegten. Es war das erste Gesetz dieser Art und wurde vom Nationalrat einstimmig verabschiedet.⁶¹

Entwicklungsperspektiven, internationale und österreichische Politik

1983 war die Schuldenkrise seit einem Jahr manifest. IWF und Weltbank arbeiteten daran, sie zu überwinden. Ihre Roskuren, die als „Strukturanpassungsprogramme“ bezeichnet wurden, sollten den Entwicklungsländern wieder auf die Beine helfen. Angestrebt wurden ein stabiles und hohes Wirtschaftswachstum sowie eine Verringerung des Budgetdefizits bzw. ein Budgetüberschuss.⁶² Diese beiden Punkte sollten den Entwicklungsprozess wieder voran bringen. Erreicht wurden alle drei Ziele in den seltensten Fällen, meistens schadeten die Strukturanpassungsprogrammen den Entwicklungsländern weitaus mehr, als sie ihnen nützten.⁶³ Die Weltbank selbst bezeichnet die 1980er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“ für die Entwicklung.⁶⁴

International ging der Kalte Krieg unvermindert weiter, so manche Entwicklungsländer wurden zu seinen Schlachtfeldern. Auf und mit ihnen fochten die Supermächte ihre Stellvertreterkriege aus, mit verheerenden Auswirkungen für die Entwicklung und die Bevölkerung.

In Österreich hatte die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren, die Ära Kreisky war zu Ende gegangen. Die SPÖ bildete nun mit Hilfe der FPÖ die Regierung, die ÖVP die Opposition. Aber erneut stimmten alle Parteien für das Gesetz, denn wie aus den Reden

□

⁶⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1428-1457

⁶¹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1457

⁶² vgl.: What are SAPs?, hier zitiert nach: <http://wwwnew.towson.edu/polsci/ppp/sp97/imf/POLSAP1.HTM> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

⁶³ Twele, 1995, S. 126 und 141 sowie Schreiber, 1995, 104-112

⁶⁴ Sauer, Walter: Gewerkschaften und der Nord-Süd Konflikt. 1994, hier zitiert nach: <http://www.oegb.or.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldocumento&blobheader=application%2Fpdf&blobkey=id&blobtable=Dokument&blobwhere=1053969035479> (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

ihrer Abgeordneten hervorging, zollten sie den Entwicklungshelfern ihren höchsten Respekt.

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft (1986)⁶⁵

Kurze Information zum Gesetz

Mit diesem Gesetz beteiligte sich Österreich an der Gründung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft. Diese Organisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, in ganz Lateinamerika kleine und mittlere privat geführte Unternehmen zu unterstützen (zumeist finanziell, aber auch technisch und mit Beratern⁶⁶) sowie die Gründung, Erweiterung und Modernisierung solcher Unternehmen zu ermöglichen.⁶⁷ Zur Zeit sind 43 Staaten Mitglieder bei dieser Organisation⁶⁸. Das Gesetz wurde mehrheitlich angenommen (die ÖVP stimmte dagegen⁶⁹), Österreich trat mit einer Million US-Dollar bei.

Entwicklungsdimensionen, internationale und österreichische Politik

1986 waren die „Strukturanpassungsprogramme“ der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in vollem Gang. IWF und Weltbank zwangen viele Entwicklungsländer, die Strukturanpassungsprogramme durchzuführen, aber die allerwenigsten Entwicklungsländer zogen auch einen Nutzen daraus.⁷⁰ Obwohl 1986 die ersten negativen Auswirkungen der „Strukturanpassungsprogramme“ bereits sichtbar waren, hielten Weltbank und Währungsfonds an ihnen fest.⁷¹ Die Durchführung eines solchen Programms war die Vorbedingung um international wieder Kredite bekommen zu können⁷².

□

⁶⁵ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12552-12557

⁶⁶ Inter-American Investment Cooperation: Agreement Establishing the Inter American Investment Cooperation. hier zitiert nach: <http://www.iic.int/images/charterenglish.pdf> (S.1 letzter Zugriff: 22. 2. 2007)

⁶⁷ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S.12552

⁶⁸ Inter-American Investment Cooperation. Member Countries. hier zitiert nach:
<http://www.iic.int/membercountries/> (letzter Zugriff: 10. 3. 2009)

⁶⁹ siehe Kapitel 2.2.2.

⁷⁰ Schreiber, 1995, S. 107

⁷¹ Twele, 1995, S. 117f und Schreiber, 1995, S. 102f.

⁷² Hür, 1984, S. 147f.

International begann der Kalte Krieg abzuflauen. 1985 war in der UdSSR mit Gorbatschow ein Reformer an die Macht gekommen, der ernsthaft daran interessiert war, die Beziehungen zum Westen zu verbessern.⁷³ 1986 war zwar noch kein Durchbruch bei den Verhandlungen zwischen den Supermächten erzielt worden, aber die Spannungen zwischen ihnen wurden schrittweise abgebaut.

1986 war in Österreich ein Wahljahr. Der Bundespräsident wurde neu gewählt, aber auch der Nationalrat, da die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ durch die Machtübernahme Haiders bei den Freiheitlichen geplatzt war. Während mit Kurt Waldheim ein Mann das höchste Amt im Staat innehatte, der sich zu seiner Kriegsvergangenheit noch nicht eindeutig geäußert hatte, was als „Waldheim-Affäre“⁷⁴ die Republik außenpolitisch in Bedrängnis brachte, bildeten SPÖ und ÖVP erneut eine große Koalition. Das Gesetz über die Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft war eines der letzten Gesetze der SPÖ-FPÖ-Regierung.

Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes (1989)⁷⁵

Kurze Information zu dem Gesetz

1989 beschloss der Nationalrat, das Entwicklungshilfegesetz von 1974 so zu novellieren, dass von diesem Zeitpunkt an auch eine mehrjährige Finanzierung der Entwicklungshilfeprojekte möglich war.

Dieses Gesetz war das letzte „größere“ EZA-Gesetz, das vor dem EU-Beitritt verabschiedet wurde. Insofern stellt es einen Abschluss, aber auch einen Übergang zu einer neuen Periode der EZA dar. Der Nationalrat nahm das Gesetz mehrheitlich an (die Grünen stimmten dagegen).

Entwicklungserspektiven, internationale und österreichische Politik

1989 war der Kalte Krieg praktisch beendet. Die Supermächte verhandelten über neue Abrüstungsverträge (z. B. START I⁷⁶) oder hatten schon welche unterzeichnet (z. B.



⁷³ Sheehy, Gail: Gorbatschow. Der Mann der die Welt verändert hat. München. List Verlag, 1991, S. 210

⁷⁴ zur „Waldheim-Affäre“ vgl. Dickinger, Christian: Die Causa Waldheim. in Dickinger, Christian: Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co. Wien. Ueberreuter, 2001, S. 171-183

⁷⁵ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13891-13901

1987 den INF-Vertrag⁷⁷), ihre Beziehungen waren so gut wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie beendeten ihre Stellvertreterkriege und die bedingungslose Unterstützung für befreundete Diktaturen oder Rebellengruppen. Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte und erleichterte die Versöhnung ehemaliger Kriegsgegner und die (Wieder)errichtung der Demokratie in vielen Entwicklungsländern. Politisch hatten sich die Entwicklungsperspektiven durch das Ende des Kalten Kriegs zweifellos gebessert. Die wirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer blieb aber zumeist so prekär, dass es in vielen Ländern kaum größere Entwicklungsfortschritte gab.⁷⁸

In Österreich regierte 1989 erneut eine große Koalition von SPÖ und ÖVP. Beide Großparteien sahen sich aber mit einer wachsenden Opposition konfrontiert. Insbesondere die FPÖ sollte in den 1990er Jahren von einem Wahltriumph zum nächsten eilen, vor allem auf Kosten der Großparteien. Die Abspaltung des Liberalen Forums konnte die FPÖ nicht ernsthaft gefährden. Neben der „traditionellen“ Opposition der FPÖ hatten es 1986 erstmals auch die Grünen in den Nationalrat geschafft. Die Grünen waren SPÖ und ÖVP aber weitaus weniger gefährlich als die Freiheitlichen. Obwohl Oppositionspartei, trug die FPÖ diese Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes dennoch mit. Die Grünen dagegen verweigerten ihre Zustimmung. Ihnen war eine Novellierung des bestehenden Entwicklungshilfegesetzes zu wenig, sie verlangten viel weiter gehende Änderungen.



⁷⁶ Strategic Arms Reduction Treaty. Dieser 1991 unterzeichnete, bilaterale Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion (Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan traten 1992 bei, nach dem Zerfall der UdSSR) sah verschiedene Maßnahmen zur gegenseitigen Abrüstung vor. U. a. reduzierte er die Anzahl der Atomsprengköpfe beider Mächte auf je 6.000. vgl. START I at a Glance. 2009, hier zitiert nach: <http://www.armscontrol.org/factsheets/start1> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

⁷⁷ Intermediate-Range Nuclear Forces. Dieser 1987 unterzeichnete, bilaterale Vertrag zwischen den USA und der UdSSR schrieb beiden Staaten die Zerstörung sämtlicher mit Atomsprengköpfen bestückten Mittel- und Kurzstreckenraketen innerhalb von drei Jahren vor. Ferner verbot dieser Vertrag die Produktion solcher Raketen. vgl. Treaty between the United States of America and the Union of the Socialist Soviet Republics on the Elimination of their Intermediate-Range and Shorter Range Missiles. hier zitiert nach: <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/inf1.html#treaty> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

⁷⁸ Ferraro, Vincent/Rosser, Melissa: Global Debt and Third World Development. in: Klare, Michael/Thomas, Daniel (Hg.): World Security. Challenges for a New Century. New York. St. Martin's Press, 1994, S. 332-355, hier zitiert nach: <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/globdebt.htm> (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Das EZA-Gesetz (2002)⁷⁹

Kurze Information zu dem Gesetz

Das 2002 verabschiedete Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit ersetzte das Bundesgesetz über die Hilfe an Entwicklungsländer von 1974. Dieses Gesetz ist umfassender als das Gesetz von 1974 und regelt die Entwicklungszusammenarbeit neu. Der Nationalrat nahm dieses Gesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien (ÖVP, FPÖ) an. Ein Entschließungsantrag der Opposition (SPÖ, Grüne) fand keine Mehrheit. Im Gegensatz zu früheren Legislaturperioden verabschiedete der Nationalrat im 21. Jahrhundert allgemein weitaus weniger Gesetze einstimmig als früher.

Die Ratifizierung des Cotonou-Vertrags (2002)⁸⁰

Kurze Information zum Gesetz

Der Cotonou-Vertrag regelt die Handels- und Entwicklungsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten (77 Staaten in Afrika, der Karibik und dem Pazifik, die früher europäische Kolonien waren). Er forciert den Freihandel und enthält auch politische Bestimmungen wie die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte. Der Cotonou-Vertrag gilt bis 2020. Der Nationalrat nahm den Vertrag 2002 einstimmig an.^{81,82}

Die Novellierung des Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes (2003)

Kurze Information zu diesem Gesetz

2003 wurde die erste Novellierung des nur ein Jahr alten Entwicklungszusammenarbeitsgesetzes beschlossen. Die Regierung gründete eine eigene Agentur, deren einzige Aufgabe es ist, im Namen der Republik die Entwicklungs- (und Ost-)zusammenarbeit umzusetzen, die Austrian Development Agency (ADA). Die ADA



⁷⁹ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 96-156

⁸⁰ StPrNR/103.Sitzung/XXI.GP/S. 100-115

⁸¹ StPrNR/103.Sitzung/XXI.GP/S. 114

⁸² Abkommen von Cotonou. hier zitiert nach: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r12101.htm> (letzter Zugriff: 27. 5. 2007)

befindet sich zu 100 Prozent in staatlichem Eigentum, ihre Ziele werden vom Außenministerium festgelegt, der überwiegenden Teil ihres Budgets wird ihr von der Republik zur Verfügung gestellt.⁸³ Die Opposition, SPÖ und Grüne, stimmte gegen das Gesetz, da es in ihren Augen grobe Mängel aufwies. Ihr Entschließungsantrag fand aber keine Mehrheit im Nationalrat, so dass das Gesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien verabschiedet wurde.

Entwicklungsperspektiven, internationale und österreichische Politik am Beginn des 21. Jahrhunderts

In den 1990er Jahren hatte eine schrittweise Erweiterung des Entwicklungskonzepts stattgefunden. Mehr oder weniger neue Wörter wie „Partizipation“, „Ownership“, „Gender“ und „Good Governance“ fanden sich nun vermehrt in Entwicklungsstrategiepapieren.⁸⁴ Die Weltbank war von den Strukturanpassungsprogrammen zugunsten der PRSPs (Poverty Reduction Strategy Papers) abgekommen. Im Unterschied zu den Strukturanpassungsprogrammen sollten die Entwicklungsländer bei den PRSPs selbst bestimmen, was genau die Ziele waren und wie man sie umsetzen konnte. In der Praxis aber hatte die Weltbank nach wie vor großen Einfluss auf die Entwicklungspläne der einzelnen Länder und sorgte nur zu oft dafür, dass diese Programme nichts anderes als Strukturanpassungsprogramme unter einem anderen Namen waren.⁸⁵ Für die Entwicklungsländer selbst hatte es nur in wenigen Fällen sichtbaren Fortschritt bei der Entwicklung gegeben. Zwar waren die Regierungen nun oft demokratisch (oder zumindest demokratischer) und die makroökonomischen Daten besser als in den 1980er oder 1990er Jahren, aber die Armut war nach wie vor weit verbreitet, und insbesondere AIDS erwies sich für Afrika als verheerend.⁸⁶



⁸³ Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. hier zitiert nach:

http://www.bmeia.gv.at/view.php3?f_id=8264&LNG=de&version (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

⁸⁴ Zur Good Governance Diskussion in der Weltbank und den Industrieländern vgl. Fuchs, Thomas: "Die Good Governance" Diskussion der Jahre 1989-1994. Bern. Paul Haupt Verlag, 1998

⁸⁵ vgl. Oxfam Briefing Paper: From 'Donorship' to Ownership? Moving Towards PRSP Round Two. hier zitiert nach: http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/democracy_rights/downloads/bp51_prsp.pdf (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

⁸⁶ Human Development Report 2003. Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty. New York. Oxford University Press, 2003, hier zitiert nach:

http://hdr.undp.org/en/media/hdr03_complete.pdf (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Die internationale Politik stand 2002 ganz im Zeichen der Terroranschläge von New York und Washington am 11. September 2001 und des darauf folgenden „Kriegs gegen den Terror“. Die Entwicklungsländer selbst waren dadurch in unterschiedlichem Grad betroffen. In Afghanistan hatte der Westen die Taliban-Regierung durch einen Krieg gestürzt und im Land Soldaten stationiert, der Einmarsch in den Irak sollte ein Jahr später erfolgen. Mit anderen Entwicklungsländern schlossen die USA fast immer mit Duldung der anderen westlichen Staaten neue Militärabkommen für den „Krieg gegen den Terror“ oder unterstützten wieder vermehrt repressive Regime.⁸⁷ Eine Erhöhung der Entwicklungsgelder als Prävention gegen die radikal-islamistische Ideologie Osama bin Ladens wurde und wird diskutiert, dieser Gedanke hat sich aber kaum in tatsächlicher Politik niedergeschlagen.⁸⁸

In Österreich war 2002 das letzte Jahr der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung, aber das war bei der Verabschiedung des neuen EZA-Gesetzes und der Ratifizierung des Cotonou-Vertrags noch nicht ersichtlich. Die ÖVP-FPÖ-Regierung hatte Österreich 2000 „Sanktionen“ der EU eingebracht, die aber bald wieder aufgehoben wurden. Außerdem hatte sie das Land polarisiert wie noch nie eine Regierung der zweiten Republik. SPÖ und Grüne, die Oppositionsparteien, hatten einen harten Kurs gegen die Regierung eingeschlagen, aber sie sollten sich für die Regierung weitaus weniger gefährlich erweisen als die internen Spannungen innerhalb der FPÖ. Das Gesetz, mit dem das EZA-Gesetz novelliert und die ADA gegründet wurde, verabschiedete der Nationalrat 2003. Oberflächlich betrachtet, hatte sich politisch in Österreich nicht viel verändert. 2002 hatte es zwar Nationalratswahlen gegeben, weil die erste ÖVP-FPÖ-Regierung auseinandergebrochen war, aber nach den Wahlen bildeten die beiden Parteien erneut die Regierung. SPÖ und Grüne blieben in Opposition und bei ihrem harten Kurs gegen die Regierung. Aber wie schon bei der ersten ÖVP-FPÖ-Regierung war es weniger die Opposition, welche die Stabilität der Regierung gefährden sollte, als vielmehr die internen Streitigkeiten der FPÖ. Die FPÖ war nach den Wahlen 2002 politisch viel

□

⁸⁷ vgl: Schulz, William F.: Tainted Legacy. Dancing with Dictators. hier zitiert nach:
http://www.amnestyusa.org/Fall_2003/Tainted_Legacy_Dancing_with_Dictators/page.do?id=1105156&n1=2&n2=19&n3=343 (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

⁸⁸ Reuke, Ludger: Die deutsche Entwicklungspolitik im Spiegel der Entwicklungsförderung in: Ibeh, Martin/Wiemeyer, Joachim (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. 2006, Ferdinand Schöningh, S. 138, hier zitiert nach: <http://www.germanwatch.org/ez/d-efin06.pdf> (letzter Zugriff: 7. 1. 2009)

schwächer. Ihr Wahlergebnis war nach den erfolgreichen 1990ern verheerend und die Partei tief gespalten. Bis zur Abspaltung des BZÖ sollte es aber noch zwei Jahre dauern.

1.5. Allgemeines zur EZA im Nationalrat

Die teilweise sehr ausführlichen Debatten über zehn EZA-Gesetze werden in dieser Arbeit untersucht. Zwischen den Jahren 1960 und 2007 hat der Nationalrat aber noch viel mehr EZA-Gesetzen zugestimmt -ca. 90 insgesamt, in ihrer überwiegenden Mehrheit Finanzierungsgesetze der EZA.

Etwas weniger als die Hälfte aller EZA-Gesetze verabschiedete der Nationalrat einstimmig, ohne Plenardebatte. Insbesondere die Finanzierungsgesetze der EZA, also solche, mit denen Österreich nicht neuen internationalen in der EZA tätigen Institutionen beitrat, sondern z. B. einfach nur solchen Institutionen neue Gelder für die EZA zur Verfügung stellte, wurden von den Abgeordneten oft einstimmig und ohne Diskussion im Plenum bejaht. Aber auch unter den EZA-Gesetzen, die die Abgeordneten im Plenum diskutierten, überwiegen diejenigen Gesetze nur knapp, die mehrheitlich verabschiedet wurden. Es bleibt also festzuhalten, dass der Nationalrat über EZA-Gesetze öffentlich eher selten diskutierte und dass die meisten EZA-Gesetze die Zustimmung aller Parlamentsparteien und ihrer Abgeordneten gefunden haben.

Auch wenn die reine Anzahl österreichischer EZA-Gesetze durchaus beachtlich ist, da bis Ende 2006 um die 100 von ihnen im Nationalrat verabschiedet wurden, so kann diese Anzahl nicht darüber hinwegtäuschen, dass im bisherigem parlamentarischen Geschehen der zweiten Republik die EZA nur eine kleine und relativ unbedeutende Rolle einnahm. Das wird auch durch die Abgeordneten ersichtlich, die sich in solchen Debatten zu Wort meldeten. Den allermeisten von ihnen sollte keine große Karriere in ihrer Partei oder im Staatsdienst beschieden sein.

Die Abgeordneten, die bei EZA-Debatten im Plenum des Nationalrats das Wort ergriffen, dürften sich zumeist persönlich für die EZA interessiert haben. Auch dadurch ergab sich zwangsläufig ein Trend zur „Spezialisierung“, der sich im Lauf der Zeit immer mehr verstärkte. Einerseits wurden und werden dadurch die EZA-Debatten im Nationalrat auf einem hohen Niveau geführt, was sich sicher positiv auf die Qualität der österreichischen

EZA ausgewirkt hat bzw. auswirkt, andererseits blieben so bisher die EZA-Debatten im Nationalrat auf einen eher kleinen Kreis von Abgeordneten beschränkt, was natürlich dem Bestreben, das gesamte Parlament für die EZA zu sensibilisieren und vermehrt über dieses wichtige Thema zu diskutieren, nicht gerade förderlich gewesen sein dürfte.

Wie schon oben erwähnt, untersuche ich im folgenden Abschnitt zehn Debatten über EZA-Gesetze. Dabei gehe ich nicht chronologisch oder nach Parteien getrennt vor; vielmehr habe ich mich dafür entschieden, die Debatten nach Themenschwerpunkten getrennt zu behandeln. Diese Themenschwerpunkte haben sich aus den Debatten selbst ergeben. Die Schwerpunkte selbst sind: Moral (Kapitel 2.1), Wirtschaft (2.2), Politik (2.3), Bevölkerung (2.4), Kolonialismus und Paternalismus (2.5), Ownership (2.6), Finanzierung (2.7), und Angriffe auf die politischen Gegner (2.8). Um dieses Konzept umzusetzen, zitiere ich aus den einzelnen Redebeiträgen der Abgeordneten daher nur solche Aussagen, die sich diesen Schwerpunkten zuordnen lassen. Dadurch werden natürlich manche Abgeordnete viel ausführlicher und häufiger zitiert als andere, wodurch in den Augen des Lesers ein Bild über die EZA im Nationalrat entstehen kann, dass nicht zu 100 Prozent der Realität entspricht. Um einer solchen Sichtweise entgegenzuwirken, behandle ich im Abschnitt 3 dieser Arbeit den allgemeinen Standpunkt der Parlamentsparteien zur EZA und gehe teilweise auch auf einzelne Abgeordnete näher ein, wenn ich dieses für notwendig und sinnvoll erachte.

2. Diskussionsstränge in der EZA-Debatte

2.1. Moral

Wenn im Nationalrat über die EZA debattiert wird, so bedienen sich die Abgeordneten verschiedener Argumentationsstränge, um ihre Position zu untermauern. Die Frage, warum sich Österreich überhaupt für die Entwicklung anderer Länder engagieren soll bzw. muss, war in der Pionierzeit der Entwicklungshilfe eine der am öftesten debattierten. In den weiteren Debatten stand mehr der Nutzen der Entwicklungshilfe im Vordergrund. Was erhofften sich die Abgeordneten, wie sollte Entwicklungshilfe aussehen, welche Ziele sollten erreicht werden? Bei der Beantwortung all diesen Fragen

spielt die Moral eine bedeutende Rolle. Außerdem eignen sich moralische Argumente auch für die Kritik des in der EZA Bestehenden oder, seltener, das Lob des soeben Erreichten.

2.1.1. Die moralischen Begründungen der Abgeordneten, warum Österreich EZA leisten sollte

1961

Bei der 1961 geführten Debatte um den IDA-Beitritt Österreichs, griffen die Abgeordneten, die dem Gesetz positiv gegenüberstanden, auch auf moralische Argumente zurück, um ihren Standpunkt darzustellen. Damals konzentrierten sich diese Argumente auf die Frage des richtigen Zeitpunkts für Österreich, Entwicklungshilfe zu leisten. Der erste Redner, der freiheitliche Abgeordnete Gredler, stellte die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe zwar außer Streit, wollte aber das Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet wissen. Seiner Meinung nach sollte sich die Regierung zuerst um „die Entwicklungsgebiete in Österreich⁸⁹“ kümmern, bevor sie sich international engagierte.

Die Replik des SPÖ-Abgeordneten Czernetz fiel so aus: „Wir können die Erfüllung dieser Verpflichtung nicht davon abhängig machen, ob wir bei der Erfüllung anderer Verpflichtungen im Augenblick gewisse Schwierigkeiten haben. Ich möchte sehr klar und deutlich [...] sagen, daß es zwischen diesen Fragen überhaupt keinen Zusammenhang und keine Beziehung gibt. Niemand soll einen Vorwand suchen und die Nichterfüllung von Forderungen der öffentlichen Angestellten etwa mit dieser sehr bescheidenen Erfüllung einer internationalen Verpflichtung verbinden!“⁹⁰ Gredler hatte in seiner Rede beklagt, dass die Bevölkerung kein Verständnis für die Gewährung von ca. fünf Millionen US-Dollar für die IDA aufbringen werde, wenn die Regierung auch weiterhin den Forderungen und Bedürfnissen der Österreicher gegenüber hart bleibe.

Der ÖVP-Abgeordneten Sebinger stieß ins selbe Horn wie sein Kollege von der SPÖ. Er verwies außerdem darauf, dass Österreich selbst sehr von Entwicklungshilfe profitierte

□

⁸⁹ vgl. StPrNR/66.Sitzung /IX.GP/S. 2745

⁹⁰ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2746

habe und nun der Zeitpunkt gekommen sei, anderen Ländern zu helfen: „Dem Herrn Abgeordneten Dr. Gredler ist es ganz sicher bekannt, daß sich nach einem Krieg [...] nur dank der Marshallplan-Hilfe unsere Wirtschaft so entwickeln konnte, wie es geschehen ist. [...] Gerade deshalb [...] besteht auch für uns die moralische Verpflichtung, an der Entwicklungshilfe in dem Ausmaße mitzuwirken, das unsere eigene wirtschaftliche Situation erlaubt.“⁹¹

Wie der Abgeordnete Czernetz, so meinte auch Sebinger, „daß man internationale Fragen nicht mit momentanen schwierigen innenpolitischen Verhältnissen verquicken soll. [...] Wir sollten uns [...] vielmehr auf jene Formel einigen, die da sagt: Das eine tun, und das andere nicht lassen.“⁹²

In den 1980er Jahren

Auffallend ist, dass nach 1961 moralische Argumente zur Begründung der Entwicklungshilfe erst wieder in den 1980er Jahren auftauchten. In den 1980er Jahren war das Faktum, dass Österreich Entwicklungshilfe zu leisten hat und leisten soll, bei den Parlamentsparteien unbestritten. Dennoch fühlten sich immer wieder Abgeordnete verpflichtet zu erklären, warum Entwicklungshilfe notwendig sei.

„Ich darf eingangs feststellen, daß sich die Österreichische Volkspartei grundsätzlich zur Entwicklungshilfe bekennt. Wir sehen darin eine moralische Verpflichtung der Reichen, den Nichtbegüterten zu helfen, und folgen damit auch christlichen Grundsätzen.“⁹³ Dieses Eingangstatement gab der ÖVP-Abgeordnete Koppensteiner 1986 anlässlich der Debatte über die Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft ab, um die grundsätzliche Bejahung der Entwicklungshilfe seitens seiner Partei zu betonen und um im Verlauf seiner Rede die Ablehnung seiner Partei zu ebendiesem Gesetz umso besser zum Ausdruck zu bringen.

Warum gerade das kleine Österreich großes Potential habe, was die Verbesserung der Welt im Allgemeinen und die Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen angehe, erklärte die freiheitliche Abgeordnete Motter 1989 so: „Wir sind auch der Meinung, daß



⁹¹ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2748

⁹² StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2749

⁹³ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12552

Österreich aufgrund seiner Neutralität, aber auch durch das Fehlen einer kolonialen Vergangenheit in zahlreichen Entwicklungsländern prädestiniert ist, zu vermitteln und zu helfen. Das heißt, Österreich ist geradezu aufgerufen, entwicklungspolitische Fragen zwischen den industrialisierten und den entwicklungsbedürftigen Ländern der Dritten Welt zu vermitteln.⁹⁴ Dementsprechend gefordert sei Österreich auch; es habe die moralische Verpflichtung, sein Potential zu nutzen und für eine gute Entwicklungszusammenarbeit⁹⁵ zu sorgen, was den Rest ihrer Rede ausmachte.

Als der Nationalrat am späten Nachmittag des 9. November 1989 eine Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes von 1974 debattierte⁹⁶, hatten sich die westlichen Politiker bereits Gedanken über die Unterstützung der Reformkräfte in Osteuropa gemacht, über eine Aufbauhilfe für die osteuropäischen Volkswirtschaften und über die „Wiedervereinigung Europas“⁹⁷. Die Regierungen der „klassischen Entwicklungsländer“ des globalen Südens verfolgten solche Überlegungen mit gemischten Gefühlen. Sie befürchteten, dass der Westen die Entwicklungshilfe für ihre Länder zugunsten der „Osthilfe“ kürzen würde – zu Recht, wie sich später herausstellen sollte⁹⁸. Diese Befürchtungen waren wahrscheinlich auch der SPÖ-Abgeordneten Horvath bekannt, als sie sagte: „Natürlich haben wir auch eine Verantwortung, die Reformprozesse in Osteuropa wirtschaftlich zu unterstützen. Aber das darf nicht auf Kosten der Dritten Welt geschehen [...]. Zwei Drittel der Menschheit einfach abzuschreiben, wäre nicht nur zutiefst inhuman, sondern längerfristig auch wirtschaftlich unvernünftig und politisch gefährlich.“⁹⁹ Diese Aussage findet sich in der Mitte ihrer Rede, nachdem sie eindringlich von der zunehmenden Not in den Entwicklungsländern gesprochen hatte. Ihr



⁹⁴ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13897

⁹⁵ dieser Begriff wurde im Nationalrat, während der Debatte über ein Entwicklungsgesetz, erstmals von ihr verwendet

⁹⁶ Wenige Stunden nach dem Ende dieser Debatte fiel übrigens die Berliner Mauer, vgl. Feist, Peter: Die Berliner Mauer. Berlin 1961-1989; wie sie entstand, wie sie funktionierte, wie sie fiel. Berlin. Kai Homilius Verlag, 1997, S. 24.

⁹⁷ so wurde es zumindest 2004, bei der EU-Osterweiterung von führenden EU-Politikern genannt

⁹⁸ vgl. Raffer, Kunibert/Singer, Hans: The economic North-South divide. Six decades of unequal development. Cheltenham. Edward Elgar Publishing, 2001, S. 80ff. und Fuchs, Roland: Osteuropa – Konkurrenz für die 3. Welt? Entwicklungsfinanzierung und Handelsbeziehungen der Industrieländer zu Osteuropa und den Entwicklungsländern seit der Ostöffnung 1989 unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union und Österreichs. Diplomarbeit, Universität Wien, 1989, S. 134

⁹⁹ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13900

Fazit: Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe (bei Beibehaltung der Osthilfe) seit dringend erforderlich, die Durchschnittsösterreicher könnten sich durchaus damit anfreunden.

Entwicklungshilfe und -politik als aktive Friedenspolitik

Dass Entwicklung den Frieden fördern soll, war und ist umstritten. Dass Entwicklungshilfe und -politik auch Friedenspolitik ist und sein soll, war 1983 offenbar ÖVP-Parteilinie. Zwei ÖVP-Abgeordnete, Steinbauer und Höchtl, gaben 1983 Erklärungen ab, die von dieser Ansicht Zeugnis ablegen. Wahrscheinlich wollten sie die Teile der österreichischen Bevölkerung überzeugen, die der Entwicklungshilfe nach wie vor skeptisch gegenüberstanden. Das Kalkül dahinter ist von bestechend einfacher Logik: „Entwicklungshilfe“ ist nicht nur moralisch eine Pflicht, sondern auch das eigene Interesse am Frieden zwingt uns zur Entwicklungshilfe. Schließlich wollen wir ja alle den Frieden, und wenn wir für den Frieden sind, dann müssen wir auch für die Entwicklungshilfe sein, denn diese trägt dazu bei, den Frieden zu erhalten.

„Entwicklungsarbeit ist für mich auch Friedenspolitik, ein Beitrag, den die Reicher, den die, die in Wohlstand leben, zu leisten haben, ein Beitrag, zu dem sie verpflichtet sind, der ihnen aufgetragen ist.“¹⁰⁰ Diese klaren Worte sprach der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer 1983. Vor diesem Statement hatte er noch die „Eine Welt“ sehr betont und die „gemeinsame Verantwortung“, die wir dafür tragen.¹⁰¹ Die Entwicklungshilfe sei, seiner Ansicht nach, ein Teil dieser „gemeinsamen Verantwortung“ für die „Eine Welt“, an der kein Weg vorbeiführt.

Dass die Meinung „Entwicklungsarbeit bzw. -hilfe = Friedenspolitik“ 1983 auch Parteimeinung der ÖVP gewesen sein dürfte, wird auch aus folgendem Zitat des ÖVP-Abgeordneten Höchtl ersichtlich. Ca. eineinhalb Stunden später als sein Kollege Steinbauer erklärte er dass: „Das Problem der Entwicklungshilfe ist sicherlich im Zusammenhang mit Friedenspolitik zu sehen. Ich glaube, festzuhalten zu müssen, daß für uns, für die Österreichische Volkspartei, die Entwicklungshilfe einen wesentlichen Beitrag zur Förderung beziehungsweise zur Erhaltung des Weltfriedens darstellt. Es ist

□

¹⁰⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1430

¹⁰¹ ebd.

für uns eine zutiefst humanitäre Aufgabe, der sich alle Industrienationen zu stellen haben, eine Aufgabe, der wir – zugegebenermaßen – bisher viel zu wenig gerecht wurden.“¹⁰²

2002

Dass Österreich generell zu wenig für die EZA leiste, war der erste Kritikpunkt in der Rede des Grünen-Abgeordneten Pirkhuber zum neuen EZA-Gesetz im Jahr 2002: „Ein Land wie Österreich, das zu den reichsten Ländern der Welt gehört, hat eine moralische und politische Verantwortung, nicht Schlusslicht in der Entwicklungspolitik, in der Entwicklungszusammenarbeit zu sein, sondern auch in diesem Bereich, wie in manchen anderen Bereichen voranzugehen, wirkliche Leitlinien zu entwickeln und nicht nur bei Begriffsbestimmungen und Grundsätzen stehen zu bleiben.“¹⁰³ Nichtsdestotrotz sei diese EZA auch noch qualitativ sehr mangelhaft ist, so die weiteren Ausführungen des Abgeordneten.

Wie soll die Entwicklungshilfe gestaltet werden?

Wie die Entwicklungshilfe gestaltet werden soll, darüber haben sich alle Parteien Gedanken gemacht. Auffallend ist aber, dass allein die freiheitlichen Abgeordneten Motter und Partik-Pablé auf moralische Argumente zurückgriffen, um ihre Vorstellungen von Entwicklungshilfe zu untermauern. Beide gaben diese Erklärungen in den 1980er Jahren ab.

„Entwicklungshilfe darf niemals durch Eigennutz legitimiert werden.“¹⁰⁴ Diese Worte, die leider weder damals noch heute Gültigkeit haben, sprach Motter 1989 und leitete damit den Teil ihrer Rede ein, in dem sie die versteckte Exporthilfe kritisierte, die damals wie heute im Namen der EZA betrieben wird.¹⁰⁵ Dieser wunderschöne Satz beschreibt die ideale, altruistische Entwicklungshilfe, ohne sie detaillierter darzustellen. Die Abgeordnete beendete ihre Rede mit den Worten: „Der Wille zur Hilfe für eine Gruppe darf aber nicht den Willen zur Hilfe für die anderen Gruppen ausschließen, sondern muß



¹⁰² StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1442

¹⁰³ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/ S. 153

¹⁰⁴ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13898

¹⁰⁵ zur Exporthilfe in der österreichischen Entwicklungshilfe der 1980er Jahre vgl. Pohl, Walter/Rüthemann, Guido/Steiner, Hans: Geschäfte mit der Entwicklung. Am Beispiel Österreich-Dritte Welt. Wien. Südwind, 1986, S. 101f und 116 und Raffer, 2001, S. 83f.

von einer Humanität gekennzeichnet sein, die keinen armen Menschen als mehr oder weniger hilfswürdig einteilt. [...] Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Achtung der Menschenwürde ohne jeglichen Unterschied von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Geschlecht und Rasse soll der Grundgedanke für jede Entwicklungshilfe sein.“¹⁰⁶

Das Einteilen von Menschen in mehr oder weniger hilfsbedürftige ist heute aber Praxis in der EZA: Die Einteilung in „absolut“ und „relativ“ arm stammt von der Weltbank und wurde von den westlichen Staaten aufgegriffen¹⁰⁷. Wogegen sich Motter mit diesem Statement aber noch wendet, ist die Unterscheidung nach Herkunft bzw. Staatsbürgerschaft und den Regierungen der Bedürftigen. 1961 hatte der freiheitliche Abgeordnete Gredler noch gefordert, zuerst den eigenen, den österreichischen Armen zu helfen, bevor man Entwicklungshilfe leistet, ein Ansatz, den die FPÖ heute wohl als „Österreich zuerst“ bezeichnen würde. Nicht weniger bedeutsam ist auch, dass in den 1980ern die Frage der Hilfe für kommunistische Staaten wie Kuba, Nicaragua, Angola und Mosambik zwischen den Parteien heftig umstritten war. Vermutlich hatte Motter diese Streitereien viel eher im Visier als die Aussage Gredlers. Sie sprach sich also klar gegen eine Politik aus, welche die Hilfe für Menschen an die politische Natur ihrer Regierungen knüpft, was vermehrt seit 1989 praktiziert wird. Politisch mag das vernünftig, ja zwingend notwendig sein, auf die aktuelle humanitäre Situation in einem Land kann das aber beträchtliche negative Auswirkungen haben.

Wie soll die Entwicklungshilfe im Details ausschauen, wofür soll sie konkret dienen? 1983 legten die freiheitlichen Abgeordneten Kabas und Partik-Pablé ihre Vorstellungen dem Nationalrat dar. Kabas ging nur kurz auf die konkrete moralische Gestaltung der Entwicklungshilfe ein: „Ein solches Engagement [in der Entwicklungshilfe und –Politik] wird sich nach freiheitlicher Überzeugung ganz besonders auf eine stärkere Betonung der Menschenrechte zu richten haben.“¹⁰⁸

Die ausführliche Formulierung dieser Ansichten überließ er seiner Parteikollegin Partik-Pablé: „Aus liberaler Sicht dürfen wir es nicht hinnehmen, Entwicklungshilfe zu leisten,



¹⁰⁶ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13899

¹⁰⁷ vgl.: Ludermann, Bernd: Schöngerechnet. hier zitiert nach: http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/01-2007/trib_art4.html (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

¹⁰⁸ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1441

ohne sie mit der Einhaltung der elementarsten Menschenrechte in Verbindung zu setzen. [...] Wir können nicht akzeptieren, daß Menschenrechte und Menschenwürde von der Höhe des Bruttonsozialprodukts abhängig gemacht werden. [...] Natürlich wissen wir, daß die politischen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Menschenrechten sehr begrenzt sind; ob da Handelspolitik alleine ein geeignetes Instrument ist, wird man im allgemeinen wohl bezweifeln müssen. Bei allen Anstrengungen, die wir Industriestaaten der Dritten Welt nach wie vor schuldig sind, muß aber doch festgestellt werden, daß die Armut dieser Länder zu einem großen Teil systemimmanent ist, denn in vielen Entwicklungsländern verewigt das herrschende System die Armut. Willkür, Korruption, soziale Gleichgültigkeit und ineffiziente Verwaltung wirken sich als entwicklungshemmende Faktoren aus, das muß uns klar sein. Deshalb ist ein zielstrebiges Engagement für die Verwirklichung freiheitlich-demokratischer Prinzipien als fester Bestandteil der Entwicklungspolitik notwendig. Die Realisierung von Bürgerrechten ist für eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen nicht weniger wichtig als die Verbesserung landwirtschaftlicher Anbaumethoden. Gerade jene Länder, in denen die Menschenrechte respektiert werden, in denen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verfolgt wird, verdienen im besonderem Maße die Unterstützung durch Förderung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Stabilität. [...] Wenn wir Freiheitlichen auch verstehen, daß die Empfänger von Entwicklungshilfe sich nicht gerne in die inneren Angelegenheiten dreinreden lassen, so glauben wir Freiheitlichen doch, daß es notwendig ist, Demokratie und Menschenrechte als Grundlagen für die Schaffung von Brot, Freiheit und Frieden herzustellen und Ratschläge auf diesem Weg zu erteilen.“¹⁰⁹

Partik-Pablé erteilte dem Konzept der „Entwicklungsdictatur“¹¹⁰ eine eindeutige Absage. Diesem Konzept, dass davon ausgeht, dass zuerst die Regierungen der Entwicklungsländer zuerst mit diktatorischen Mitteln Wirtschaftswachstum und damit Entwicklung sicherstellen müssen, bevor sie ihren Ländern den „Luxus“ der Demokratie erlauben können, setzte sie die liberale Ansicht entgegen, nach der „Entwicklung“ und

□

¹⁰⁹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1449f.

¹¹⁰ Das Konzept der Entwicklungsdictatur geht davon aus, dass eine schnelle Industrialisierung, d. h. Entwicklung, nur von einer autoritären Regierung erreicht werden kann. Demokratie behindere diese schnelle Industrialisierung, sie könne aber eingeführt werden, wenn diese schnelle Industrialisierung abgeschlossen sei und die Völker der Entwicklungsländer (auch intellektuell) „reif“ genug für die Demokratie seien. vgl. Newman, Karl J.: Die Entwicklungsdictatur und der Verfassungsstaat. Frankfurt am Main. Athenäum Verlag, 1963, S. 13ff.

„Diktatur“ Widersprüche sind und die Einhaltung der Menschenrechte kein „Luxus“, sondern ein wichtiges Ziel der Entwicklung ist. Dieses Ziel, so forderte Partik-Pablé müsse der Westen einmahnen, ohne Angst davor zu haben, sich in die „innere Angelegenheiten“ der Entwicklungsländer einzumischen.

Diese wichtige und richtige Forderung wurde ab den 1990er Jahren zumindest ansatzweise Realität. Weltbank und Währungsfonds nahmen ebenso wie die westlichen Staaten Forderungen wie „good governance“, „Demokratie“, „Rechtsstaatlichkeit“ und „Korruptionsbekämpfung“ in ihre Entwicklungspläne auf und begannen in dieser Hinsicht auch, zumindest manchmal Druck auf die Regierungen ihrer Zielländer auszuüben. Natürlich sollte man sich darüber keinen Illusionen hingeben. Während des Kalten Kriegs hat die Weltbank ihr genehme Militärdiktaturen oft bereitwilliger unterstützt als „unzuverlässige“ Demokratien.¹¹¹ Druck wird auch heute nur dann ausgeübt, wenn den westlichen Staaten nicht andere Interessen wichtiger sind, was nicht selten der Fall ist. Im Zeitalter des „Kriegs gegen den Terror“ ist das vor allem die Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus. Ob die Art der Bekämpfung mit den Menschenrechten vereinbar ist und ob die jeweilige Regierung demokratisch ist oder nicht, ist für die westlichen Regierungen meist von geringerer Bedeutung, als dass sie überhaupt stattfindet.¹¹²

Lob und Kritik

Weitaus häufiger als für das Lob griffen die Abgeordneten für die Kritik auf moralische Argumente zurück. Lob, das mit Verweis auf die Moral ausgedrückt wird, habe ich, was die EZA-Gesetze angeht, nur eines gefunden. 1961 sprach der ÖVP-Abgeordnete Fink ein großes Lob für Österreich im allgemeinen und die Bundesregierung im besonderen aus: „Diese Vorlage [das Gesetz, mit dem Österreich der IDA beitrat] entspricht den



¹¹¹ vgl. Hür, 1984, S. 135

¹¹² ein besonders deutliches Beispiel dieser Haltung zeigt sich in der US-Hilfe für Pakistan. Pakistan war und ist ein „Frontstaat“ für den Westen bzw. für die USA. Im Kalten Krieg ein Frontstaat gegen das „Sowjet-freundliche“ Indien und in den 1980er gegen die UdSSR bzw. das von ihr besetzte Afghanistan. Seit 2001 ist Pakistan einer der wichtigsten Staaten für den „Krieg gegen den Terror“. Die USA haben bis Ende 2007 Pakistan mit insgesamt 21,1 Milliarden US-Dollar unterstützt. Davon zahlten die US-Regierungen 17,7 Milliarden an die verschiedenen Militärdiktatoren Pakistans aus, und nur 3,4 Milliarden an demokratische Regierungen. vgl.: Robinson, Simon: Why Pakistan Matters. S. 2 erschienen am 3. 1. 2008 in der Zeitschrift TIME, hier zitiert nach: <http://www.time.com/time/world/article/0.8599.1699642-2.00.html> (letzter Zugriff: 12. 3. 2009)

österreichischen Gefühlen für wahres Menschentum, [...], unserer Haltung, unserem Willen, in Bedrängnis ohne lange zu fragen helfend beizuspringen.“¹¹³

Weniger schmeichelhaft waren die Worte, die 1983 der SPÖ-Abgeordnete Veselsky fand. Er beklagte das fehlende Interesse der Abgeordneten und Journalisten an der Entwicklungshilfe, die mangelnden Fortschritte in den Entwicklungsländern selbst und schließlich auch die Gleichgültigkeit vieler Österreicher diesem Problem gegenüber. „Weil wir Österreicher große Hilfslieferungen aus humanitärer Solidarität anderer in Empfang nehmen konnten und heute, zur Wohlhabenheit gelangt, eher hartherzig sind.“¹¹⁴ Diese Sätze beendeten den ersten Teil seiner Rede, die bis dahin eine reine „Klagerede“ war. Er schloss mit seinem Dank an all jene, die in der Entwicklungshilfe tätig waren oder sie unterstützten.

Allgemeiner gehalten ist die Kritik der Abgeordneten Jäger, die 2002 folgendes Statement abgab: „Es ist eine Schande, dass die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer wird, dass drei Milliardäre mehr verdienen, als 48 Entwicklungsländer der Welt an jährlichen Einkommen haben. [...] Im Jahr 2001 sind wir inzwischen auf 0,19 Prozent [Anteil der EZA-Gelder im Budget] zurückgefallen! Es ist wirklich ein Skandal! Dagegen muss wirklich etwas unternommen werden!“¹¹⁵ Zweierlei beklagte Jäger: die ungerechte Verteilung der Finanzmittel weltweit und die niedrigen österreichischen EZA-Ausgaben. Beides sei ein Missstand, dessen Beseitigung eine moralische Verpflichtung sei, implizierte Jäger.

2.2. Wirtschaft und wirtschaftlicher Eigennutz der EZA

Wie Wirtschaft und Entwicklung zusammenhängen, wird spätestens seit dem Beginn der Entwicklungshilfe diskutiert. Die ersten Entwicklungstheoretiker definierten „Entwicklung“ im wesentlichen als Wirtschaftswachstum.¹¹⁶ „Geht's der Wirtschaft gut,

□

¹¹³ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2739

¹¹⁴ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1435

¹¹⁵ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 97

¹¹⁶ vgl. Pilz, Brigitte: Entwicklungstheorien und Engagement für die Dritte Welt. Diplomarbeit, Universität Wien, 1981, S. 14ff.

geht's uns allen gut“ – mit dieser Aussage der österreichischen Wirtschaftskammer¹¹⁷ kann man die Quintessenz der ersten Entwicklungstheorien zusammenfassen.

Im österreichischen Nationalrat kam die Debatte „Wirtschaft und Entwicklung“ Mitte der 1970er Jahre in Gang. Alle bis 2006 im Nationalrat vertretenen Parteien mit Ausnahme der Liberalen (zwischen 1992 und 1999, als das Liberale Forum in Nationalrat vertreten war, standen keine EZG-Gesetze zur Debatte) und dem BZÖ (die jüngsten EZG-Gesetze stammen aus den Jahren 2002/3, das BZÖ ist aber erst seit 2005 im Nationalrat vertreten) beteiligten sich an dieser großen Debatte.

Die Bandbreite der Aussagen erstreckt sich zwischen den zwei Extrempolen „Kritik am derzeitigen Weltwirtschaftssystem“ bis zur Forderung, die Entwicklungshilfe nach den wirtschaftlichen Interessen Österreichs auszurichten.

Die ersten Aussagen, die sich im Nationalrat zum Thema „Wirtschaft und Entwicklung“ widmen, findet man bei SPÖ und ÖVP ab 1974. Sie fordern die Einführung der „Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung“ (NIWO; siehe nächstes Kapitel). Diese Aussagen sind natürlich als Kritik am bestehenden Weltwirtschaftssystem zu verstehen, sie unterstrichen aber auch den Nutzen, den Österreichs Wirtschaft aus der NIWO ziehen könnte. Parallel zur Debatte über die NIWO sprachen die Abgeordneten ebenfalls über den direkten Nutzen, den die österreichische Exportwirtschaft jetzt und in Zukunft von der Entwicklungshilfe zu erwarten habe. 1986 forderten manche ÖVP-Abgeordneten gar, die Entwicklungshilfe überhaupt nach den unmittelbaren Vorteilen für die österreichische Wirtschaft auszurichten!

Bei solchen Forderungen blieb Kritik natürlich nicht aus. Beschränkte sie sich zuerst nur auf die Tatsache, dass die Bundesregierung die Exporthilfe für österreichische Firmen in Entwicklungsländer als „Entwicklungshilfe“ anrechnen ließ und diese Firmen von dieser „Entwicklungshilfe“ mehr profitierten als die Menschen in der „Dritten Welt“ selbst, so entwickelte sich diese Kritik ab 1989 weiter. Abgeordnete der Grünen und der Freiheitlichen prangerten die ungerechten und verkehrten Handelsbeziehungen zur „Dritten Welt“ an. 2002 begann ein grüner Abgeordneter, indirekt an den Forderungen der NIWO anzuknüpfen. Möglicherweise wird schon bald erneut die Forderung nach der

□

¹¹⁷ vgl.: Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. in: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=360271&DstID=363 (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

NIWO wieder im Nationalrat auftauchen, auch wenn man sie dann wahrscheinlich nicht so bezeichnen wird uns sie dann sicher im Schatten der Globalisierungskritik steht. Eines aber ist sicher: Der Nationalrat wird auch in Zukunft über die Frage Wirtschaft und Entwicklung diskutieren.

2.2.1. „Neue internationale Weltwirtschaftsordnung“ (NIWO)

Das auf der freien Marktwirtschaft beruhende Weltwirtschaftssystem ist ungerecht, denn es bietet denjenigen Staaten die meisten Vorteile, die bereits über eine starke und gutentwickelte Volkswirtschaft verfügen, also den Industrieländern. Die Entwicklungsländer dagegen haben in diesem System eine weitaus schwierigere Ausgangsposition, wie ihnen bald bewusst wurde. 1973 erhoben sie auf der Konferenz der „Blockfreien“¹¹⁸ in Algier erstmals die Forderung nach einer „Neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung“ (NIWO). Die Begeisterung für die NIWO hielt sich in den Industriestaaten aber in Grenzen. Zwar verabschiedete die UNO Resolutionen, die sich für die Errichtung der NIWO aussprachen, aber auf der UNCTAD¹¹⁹-IV Konferenz in Nairobi, im Jahr 1976, lehnten die USA und die BRD, zwei der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Erde, die NIWO ab. Die Entwicklungsländer waren nicht einig und stark genug, um die NIWO trotzdem Realität werden zu lassen. Auch wenn manche Punkte der NIWO kurzzeitig teilweise verwirklicht werden konnten und über einige ihrer Forderungen heute wieder diskutiert wird, so wurde die NIWO insgesamt nie etabliert.

Was die NIWO zur Stärkung der „Dritten Welt“ forderte, war strenggenommen nicht total neu. Großteils verlangte sie einfach die Einhaltung bereits bestehender Handelsregeln und des Völkerrechts. Sie pochte auf die volle Souveränität eines jeden Staates über seine natürlichen Ressourcen und seine wirtschaftlichen Aktivitäten. Den Entwicklungsländern sollte es möglich sein, nach dem Vorbild der OPEC Kartelle zu



¹¹⁸ Als „blockfrei“ bezeichneten sich die meisten Staaten, die während dem Kalten Krieg weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehörten. Damals wie heute liegen die allermeisten dieser Staaten, die sich so nennen, in der „Dritten Welt“. vgl. The Non-Alignment Movement. Description and History. in:

<http://www.nam.gov.za/background/history.htm> (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

¹¹⁹ UNCTAD = United Nations Conference on Trade and Development, 1964 gegründete Unterorganisation der UNO, die die Aufgabe hat, die Entwicklungsländer, zu für sie vorteilhaften Bedingungen in die Weltwirtschaft zu integrieren. vgl. About UNCTAD. in:

<http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=1530&lang=1> (letzter Zugriff: 19. 8. 2007)

bilden. Außerdem sollten die Industrieländer ihre Märkte für Industrieprodukte aus den Entwicklungsländern öffnen und einen Technologietransfer in die Entwicklungsländer ermöglichen, ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent ihres BIPs anheben und diese nicht länger an Bedingungen knüpfen. Ein internationales Ernährungsprogramm sollte entwickelt werden. Am radikalsten waren die beiden Punkte Verstaatlichung und Preissicherheit. Die Entwicklungsländer sollten die Möglichkeit haben, ausländischen Besitz innerhalb ihrer Grenzen verstaatlichen zu können, und zwar auch dann, wenn das internationale Recht nicht erlaubte. Was die Preissicherheit angeht, wollten die Staaten der „Dritten Welt“ weltweit ein System etablieren, das für ihre wichtigsten Exportprodukte einen Fixpreis vorsah. Damals wie heute sind viele Entwicklungsländer stark von dem Export einiger weniger Rohstoffe abhängig, deren Erlös im Welthandel stark schwankt, was Wirtschafts- und Budgetplanung und damit letztlich auch die Entwicklung sehr erschwert. Ein auf Jahre hinaus angelegter unveränderter Preis für diese Produkte sollte diese Unsicherheit beenden. Diese Forderung wurde zumindest teilweise im Abkommen von Lomé im Jahr 1975 realisiert. Dieser Vertrag (Lomé I) zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten bestand für fünf Jahre und sah diese Preissicherheit vor. In den folgenden Verträgen (Lomé II bis IV)¹²⁰ wurde dieses System aber schrittweise aufgeweicht und im derzeit gültigen Vertrag von Cotonou überhaupt abgeschafft.¹²¹

Allerdings: Auch wenn diese Punkte völkerrechtlich großteils schon festgeschrieben waren und die Industrieländer sie formal anerkannten, so sahen (und sehen oft immer noch) die tatsächlichen Beziehungen zwischen „Erster Welt“ und „Dritter Welt“ ganz anders aus. Die „Realpolitik“, welche die Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern verfolg(t)en wird durch die Machtverhältnisse zwischen diesen beiden „Welten“ bestimmt und nicht durch das Völkerrecht. Die Konferenz in Algier endete am 9. September 1973. Zwei Tage später putschte in Chile das Militär gegen die demokratische Regierung Präsident Allendes, und General Pinochet machte sich zum Chef einer neuen Militärdiktatur. Der Marxist Allende hatte 1971 sowohl im Einklang

□

¹²⁰ zu den Lomé-Verträgen vgl. Raffer, 2001, S. 99ff.

¹²¹ Looney, Robert: New International Economic Order in: Jones, R.J.B. (Hg.), Routledge Encyclopedia of International Political Economy. London. Routledge, 1999, hier zitiert nach:

http://web.nps.navy.mil/~relooney/routledge_15b.htm (letzter Zugriff: 17. 8. 2007)

mit dem nationalen wie dem internationalen Recht den Bergbau verstaatlicht und die bisherigen Besitzer, großteils multinationale Konzerne (die ihren Hauptsitz zumeist in den USA hatten), entschädigungslos enteignet. Der US-Regierung war es zwar nicht gelungen, die Wahl Allendes zu verhindern, sie unterstützte aber vor, während und nach seiner Wahl Teile der Opposition. Auch verfolgte die US-Regierung eine Politik der Isolation Chiles, solange Allende an der Macht war. Die Diktatur Pinochets dagegen traf dagegen auf weitgehende Zustimmung der US-Regierung, u. a. auch deshalb, weil die neue Regierung eine der US-Regierung wohlgefällige Politik verfolgte. Unter anderem machte sie die Verstaatlichungen schon sehr bald wieder rückgängig, reprivatisierte und entschädigte die enteigneten Konzerne.¹²²

Die NIWO in Österreich

Die Idee der NIWO hatte auch in Österreich ihre Anhänger, und zwar in den beiden Großparteien. Aus den stenographischen Protokollen des Nationalrats wird ersichtlich, dass sich insgesamt zwei Abgeordnete für die NIWO aussprachen, Veselsky von der SPÖ (1974 und 1983) und Ettmayer von der ÖVP (1983). Aussagen von Abgeordneten, welche die NIWO direkt und als Ganzes ablehnten, konnte ich in den stenographischen Protokollen des Nationalrats zu den Entwicklungsdebatten keine finden. Was es aber gibt, ist die ablehnende Bemerkung des ÖVP-Abgeordneten Steinbauer von 1983 zum „Marshallplan für die Dritte Welt“¹²³, der nach den Vorstellungen Veselskys mit der NIWO verknüpft sein sollte.



¹²² vgl. Ensalaco, Mark: Chile under Pinochet. Recovering the Truth. Philadelphia. University of Pennsylvania Press, 2000, S. 156f.

¹²³ Bekanntermaßen war es der Marshallplan, der Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg zum Wirtschaftswunder und zu nie gekanntem Wohlstand verholfen hat. Man kann den Marshallplan daher als erstes modernes Entwicklungsprogramm betrachten. Die Forderung eines „Marshallplans für die Dritte Welt“ geht ursprünglich auf Bruno Kreisky zurück, der diese Idee der Öffentlichkeit erstmals 1962 (damals als Außenminister) vorstellt. Kreisky war der Überzeugung, dass nur die verstärkte Zusammenarbeit zwischen „Erster“ und „Dritter“ Welt Entwicklung ermöglichen könne. Sein Plan sah für die Industrieländer den Abbau der Zölle und Handelsschranken gegenüber den Entwicklungsländern sowie die Schaffung eines Ausgleichsfonds vor, um Preisstabilität bei den wichtigsten Exportgütern der Entwicklungsländer sicherstellen zu können. Außerdem sollten die Industrieländer ihre Entwicklungshilfe nicht mehr mit Bedingungen verknüpfen und auf ein Niveau von mindestens einem Prozent ihres BIPs anheben. Diejenigen dieser Staaten, die größere Währungsreserven hatten, sollten noch mehr leisten. Den Staaten der „Dritten Welt“ gestand Kreisky das Recht auf die Verfolgung eines protektionistischen Wirtschaftskurses zu. Nach seinen Vorstellungen hatten die Entwicklungsländer auch Pläne in Richtung einer Land- und Steuerreform auszuarbeiten, sowie für die Bekämpfung des Analphabetismus Sorge zu

Auch wenn die NIWO heute kein Thema mehr ist, so ist die Frage, ob Entwicklungshilfe nicht zu kurz greift, ob sie überhaupt langfristig Entwicklung unterstützt bzw. fördert, nach wie vor aktuell. Im Zug der Globalisierung wird sie auch heute wieder diskutiert, insbesondere von den Globalisierungskritikern. Festzuhalten bleibt auch, dass sich die SPÖ in ihrem Parteiprogramm nach wie vor für die NIWO ausspricht, freilich ohne das Kind beim Namen zu nennen (siehe Kapitel 3.1).

Die Aussagen der Abgeordneten

„Was wir brauchen, ist eigentlich nicht eine Verteilung von Almosen, sondern die Entwicklung einer neuen partnerschaftlichen Kooperationsbasis, einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung.“¹²⁴ Diese 1974 getätigte Aussage des SPÖ-Staatssekretärs Veselsky zeigt, worum es den Anhängern der NIWO prinzipiell ging: ein neues Weltwirtschaftssystem war ihrer Ansicht nach besser als mehr Entwicklungshilfe. Wie dieses neue System aber genau ausschauen sollte, erklärte Veselsky nicht, sehr wohl aber, warum diese Idee bisher nicht verwirklicht werden konnte: „Aber das röhrt ja am Frieden dieser Welt, und daher geschieht nicht allzu viel.“¹²⁵ Offiziell war die österreichische Bundesregierung zwar auch für dieses neue System, aber sie hatte sich nicht ernsthaft für seine Etablierung stark gemacht, sondern sie eher hintertrieben.¹²⁶

1983 war Veselsky zwar nicht mehr Staatssekretär, aber nach wie vor SPÖ-Abgeordneter des Nationalrats und weiterhin überzeugter Anhänger der NIWO. Den Anhängern dieser Idee wurde oft vorgeworfen, zugunsten der Entwicklung der „Dritten Welt“ das marktwirtschaftliche System, die eigene Wirtschaft und damit auch den eigenen Wohlstand in Frage zu stellen, ja letztlich sogar zu gefährden!¹²⁷ An diese, in seinen



tragen. vgl. Kreisky, Bruno: Die Herausforderung. Politik an der Schwelle des Atomzeitalters. Wien. Econ-Verlag, 1962, S. 73f.

Eine Wiederbelebung dieser Idee, freilich unter anderen Vorzeichen, erfolgte 2003 unter dem Namen „Global Marshall-Plan“. Dieser Plan hat auch eine Umweltkomponente und unterscheidet sich teilweise bei der Finanzierung und den Unterzielen von Kreiskys Vorschlag. Das Hauptziel ist aber gleich geblieben: das ermöglichen großer, langfristiger und nachhaltiger Entwicklungsfortschritte für die ganze Erde. Siehe auch: Rademacher, Franz-Josef: Global Marshall Plan – Ein Planetary Contract. Für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Wien. herausgegeben vom Ökosozialen Forum Europa, 2004

¹²⁴ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11051

¹²⁵ ebd.

¹²⁶ Kramer, Helmut (Hg.): Österreich im internationalem System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien. Wilhelm Braumüller, 1983, S. 145f.

¹²⁷ vgl. Neuhold, 1978, S. 15ff.

Augen kurzsichtigen, Kritiker dürfte Veselsky die folgenden Sätze gerichtet haben: „Wenn wir nicht bereit sein werden, eine neue, funktionsfähige, gerechtere Weltwirtschaftsordnung einzuführen, die wir auch zur Erhaltung der Vollbeschäftigung brauchen, dann wird sich die Welt nicht in Frieden weiterentwickeln und allen Menschen Überleben und Wohlstand nicht bieten können.“¹²⁸

Veselsky führte seinen Appell zur Einführung der NIWO fort und erklärte danach die Vorteile und Notwendigkeit des „Marshallplans für die Dritte Welt“: „Wir brauchen eine neue Weltwirtschaftsordnung, die funktionsfähig ist, die gerechter ist, die auch den Ärmsten der Armen das Überleben ermöglicht. Und wir brauchen auch die Bereitschaft, nicht aus der Position der Stärke nein zu sagen, wenn andere über Überlebensprobleme global reden wollen. Wir müssen darauf eingehen. Und sehen Sie, im Unterschied zu Ihnen bin ich der Meinung, daß die Idee des Marshallplans für die Dritte Welt etwas Wichtiges ist, wenn sie auch bisher nicht verwirklicht werden konnte [der Abgeordneter Steinbauer hatte den „Marshallplan für die Dritte Welt“ als „Illusion“¹²⁹ bezeichnet]. Denn wir im industrialisierten Norden haben auf der einen Seite Kapazitäten, die wir nicht nutzen, und auf der anderen Seite haben wir 35 Millionen Arbeitslose. Im unterentwickelten Süden mangelt es an Kapazität und an Waren. Es kommt darauf an, die Bereitschaft zu entwickeln, Intelligenz einzusetzen und die Mechanismen zu schaffen, die es ermöglichen, bei diesen beiden Problemen Ansatzmöglichkeiten zu finden. Das ist im Sinn eines Marshallplans für die Dritte Welt verbunden, mit dem Namen unseres früheren Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky, akzeptiert von vielen Staatsmännern der Dritten Welt, aber auch von Industriestaaten.“¹³⁰

Die NIWO bzw. der „Marshallplan für die Dritte Welt“ wäre also laut Veselsky nicht nur *die* Lösung für die Probleme der Entwicklungsländer, sie würde außerdem den Industriestaaten zu neuen Aufträgen für die eigenen Volkswirtschaften verhelfen. Die NIWO führe, so Veselsky weiter, zu einer boomenden Wirtschaft und Vollbeschäftigung und sei dadurch sehr hilfreich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Dass für Veselsky (wie auch für alle anderen Anhänger der NIWO) die NIWO besser und sinnvoller wäre als eine erhöhte Entwicklungshilfe, wird aus folgenden Sätzen

□

¹²⁸ StPRNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1436

¹²⁹ StPRNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1433

¹³⁰ StPRNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1437

ersichtlich: „Nun dürfen wir nicht glauben, daß es, wenn man Brosamen von 0,7 Prozent des BIP an Hilfeleistungen den Armen der Welt ausstreut, keine Armut mehr geben wird. Wichtiger ist es, eine neue Form des partnerschaftlichen, des gerechten Miteinanderlebens zu ermöglichen, und das bedeutet eine neue Weltwirtschaftsordnung.“¹³¹

Ich habe eigentlich nicht erwartet, dass die NIWO auch in anderen Parteien als der SPÖ ihre Anhänger hatte (zumindest nicht in denen, die außer ihr im Nationalrat vertreten waren). Um so mehr hat mich die 1983 getätigte Aussage des ÖVP-Abgeordneten Ettmayer überrascht: „Und auch ich glaube, daß eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht nur wünschenswert wäre, sondern daß auch unser Land, daß auch die Industrieländer davon profitieren würden. Eines müssen wir auch erkennen: Es gibt eben kein eindeutig wechselseitiges und unwiderlegbares Interesse an der Schaffung dieser Ordnung, denn sonst wäre ja die Konferenz von Cancun¹³² erfolgreich gewesen, sonst hätte man sich nicht erst seither wenigstens darauf einigen können, worüber man eigentlich sprechen will, welche Ziele man im Rahmen dieser neuen Weltwirtschaftsordnung erreichen will. Ich gehe sogar so weit, daß ich sage: Die ernüchternden Ergebnisse, die ernüchternde Phase, die auf Cancun gefolgt ist, zeigt klar, daß die Entwicklungsländer keine wirklichen Bündnispartner bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und ihrer Gesellschaft haben.“¹³³ Ettmayer bekannte sich damit zur NIWO, allerdings erst zu einem Zeitpunkt, „als diese angesichts der bestehenden Machtverhältnisse völlig illusorisch geworden war.“¹³⁴ Dass die NIWO wohl nicht mehr verwirklicht werden würde, dürfte aber auch dem Abgeordneten selbst klar gewesen sein.



¹³¹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1437f.

¹³² Die Konferenz von Cancún fand im Oktober 1981 statt. Delegierte der Industrie- und der Entwicklungsländer sprachen über Fragen der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, sowie über Energieprobleme (Ölkrise) und Finanzen. Eine Einigung auf eine gemeinsame Entwicklungsstrategie oder gar auf die NIWO konnte nicht erreicht werden, da die Industriestaaten die Forderungen der Entwicklungsländer ablehnten. vgl. Revitalization of the World Economy and Contributions to the North-South Conflict, hier zitiert nach: <http://www.mofa.go.jp/policy/other/bluebook/1982/1982-3-2.htm> (letzter Zugriff: 30. 5. 2007) und Cancun I, Cancun II are trying to repeat rewritten history? hier zitiert nach: <http://www.twinside.org.sg/title/5430a.htm> (letzter Zugriff: 30. 5. 2007)

¹³³ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1456

¹³⁴ Hödl: 2004, S. 169

2.2.2. Die Verknüpfung wirtschaftlicher Eigeninteressen mit der EZA

Die Staaten, die Entwicklungshilfe gewähren, tun das nicht nur aus humanitären Gründen; nur zu oft versprechen sie sich wirtschaftliche und politische Vorteile davon. Häufiger noch als politische, werden von den Gebern wirtschaftliche Ziele verfolgt, die abseits vom reinen „Entwickeln“ ihrer Zielländer stehen. Die Entwicklungshilfe sollte schon bald auch der Förderung der eigenen Exportwirtschaft dienen. So manche Industriestaaten verpflichteten (und verpflichten) ihre Zielländer beispielsweise, die eigenen Unternehmen bevorzugt zu behandeln oder ihnen zu teilweise überhöhten Preisen Produkte von zweifelhaftem Nutzen abzukaufen.

In den stenographischen Protokollen des Nationalrats sind Aussagen von Abgeordneten, die sich mit der Verknüpfung von wirtschaftlichen Eigeninteressen und der Entwicklungshilfe befassen, ab den 1970er Jahren belegt. Drei Phasen lassen sich in diesem Diskurs unterscheiden. Die erste, die 1974 begann und ca. zehn Jahre dauerte, ist von der Frage geprägt: „Was bringt die Entwicklungshilfe unserer Wirtschaft?“ Ab Mitte der 1980er Jahre beginnt dann die daran Kritik einzusetzen. Diese Kritik beschränkt sich zuerst auf die Praxis, Exorthilfe für einheimische Unternehmen, die in Entwicklungsländer liefern, als „Entwicklungshilfe“ zu bezeichnen, kritisiert aber nicht die Exorthilfe an sich. Ende der 1980er Jahre lässt sich eine neue Phase ausmachen, die im wesentlichen bis heute andauert. Sie erinnert an die Debatte über die NIWO, da erneut das gesamte derzeitige Weltwirtschaftssystem als „Hindernis für Entwicklung“ gesehen wird. Ein Unterschied fällt aber ins Auge: Während die NIWO ihre Anhänger in SPÖ und ÖVP hatte, also in den Großparteien, findet sich Kritik am derzeitigen Weltwirtschaftssystem nur bei den „kleinen“ Parteien FPÖ und Grüne. Ein weiterer Unterschied zur damaligen NIWO-Debatte ist, dass allein die Missstände im bestehenden Weltwirtschaftssystem kritisiert werden und keine umfassenden Konzepte einer neuen NIWO entworfen wurden.

Hilfe für die Exportwirtschaft

Es ist die Volkswirtschaft, die direkt und indirekt Arbeit und Wohlstand in den Industriestaaten sichert. Jede Partei, jeder Politiker, jeder Abgeordnete möchte daher als

Freund und Förderer der heimischen Wirtschaft gelten. Das bringt „Parteispenden“ der Unternehmen und Wählerstimmen beim „kleinen Mann“. Für ein kleines Land wie Österreich ist die Exportwirtschaft sehr wichtig. So trugen die Exporte 2007 59,6% zum BIP bei und liegen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt.¹³⁵ Neben diesem großen finanziellen Nutzen sichert und schafft die Exportwirtschaft direkt und indirekt viele Arbeitsplätze. In Österreich ist ca. jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt von ihr abhängig.¹³⁶ Dass die Exportwirtschaft floriert, ist daher sehr wichtig für die österreichische Volkswirtschaft. Sie zu fördern ist seit Jahrzehnten Teil der österreichischen Politik. Die Exportwirtschaft profitiert durchaus von der Schützenhilfe der Politik, insbesondere bei Märkten, in denen Österreich traditionell nur schwach, wenn überhaupt, vertreten ist, wie die überseeischen Märkte in der „Dritten Welt“.¹³⁷ Hier könne und solle die Entwicklungshilfe dazu beitragen, diese Märkte für Österreich zu erschließen, war die Forderung von SPÖ-Abgeordneten in den 1970ern und den frühen 1980ern. Aus den stenographischen Protokollen des Nationalrats zu den Debatten um Entwicklungsgesetze ist ersichtlich, dass der erste Abgeordnete, der sich für die gezielte Förderung der österreichischen Exportwirtschaft durch die Entwicklungshilfe aussprach, 1974 der Abgeordnete Kerstnig war. Er war zwar ein Gegner einer „Zwangsbeglückung“, d. h. dass Österreich nur dann dem Land X Entwicklungshilfe gewähren solle, wenn dieses Land X im Gegenzug österreichische Firmen bevorzugt behandle, er wies aber den Nationalrat darauf hin, dass Entwicklungshilfe langfristig auch zu stärkeren Handelsbeziehungen zwischen Geber- und Empfängerland führe. Am Ende seiner Rede sprach er sich aber trotzdem für eine indirekte Förderung der Exportwirtschaft aus: „Vor allem auch die Förderung der Partnerschaftsprojekte österreichischer Firmen mit entsprechenden Unternehmungen in den Entwicklungsländern sollen gezielt fortgesetzt werden.“¹³⁸



¹³⁵ Außenhandel. letzte Änderung 17. 11. 2008, in: http://www.statistik-austria.at/web_de/services/wirtschaftsatlas_oesterreich/aussenhandel/index.html (letzter Zugriff: 10. 3. 2009)

¹³⁶ Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Österreichs Außenwirtschaft. Eine Erfolgsstory. hier zitiert nach: <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/137AD334-D83C-4C92-89A8-2D61AEB2203B/0/Estory0707rev1.pdf> (letzter Zugriff: 29. 9. 2007)

¹³⁷ vgl. Pohl/Rüthemann/Steiner, 1986, S. 192

¹³⁸ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11043

Wieso diese Förderung gerade im Rahmen der Entwicklungshilfe passieren solle und welche positiven Auswirkungen Kerstnig sich dadurch für die Entwicklungsländer selbst erwartete, diese Erklärung blieb er schuldig, ebenso wie sein Kollege Prechl im Jahr 1981. Von ihm ist aber zu erfahren, dass Österreich wirtschaftlichen Nutzen aus der erfolgreichen Entwicklung der „Dritten Welt“ ziehen könne: „Denn gerade die heutigen sogenannten Entwicklungsländer sind ja die Handelspartner von morgen, wenn es uns gelingt, diese Länder zu industrialisieren.“¹³⁹

Aus den Aussagen dieser beiden Abgeordneten lässt sich schließen, dass die Bürde der Entwicklungshilfe, die Österreich heute leiste, sich in Zukunft zum Segen für die Republik verwandeln werde. Denn wenn die Staaten der „Dritten Welt“ erst einmal industrialisiert seien, würden sie auch mit Österreich mehr Handel treiben, argumentierten Kerstnig und Prechl. Damit stellten sie die Entwicklungshilfe als eine sinnvolle Investition in die Zukunft dar, deren reiche Früchte Österreich bald ernten können.

In die gleiche Kerbe schlug 1983 auch der Abgeordnete Veselsky. Veselsky, der sicher ein Freund der „Dritten Welt“ war und sich im Nationalrat mehrmals für ihre Belange einzusetzte, sah sich offenbar ebenfalls genötigt, auf den Nutzen der Entwicklungshilfe für Österreichs Exportwirtschaft hinzuweisen: „Wir haben so gut wie keine Beziehungen zu den Völkern der Dritten Welt, auch nicht genügend Verständnis. [...] Wir müssen uns bemühen, zu den Studenten aus Übersee, die bei uns sind, auch etwas bessere Beziehungen zu entwickeln. Wir dienen damit auch unseren eigenen Exportbemühungen.“¹⁴⁰ Veselskys Überlegung: Heute Beziehungen aufzubauen bringe satte Gewinne in der Zukunft, denn über diese Beziehungen würden Österreichs Firmen leichter ihre Produkte verkaufen können.

Nur ca. eine Stunde später wurde der ÖVP-Abgeordnete Hochmair noch deutlicher, was die Verknüpfung von wirtschaftlichem Eigeninteresse mit der Entwicklungshilfe angeht: „Das Lebensniveau anderer Länder zu heben, ist nicht nur christliches und moralisches Gebot – das sage ich dann, wenn ich im Kreise der Kirche darüber spreche –, und ich sage dann im Anschluss daran, daß es auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft ist,

□

¹³⁹ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9535

¹⁴⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1437

wenn ich im Kreise von Wirtschaftern über Entwicklungshilfe rede. Wir sind ein Exportland, und können es uns gar nicht leisten, abseits zu stehen, denn wir würden mit diesen Maßnahmen jetzige und zukünftige Märkte gefährden. Wenn wir dann dieses Problem aufarbeiten, stellen wir fest, daß wir sehr gute Voraussetzungen mitbringen in unserem Land. Wir haben nie Kolonien besessen und sind daher politisch nicht vorbelastet. Durch die Neutralität stehen wir außerhalb des politischen Spannungsfeldes in der so zweigeteilten Welt.“¹⁴¹

Abgeordneter Hochmair war (wie die allermeisten seiner Wähler sicher auch) der Meinung, dass Österreich keine Kolonialgeschichte habe und dass das nur vorteilhaft für die Handelsbeziehungen sei. In beiden Punkten irrte sich der Abgeordnete. Zwar ist Österreichs Kolonialgeschichte sehr kurz,¹⁴² (und weitgehend vergessen) aber eine Kolonialgeschichte wirkt sich durchaus positiv auf den Handel zwischen dem ehemaligen Mutterland und früheren Kolonien aus. Schließlich müssen die Handelsbeziehungen dann ja nicht erst umständlich aufgebaut werden, es genügt, sie aus- und umzubauen.¹⁴³

Trotzdem versuchte Hochmair, den Nationalrat davon zu überzeugen, dass die Entwicklungshilfe nicht ohne Vorteil für Österreich sei. Sie sei nicht nur ein Geschenk, sondern auch eine sinnvolle Investition in die Zukunft des österreichischen Außenhandels. Jetzt bei der Entwicklung der „Dritten Welt“ zu helfen, oder besser gesagt dort zu investieren, bedeute großen Gewinn für die Zukunft, meinte Hochmair. Seine Schlussfolgerung: Auf diesen zukünftigen Gewinn zu verzichten, kann sich Österreich eigentlich gar nicht leisten.

Kritik an der Exporthilfe

Auf den vorherigen Seiten habe ich darüber berichtet, wie die Abgeordneten der SPÖ die Auswirkungen der Entwicklungshilfe auf die österreichische Exportwirtschaft einschätzten, nämlich positiv. Dass Exporthilfe für die eigenen Firmen eigentlich keine



¹⁴¹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1445

¹⁴² 1777 erklärte Österreich das Umland der Delagoa-Bay (Mosambik) zur Kolonie sowie einen Teil der indischen Malabarküste und 1778 die Nikobaren, eine Inselgruppe im Indischen Ozean, die heute zu Indien gehört. 1783 gab Österreich seine Kolonien aber, auf Druck der anderen europäischen Mächte, bereits wieder auf. Die Delagoa-Bay fiel an Portugal, die indischen Kolonien an Großbritannien. vgl. Basch-Ritter, Renate: Österreich auf allen Meeren. Geschichte der k. u. k. Kriegsmarine 1382-1918., Graz. Styria, 1987, S. 40f.

¹⁴³ vgl. Pohl/Rüthemann/Steiner, 1986, S. 100

Entwicklungshilfe ist, sprach sich aber auch im Nationalrat herum. Einzelne Abgeordnete übten Kritik: nicht so sehr an der Exporthilfe selbst, vielmehr daran, dass die Bundesregierung diese als „Entwicklungshilfe“ bezeichnete bzw. anrechnen ließ.

Den Anfang machte 1983 der SPÖ-Abgeordnete Veselsky, und das in der gleichen Rede, in der er dazu aufgerufen hatte, bessere Beziehungen zu überseeischen Studenten aufzubauen, um damit auch den österreichischen Exportbemühungen zu dienen (siehe vorheriges Kapitel). Seine Kritik drückte er folgendermaßen aus: „Wir müssen [...] ganz ehrlich sagen, daß die Zahlen [zur Höhe der Entwicklungshilfe] eigentlich mehr verbergen als enthüllen, weil sie auf eine ganz absonderliche Weise zustande kommen, unsere Exportkredite beinhalten und diese ja nicht nach entwicklungspolitischen Grundsätzen ausgerichtet werden.“¹⁴⁴ Am Ende seiner Rede wurde Veselsky noch deutlicher: „Die 0,53 Prozent, die wir jetzt für Entwicklungshilfe ausgeben, kommen ja nur durch die Exportkredite zustande. Wenn diese nicht mehr angerechnet werden – und es besteht guter Grund dazu –, dann fallen wir in den Orkus zurück [genauer gesagt auf 0,23 Prozent des BIPs¹⁴⁵].“¹⁴⁶

Noch schärfer fiel 1989 die Kritik des grünen Abgeordneten Smolle aus: „In Wirklichkeit geht es aber immer nur darum, unsere eigenen Firmen zu stützen, daß wir sozusagen Entwicklungshilfe bei maroden Unternehmen im eigenen Land betreiben [...], anstatt einen anderen Weg zu gehen, nämlich insgesamt die Entwicklungshilfe diesen Ländern zugute kommen zu lassen.“¹⁴⁷ Wie wenige Jahre zuvor Veselsky, so erklärte auch Smolle, dass das wahre Ausmaß der österreichischen Entwicklungshilfe durch die Exportkredite verzerrt werde: „Österreich war bei den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe nicht nur im vergangenen Jahr, sondern lange Jahre das Schlußlicht: [...] Aber obwohl wir Schlußlicht waren, betrug der Anteil der Exportfinanzierung an den gesamten öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe im Jahre 1987 36 Prozent [...].“¹⁴⁸

□

¹⁴⁴ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1436

¹⁴⁵ Hödl, 2004, S. 227

¹⁴⁶ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1438

¹⁴⁷ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13892

¹⁴⁸ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13893

Im Ton versöhnlicher, aber in der Sache ebenso unnachgiebig wie Veselsky und Smolle, gab sich die freiheitliche Abgeordnete Motter. Wie ihre beiden Vorgänger hatte auch sie nichts an der Exporthilfe an sich auszusetzen, diese habe aber nichts in der Entwicklungshilfe verloren. Das „Ja, aber“ kommt bei ihr am deutlichsten zum Ausdruck: „Natürlich bin auch ich dafür, daß ein österreichisches Unternehmen diesen Auftrag [ein Fernmeldeprojekt in einem Entwicklungsland] erhält. Aber wenn schon Exportförderungen in Form von Zinsstützungen, dann auch offen und somit für die Firmen, die langfristig planen müssen. Berechenbar verdeckte und nur von Fall zu Fall gegebene Stützungen nützen niemandem, weil sie nur verunsichern.“¹⁴⁹ Motters Fazit: Es ist also nicht nur moralisch anständiger, bei der Exporthilfe ehrlicher zu sein, sondern auch wirtschaftlich sinnvoller.

Welche Art der Entwicklungshilfe lohnt sich für Österreich und welche nicht?

Welche Art von Entwicklungshilfe soll Österreich leisten? Rein finanzielle? Oder soll sich Österreich auf die Bildung konzentrieren? Vielleicht auch auf die Landwirtschaft? Oder ist es Zeit, überhaupt neue Wege zu gehen und die Entwicklungshilfe als Ganzes zu überprüfen?

Diese Frage taucht in den stenographischen Protokollen des Nationalrats immer wieder auf. Der ÖVP-Abgeordnete Koppensteiner hatte 1986 bei ihrer Beantwortung ganz klar den Profit für Österreich und nicht den Nutzen für die Entwicklungsländer zum entscheidenden Kriterium gemacht: „Kapital: 200 Millionen US-Dollar: [...] darunter Österreich mit einem Anteil von 0,5 Prozent oder 1 Million US-Dollar. Die Einflußnahme Österreichs auf irgendwelche wirtschaftlichen Maßnahmen ist damit praktisch null, ebenso die Kontrolle gleich null.“¹⁵⁰ Koppensteiner machte diese Aussagen 1986 als Teil der Debatte, ob Österreich der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft beitreten solle oder nicht. Seiner Ansicht nach sollte Österreich dieser Gesellschaft zur Gänze fernbleiben, und zwar nicht deshalb, weil die Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft möglicherweise falsche Prioritäten verfolge,

□

¹⁴⁹ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13899

¹⁵⁰ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12553

sondern weil Österreich, bedingt durch seine geringe Beteiligung, zu wenig Einfluss auf die Gesellschaft haben würde. Dadurch, so der Abgeordnete, könne Österreich kaum die wirtschaftlichen Maßnahmen der Gesellschaft mitbestimmen und damit auch nicht dafür sorgen, dass von diesen Maßnahmen auch österreichische Firmen profitierten. Außerdem habe Österreich viel zu wenig Kontrolle über die finanziellen Mittel, die es der Gesellschaft zur Verfügung stellen würde, fand Koppensteiner. Durch seine Kritik implizierte der Abgeordnete, dass also womöglich mit österreichischem Steuergeld direkt oder indirekt die [in diesem Fall hauptsächlich US-amerikanische] Konkurrenz gefördert werden würde, was natürlich nicht im österreichischen Interesse liege. Koppensteiner wollte sich durch seine Aussage offensichtlich als wachsamer Abgeordneter profilieren, der die Bundesregierung genau beobachte, für die „österreichischen Interessen“ kämpfe, und eine Verschwendug von Steuergeldern ablehne.

Wofür sich Koppensteiner aussprach, war, die Überschüsse in Industrie und Landwirtschaft den Entwicklungsländern, unter denen Schwerpunktländer ausgewählt werden sollten, zur Verfügung zu stellen, nicht aber Finanzmittel: „Wir haben eine Maschinenfabrik, die Geräte herstellt, die Entwicklungsländer sehr gut brauchen könnten. [...] Wir haben agrarische Überschüsse, die auch Hungernden zur Verfügung gestellt werden können. Was wir aber relativ wenig haben [...], das ist eben Geld.“¹⁵¹ So eine Hilfe wäre seiner Ansicht nach im Interesse Österreichs, denn so würde man die eigenen Überschüsse, die man am Weltmarkt sonst kaum oder gar nicht verkaufen könnte, elegant los. Würde die Bundesregierung nach seiner Vorstellung handeln, so würden die österreichischen Unternehmen gute Geschäfte machen und Österreich könne sich seiner „Entwicklungshilfe“ rühmen. Mit seiner Aussage wollte der Abgeordnete sicher bei den in Frage kommenden Firmen punkten und sich als ihr Vertreter im Nationalrat darstellen. Die Abgeordneten der anderen Parteien kritisierten diesen Vorschlag, besonders der FPÖ-Abgeordnete Grabher-Meyer. Er stimmte Koppensteiner zwar zu, dass es richtig sei, zu fragen: „Wie werden die Gelder verwaltet? Wie werden sie richtig eingesetzt? Es ist auch richtig, daß man den Anteil der österreichischen Hilfe deutlicher sehen soll.“¹⁵² Koppensteiners Vorschlag, nicht finanziell zu helfen, sondern stattdessen die eigenen

□

¹⁵¹ ebd.

¹⁵² ebd.

Überschüsse abzugeben, bezeichnete er aber als „Bärendienst“. Er würde zwar Österreich kurzfristig nützen, aber den Entwicklungsländern langfristig schaden.¹⁵³ Eine solche „Entwicklungshilfe“ sei einfach abzulehnen.

Der Profit der österreichischen Wirtschaft

Mitte der 1970er, Anfang der 1980er Jahre beschäftigten sich die Abgeordneten unter anderem mit der Frage, wie die österreichische Exportwirtschaft von einer erfolgreichen Entwicklung der „Dritten Welt“ profitieren könne (siehe oben). Die Abgeordneten waren davon überzeugt, dass ein Gewinn für Österreich in diesem Fall durchaus möglich sei, insbesondere die SPÖ vertrat diese Meinung. Allerdings lag die erfolgreiche Entwicklung der „Dritten Welt“ Mitte der 1980er in weiter Ferne (und das tut sie 2009 großteils immer noch) und damit auch der Profit, den die österreichische Exportwirtschaft in diesem Fall erzielen würde. Im Nationalrat warf 1986 die ÖVP die Frage nach dem unmittelbaren Profit, den österreichische Firmen durch die Entwicklungshilfe erzielen könnten. Wie im vorigen Kapitel erwähnt, entzündete sich auch diese Debatte 1986 anlässlich der Frage, ob Österreich der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft beitreten solle oder nicht.

Im vorherigen Kapitel habe ich ausführlich den ÖVP-Abgeordneten Koppensteiner zitiert, der forderte, nur für Österreich „sinnvolle“ Entwicklungshilfe zu betreiben. Wie erwähnt, kritisierten die Abgeordneten der anderen Parteien diese Einstellung. Auch der damalige Finanzstaatssekretär Bauer von der FPÖ schloss sich dieser Kritik an: „[...] Was die österreichischen Aufträge betrifft [...], muß folgendes gesagt werden: Die österreichischen Aufträge bei der Gesellschaft sind natürlich jetzt, da sie neu ist, noch nicht abzusehen. Aber bei der oder über die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank haben wir Aufträge in der Größenordnung von 33 Millionen Dollar abgewickelt. Unsere Leistungen an die Bank hingegen machen nur 13,5 Millionen Dollar aus. [...] Wenn man schon die Entwicklungshilfe auch unter Profit, unter Geschäftemachen sehen will, dann war es durchaus ein profitables Geschäft.“¹⁵⁴

□

¹⁵³ vgl. StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12554

¹⁵⁴ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12556

Dieses Statement des Finanzstaatssekretärs erinnert daran, dass es bei der Entwicklungshilfe ja darum geht, dass die Entwicklungsländer profitieren. Ob sie das dann auch wirklich tun, steht auf einem anderen Blatt. Ganz sicher sei, so der Finanzstaatssekretär, dass Österreich von der Entwicklungshilfe profitiere, die es gewähre, und zwar unmittelbar und nicht zu knapp.

Für die Volkspartei war damit die Frage aber noch nicht vom Tisch. Schließlich hatte der Finanzstaatssekretär ja nur erklärt, dass Österreich bisher hohe Profite aus einem Teil der Entwicklungshilfe gezogen hatte. Der ÖVP-Abgeordnete Schüssel verlangte nur wenige Minuten später eine genauere Antwort: „Das heißt, wir wollten gerne wissen [...]: Welche Aufträge hat zum Beispiel die österreichische Wirtschaft zu erwarten?“¹⁵⁵ Er bekam keine Antwort auf diese Frage, und die ÖVP blieb bei ihrer Ablehnung des Beitritts zu Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft.

Kritik an den Handelsbeziehungen zur „Dritten Welt“

Die Ansicht, dass der Handel zwischen „Erster“ und „Dritter“ Welt für letztere schädlich ist, existiert mindestens seit den späten 1960ern. Ihre radikalsten Vertreter forderten sogar, den Handel zwischen diesen beiden „Welten“ überhaupt einzustellen. Die „Dritte Welt“ sollte sich aus eigener Kraft, ohne Einmischung der Industrieländer, entwickeln. Diese Theorie wird als „Abkoppelungsstrategie“¹⁵⁶ bezeichnet. Seit den späten 1980er Jahren vertraten auch Abgeordnete des Nationalrats diese Position, wenn auch nicht unbedingt die Abkoppelungsstrategie, vor allem, wenn sie der Opposition, insbesondere den Grünen, angehörten.

1989 nahm der grüne Abgeordnete Smolle ausführlich Stellung zu diesem brisanten Thema: „[...] 1988 importierte Österreich aus der Dritten Welt Lebensmittel im Wert von 2,4 Milliarden Schilling. Das ist viermal soviel, wie wir dorthin exportieren. [...] Wir essen den Entwicklungsländern das weg, was sie selber dringend [...] brauchen würden. 1988 importierte Österreich aus der Sahelzone [...] 634 Tonnen Tierfutter im Wert von



¹⁵⁵ ebd.

¹⁵⁶ zu dieser Strategie vgl. Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main. Surkamp, 1987 und Senghaas, Dieter [Hrsg.]: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main. Surkamp, 1983

3,4 Millionen Schilling. [...] Wir nennen es ‚Tierfutter‘, aber dort essen das die Leute! [...] Unsere Schweine fressen das weg, was dort die Leute essen sollen!“¹⁵⁷

Diese Aussage lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Handelsbeziehungen, die Österreich zur „Dritten Welt“ unterhält, sind es, welche die Entwicklung eben dieser „Dritten Welt“ behindern, ja ihr zuwider laufen, so Smolle. Um das zu ändern, implizierte der Abgeordnete, ist daher auch der mündige Konsument gefragt, wodurch sich Smolle zu einem indirekten Vorkämpfer des „fairen Handels“ machte, der ja auf diesen Schlussfolgerungen beruht¹⁵⁸.

Bei solchen Handelsbeziehungen, die sich so nachteilig für die „Dritte Welt“ auswirken, ist die Katastrophen- und die Nahrungsmittelhilfe allein eine Behandlung der Symptome und nicht der Ursachen der fehlenden Entwicklung, so Smolle weiter: „[...] 1983, da haben wir aus Äthiopien Lebensmittel im Wert von 55 Millionen Schilling importiert. Gleichzeitig haben wir ein Jahr danach den Äthiopiern Hilfsmittel, sogenannte Katastrophenhilfe, in der Höhe von 36,5 Millionen Schilling gewährt. Da soll mir noch einer sagen, daß das alles zusammen einen Sinn ergibt, daß wir Nahrungsmittel hin- und herschicken.“¹⁵⁹

Nachdem Smolle so die „Sinnhaftigkeit“ der Nahrungsmittelhilfe dargestellt hatte, kam er wieder auf die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und den ärmsten Ländern zu sprechen. „Insgesamt hat Österreich zum Beispiel 1987 beim Außenhandel mit den ärmsten Ländern [...] beispielsweise Sudan, Malawi, Tansania, Somalia, einen Handelsbilanzüberschuß erwirtschaftet. [...] Wir haben sogar einen Handelsbilanzüberschuß von 528 Millionen Schilling vom Handel mit diesen ärmsten Ländern erwirtschaftet. Und das finde ich nicht richtig, [...].“¹⁶⁰

Österreich profitiere also mehr vom Handel mit diesen Ländern als umgekehrt, obwohl es doch eigentlich anders sein sollte, so der Abgeordnete. Überhaupt schadeten die derzeitigen Handelsbeziehungen den Entwicklungsländern ziemlich, wie er weiter ausführte: „Und dann glauben eben diese Länder, ihre Umwelt zerstören zu müssen, oder sie sind tatsächlich dazu genötigt, weil sie einfach nur mehr die Rohstoffe haben, [...],



¹⁵⁷ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13893

¹⁵⁸ vgl.: About Fair Trade. in: http://www.fairtrade.net/about_fairtrade.html (letztes Zugriffsdatum: 29. 6. 2007)

¹⁵⁹ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13894

¹⁶⁰ ebd.

weil sie sozusagen von uns gezwungen werden, von der Hand in den Mund zu leben. Und wir zwingen sie mit unserer Wirtschaftspolitik und mit dieser verfehlten Entwicklungspolitik zu einem solchen Verhalten.“¹⁶¹ Smolles Fazit: Es sind ohne Zweifel die Industrieländer und damit wir selbst, unser Handels- und Wirtschaftssystem, das eine nachhaltige Entwicklung der „Dritten Welt“ unmöglich mache.

Ca. eine Viertelstunde später warf die freiheitliche Abgeordnete Motter Smolle zwar einerseits „Polemik“ vor¹⁶², bekräftigte aber andererseits seine Kritik an den Handelsbeziehungen Österreich zur „Dritten Welt“: „Ist es denn Entwicklungszusammenarbeit oder Entwicklungshilfe, wenn Österreich bzw. österreichische Unternehmen landwirtschaftliche Produkte aus anderen Ländern importieren, aus Ländern, die ihre Bevölkerung kaum oder gar nicht ernähren können, aus Ländern, die ihre Produkte für die eigene Bevölkerung dringend brauchten, deren Produzenten aber durch europäische Preise dazu verleitet werden, Nahrungsmittel nicht im eigenen Lande, sondern in Europa zu verkaufen?“¹⁶³ Darüber, dass es dieses Handelssystem sei, das die Entwicklung unterminiere und der Bevölkerung der „Dritten Welt“ so viel Schaden zufüge, waren sich die beiden Parteien, die auch damals nur sehr selten einer Meinung waren, offenbar einig.

Spätestens seit 1989 waren die Grünen der Überzeugung, dass die Handelsbeziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern für letztere schädlich seien. Der grüne Abgeordnete Pirkhuber äußerte 2002 die Meinung, dass das gesamte derzeitige Weltwirtschaftssystem „entwicklungsfeindlich“ sei: „Da besteht ein Widerspruch [zu den im Cotonou-Vertrag vorhergesehenen „besonderen Konditionen“ für den Export landwirtschaftlicher Produkte aus den Least Developed Countries (LDCs), den ärmsten Entwicklungsländern, und der EU-Agrarpolitik] [...] nämlich insofern, als wir weiterhin unsere Exportsubventionen aufrechterhalten wollen und damit die lokale Produktion, insbesondere der bäuerlichen Selbstversorgung weltweit vernichten.“¹⁶⁴



¹⁶¹ ebd.

¹⁶² StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13897

¹⁶³ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13898

¹⁶⁴ StPrNR/103.Sitzung/XXI.GP/S. 113

2.3. Politik und politisch motivierte EZA

Entwicklungshilfe ist selten allein ein humanitärer Akt, oft erhoffen sich die Geber selbst direkte oder indirekte Vorteile zumeist wirtschaftlicher oder politischer Natur. Nach den wirtschaftlichen Vorteilen, die sich die Abgeordneten erhofften, gehe ich nun auf ihre Vorstellungen zur Politik der Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit ein.

2.3.1. Der Kalte Krieg

Der Kalte Krieg war einer der „Geburtshelfer“ für die Entwicklungshilfe – schließlich musste der Westen ja verhindern, dass die „Dritte Welt“ kommunistisch würde, denn das hätte seine Position im Kalten Krieg empfindlich geschwächt. Neben direkten Militärinterventionen und dem Organisieren und/oder Unterstützen von Putschen gegen mehr oder weniger kommunistische Regierungen, spielte auch die Entwicklungshilfe eine wichtige Rolle, um die „Dritte Welt“ im westlichen Lager zu halten.¹⁶⁵

Im neutralen Österreich äußerten sich nur drei Abgeordnete zum Thema „Kalter Krieg und Entwicklungshilfe“, und das im Abstand von über 20 Jahren: 1961 Gredler von der FPÖ und Sebinger von der ÖVP und 1983 Steinbauer von der ÖVP. 1961 steuerte der Kalte Krieg auf einen Höhepunkt zu, und 1983 war sein baldiges Ende noch nicht absehbar. 1961, bei der oben erwähnten Debatte, ob Österreich der IDA beitreten solle oder nicht, vertraten FPÖ und ÖVP die Meinung, dass Entwicklungshilfe notwendig sei, um die „Dritte Welt“ vor dem Kommunismus zu bewahren. Folglich ist es kein Wunder, dass 1983 der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer die aus dieser Sicht fehlgeleitete Entwicklungshilfe für die kommunistischen Staaten Kuba und Mosambik kritisierte.

Entwicklungshilfe als Schutz vor dem Kommunismus

Besorgt äußerte sich 1961 der freiheitliche Abgeordnete Gredler über das schlechte Ansehen der westlichen gegenüber der östlichen Entwicklungshilfe in der „Dritten Welt“: „Natürlich überwiegen die Spenden, die Kredite aus dem Westen zahlenmäßig bei weitem die Beträge, die der Ostblock [für Entwicklungshilfe] aufwendet. Trotzdem hat es

□

¹⁶⁵ vgl. Raffer, 2001, S. 66f.

den Anschein, daß es diesem Ostblock gelingt, mit einem verhältnismäßig geringeren Aufwand eine weit größere publizistische Wirkung zu erzielen. [...] Es gelingt der Sowjetunion und im steigendem Maße auch China, den Glanz des Erfolges an ihre kleineren Hilfen zu binden, vielleicht auch deswegen, weil diese Sowjetunion schließlich vor 40 Jahren selbst noch ein weit weniger, ja kaum industrialisiertes Land gewesen ist, ein Gesichtspunkt, der für China natürlich noch viel mehr gilt. Umgekehrt stammt die große Hilfe aus den Ländern der westlichen Welt, die eine in der Auffassung der Entwicklungsländer glanzvolle Lebenshaltung entwickelt, die koloniale Erinnerungen erweckt und die im Zusammenhang dieser beiden Überlegungen von diesen Entwicklungsländern geradezu als moralisch dazu verpflichtet angesehen wird, eine Leistung zu erbringen.“¹⁶⁶

Zwei Punkte dieser Darstellung Gredlers bleiben also festzuhalten. Erstens: Der Westen leiste zwar mehr Entwicklungshilfe als der Osten, aber dieser habe die bessere PR, das bessere Image. Wäre das wirklich nur ein „Imageproblem“ gewesen, so wäre es, in den Augen des Abgeordneten, nicht so besorgniserregend. Aber der Osten und der Westen befanden sich im Kalten Krieg, und einen Großteil der Staaten der Erde gehörte (und gehört) zu den Entwicklungsländern. Wenn sich die „Dritte Welt“ dem Osten zugewendet hätte, hätte sich die westliche Position in der Welt sehr verschlechtert. Möglicherweise hätte der Westen dann sogar um sein Überleben kämpfen müssen, befürchtete Gredler: „Kaum irgendwo in der Welt als gerade in diesen Gebieten [den Entwicklungsländern] gibt es noch Massenelend und daher hat zwangsläufig der Marxismus in seiner schärfsten Prägung in diesen Gebieten Chancen. Mao Tse-Tung hat 1953 ein ‚Memorandum über das neue Programm zur Weltrevolution‘ geschrieben und durch seinen Außenminister Tschu En-lai in Moskau überreichen lassen. 1953 hat in diesem Konzept Mao Tse-Tung eine Weltrevolution bereits für 1965 [d. h. in vier Jahren] für möglich angesehen, wenn es gelänge, die Revolution über ganz Afrika auszubreiten.“¹⁶⁷

Zwar ist Afrika nur ein Teil der „Dritten Welt“, aber sein Fall genüge schon, um die Weltrevolution möglich zu machen fürchtete Gredler. Da der Abgeordnete die Situation so dramatisch sah, wäre es logisch gewesen, wenn er noch weitaus mehr Engagement

□

¹⁶⁶ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2742

¹⁶⁷ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2744

Österreichs in der Entwicklungshilfe gefordert hätte. Schließlich galt es, der Argumentation Gredlers zufolge, die Weltrevolution zu verhindern! Aber ganz so dringend war die Entwicklungshilfe dann offenbar doch wieder nicht, denn die FPÖ-Abgeordneten, Gredler eingeschlossen, blieben der Abstimmung fern, da für sie der Beitritt zur IDA zu früh kam und sie zuerst die „österreichischen Probleme“ gelöst haben wollten.

Der ÖVP-Abgeordnete Sebinger sah zur selben Zeit die Situation weit weniger dramatisch als sein Kollege von der FPÖ. Aber auch er war Anhänger der „prophylaktischen“ Entwicklungshilfe zum Schutz vor dem Kommunismus. Neben dem Erhöhen des Lebensstandards sollte sie die Menschen auch: „[...] weniger anfällig gegen Ideologien mach[en], die wir als Angehörige der freien Welt im Grunde unseres Wesens und unseres Herzens nicht gutheißen können.“¹⁶⁸

„Fehlgeleitete Entwicklungshilfe“

Verfolgt man die Strategie, die Entwicklungshilfe als „Prophylaxe“ gegen den Kommunismus zu verwenden, so verbietet diese Sichtweise die Unterstützung von kommunistischen Ländern, ganz egal, wie arm und hilfsbedürftig sie sind. Die SPÖ-Regierungen unter Bruno Kreisky waren offensichtlich anderer Meinung. In ihren Legislaturperioden (1970-1983) begann Österreich, mit der Entwicklungshilfe auch kommunistische Staaten zu unterstützen, sehr zum Ärger des ÖVP-Abgeordneten Steinbauer, der deshalb 1983 die Bundesregierung scharf kritisierte: „Ich verstehe es bis zur Stunde nicht, warum Österreich auch nur einen Schilling für Kuba ausgegeben hat. Ich verstehe nicht, wie gerade ein Land wie Kuba, das genügend Geld hat, um in der ganzen Welt Militär stationieren zu können, das in verschiedenen Ländern Afrikas mehrere Tausend Soldaten stationiert hat¹⁶⁹, auch nur einen österreichischen entwicklungspolitischen Schilling bekommen kann. Ich glaube, daß man auch dort



¹⁶⁸ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2749

¹⁶⁹ Am bekanntesten war Angola: In Angola stoppten 1975 ca. 7000 kubanische Soldaten den Vormarsch der – von westlichen Mächten unterstützt – südafrikanischen Armee und verhinderten so den Sturz der kommunistischen MPLA-Regierung (vgl. Isaacs/Downing, 2001, S. 306). 50.000 kubanische Soldaten sollten sich bis 1989 am angolanischen Bürgerkrieg beteiligen (Fontaine, Pascal: Kuba. Der fast nicht endende tropische Totalitarismus, in Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror. München. Piper, 2004, S. 728).

sorgsamer operieren sollte, wo eklatante Menschenrechtsverletzungen gang und gäbe sind. Wenn etwa in Mozambik [sic] Verwahrungslager mit mehreren Zehntausenden Menschen existieren, dann würde ich auch dort die Frage stellen, ob wir noch garantieren können, daß unsere Entwicklungshilfe, daß unsere Mittel auch wirklich Menschen in Not zugute kommen, da ich nicht annehme, daß man in die Verwahrungslager überhaupt hineinkommt.“¹⁷⁰ Diesen Staaten Geld zu geben, sei eine Torheit, meinte der Abgeordnete. Denn sie würden dieses Entwicklungsgelder nicht dazu verwenden, um der eigenen, notleidenden Bevölkerung zu helfen, sondern um Kriege zur Ausbreitung des Kommunismus zu führen, so Steinbauer. Deshalb, so fand der Abgeordnete, sollte die Entwicklungshilfe für solche eigentlich feindlichen Länder sofort gestoppt werden.

2.3.2. Entwicklungshilfe als Schutz vor Instabilität

„Die Erde ist ein gewalttägliches Paradies“, so lautet der Titel eines Buches des polnischen Journalisten Ryszard Kapuściński¹⁷¹. Insbesondere die Entwicklungsländer tragen viel zu dieser Gewalttätigkeit bei. Putsche, Bürgerkriege, Revolutionen, Wirtschaftskrisen, Hungersnöte, das sind die Begriffe, die man als Bürger eines Industrielandes im allgemeinen mit ihnen verbindet. Dazu kommen noch die gewaltigen Unterschiede zwischen „Erster“ und „Dritter Welt“. Die damit einhergehende Instabilität der Erde könne und dürfe auch dem neutralen Österreich nicht gleichgültig sein, meinten 1974 und 1981 die SPÖ-Abgeordneten Kerstnig und Prechtl. Anlässlich der Debatte um das Entwicklungshilfegesetz warnte der Abgeordnete Kerstnig 1974 den Nationalrat vor den erschreckenden Auswirkungen für die Zukunft der Welt, wenn keine Entwicklungshilfe mehr geleistet werden würde: „Es besteht kein Zweifel, daß die Erlangung eines dauerhaften Weltfriedens in erster Linie von diesem Ausgleich des weltwirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichtes zwischen den Nationen abhängig ist. Andernfalls kann man sich ausrechnen, wann der Aufstand der zurückgebliebenen Völker eintritt [...].“¹⁷² Entwicklungshilfe muss also unbedingt geleistet werden, um diesen Aufstand, der sich ja



¹⁷⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1434

¹⁷¹ Kapuściński, Ryszard: Die Erde ist ein gewalttägliches Paradies. Reportagen, Essays und Interviews aus vierzig Jahren. München. Piper, 2002

¹⁷² StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11043

auch gegen das neutrale Österreich richten würde, zu verhindern, meinte der Abgeordnete.

Während Kerstnig 1974 die gesamte Weltordnung als sehr instabil betrachtete, sah sein Kollege Prechtl 1981 die Situation schon ein wenig entspannter. Instabilität war seiner Ansicht nach kein Hauptmerkmal der weltweiten Ordnung, sondern eine Ausnahme, allerdings eine nicht seltene Ausnahme, gegen die Österreich durchaus etwas tun müsse: „Dazu kommt auch noch, daß es von sehr wesentlicher Bedeutung ist, daß sich Österreich in diesen Fragen [der Entwicklungshilfe] engagiert, weil Afrika und der südamerikanische Bereich nicht zum Spielball der Supermächte werden sollen, weil in diesem Zusammenhang neue Spannungsherde, politische Spannungsherde auf dieser Welt entstehen, die letzten Endes auch ihre Rückwirkungen auf die Industrieländer haben.“¹⁷³ Prechtl sprach sich ganz klar dafür aus, dass Österreich nicht nur aus humanitären Gründen Entwicklungshilfe leisten solle, denn „Spannungsherde“ würden auch Österreich bedrohen. Auf welche Weise die Entwicklungshilfe allerdings dazu führen solle, dass die Supermächte nicht mehr so massiv in Afrika und Südamerika intervenieren würden, geht aus diesem Zitat nicht hervor.

2.3.3. EZA, um das Überleben der liberalen Errungenschaften in Europa zu sichern

Im Kapitel über die moralischen Vorstellungen habe ich schon erwähnt, dass sich die freiheitlichen Abgeordneten Kabas und Partik-Pablé nachdrücklich dafür aussprachen, mit der Entwicklungshilfe Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte in den Entwicklungsländern durchzusetzen und überhaupt die Demokratie nicht als „Luxus“ zu betrachten, sondern als Ziel (und Voraussetzung) der Entwicklung zu sehen. In der Mitte dieser bemerkenswerten Rede Partik-Pablés, fiel auch der Satz: „Wir Liberalen [1983 sah sich die FPÖ als liberale Partei]¹⁷⁴] sind jedoch sicher, daß auch in den industrialisierten Staaten der künftige Bestand der Errungenschaften des Liberalismus davon abhängt, ob

□

¹⁷³ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9535

¹⁷⁴ vgl. Minich, Oliver: Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik, innere Struktur. Blieskastel. Gollenstein, 2003, S. 10

und inwieweit es gelingt, die Freiheit auch in den Entwicklungsländern zu verwirklichen.“¹⁷⁵ Warum die Abgeordnete dieser Ansicht war, erklärte sie aber nicht.

2.3.4. Der Krieg gegen den Terror

Der Kalte Krieg ist vorbei, die Sowjetunion existiert nicht mehr, die EZA wird nicht mehr als „prophylaktisches Mittel“ gegen den Kommunismus benötigt. Zwar hat der Westen nun keine Angst mehr vor dem Kommunismus und der Weltrevolution, aber ein neuer Feind fordert (nicht nur) den Westen heraus, der internationale Terrorismus von al Qaida. Seit dem 11. September 2001 befindet sich die Welt im „Krieg gegen den Terror“. Auch wenn dieser „Krieg“ nur vom US-Präsidenten George W. Bush erklärt wurde, so folgt der Rest der Welt dieser Politik, auch Österreich. Dieser Kampf wird nicht nur militärisch (Afghanistan, Irak) geführt. Es gilt auch, dem Terrorismus „das Wasser abzugraben“ d. h. ihm die Unterstützung seiner Sympathisanten zu entziehen. Dazu soll auch die EZA dienen.¹⁷⁶

Zu dieser Position bekannte sich 2002 auch indirekt die SPÖ-Abgeordnete Hlavac: „Wörtlich sagte Wolfensohn [zu dieser Zeit Präsident der Weltbank]: ‚Nach dem 11. September hat es eine starke globale Solidarität gegeben. Es ist deutlich geworden, dass eine bessere Versorgung und Erziehung der Armen auch mehr globale Sicherheit bedeutet. Diese Solidarität hat aber auch ihren Preis.‘ [...] Darum, meine Damen und Herren, geht es heute – indirekt zumindest. Es geht um die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit.“¹⁷⁷ Es sei einfach vernünftiger, mit der EZA den Terrorismus langfristig zu bekämpfen, als kurzfristig mit Armee und Polizei, implizierte die Abgeordnete.



¹⁷⁵ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1449

¹⁷⁶ vgl.: Urban, Johannes: Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 161ff.

¹⁷⁷ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 150

2.4. Die Stellung der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe

Jeder Politiker macht sich Gedanken darüber, ob das, was er fordert, in der Bevölkerung auch auf Zustimmung stößt. Sind seine Ansichten populär oder werden sie eher abgelehnt? Die Abgeordneten des Nationalrats bilden hier keine Ausnahme. Es ist schließlich ihre Aufgabe, die Bevölkerung zu vertreten, ihr sind sie verantwortlich, von ihr werden sie überhaupt erst gewählt. Jeder Abgeordneter ist deshalb bemüht, dem Bild des unermüdlichen Kämpfers für uns alle möglichst gut zu entsprechen.

Entwicklungshilfe und EZA waren nie die wichtigsten Anliegen der österreichischen Bevölkerung. Ein starkes Engagement in dieser Frage bringt den Abgeordneten daher kaum „Pluspunkte“ in der Wählergunst.

Bis in die frühen 1980er debattierten Abgeordnete aus allen zu dieser Zeit im Nationalrat vertretenen Parteien über das Verhältnis der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungshilfe. Fast alle Abgeordneten, die sich zu diesem Thema äußerten, gingen davon aus, dass die Durchschnittsösterreicher der Entwicklungshilfe skeptisch gegenüberstanden. Die Schlussfolgerung, welche die Abgeordneten zumeist daraus zogen, war, die „verstärkte Aufklärung“ der Bevölkerung zu fordern.

2.4.1. Österreich zuerst

Der erste Abgeordnete, der sich bei einer Entwicklungsdebatte im Nationalrat zur Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungshilfe äußerte, war 1961 der freiheitliche Abgeordnete Gredler, der aber eine andere Politik verfolgen wollte. Gredler war prinzipiell für die Entwicklungshilfe (wenn auch hauptsächlich deshalb, um einer Verbreitung des Kommunismus in der „Dritten Welt“ zu verhindern, siehe S. 40f.), und, wie fast alle Abgeordneten, die sich im Nationalrat mit der Haltung der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungshilfe auseinander setzten, so ging auch er von einer ablehnenden Haltung des Durchschnittsösterreichers zur Entwicklungshilfe aus: „Der Beitritt [zur IDA] erscheint uns [...] grundsätzlich gerechtfertigt, der Zeitpunkt

erscheint uns aber völlig verfehlt und sehr unangebracht, weil die Bevölkerung darin ein Mißverhältnis zu einem notwendigen Schritt erblicken kann [...].“¹⁷⁸

Prinzipiell sagte Gredler also ja zur Entwicklungshilfe, aber nicht jetzt, da das in der Bevölkerung vielleicht auf Widerstand stoße. Was wäre also zu tun? Sollen sich die Politiker bemühen, den Österreichern die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe nahe zu bringen? Nein, sie sollten nicht lange reden, sondern handeln, fand Gredler, aber nicht in der „Dritten Welt“, sondern zu Hause. Der Abgeordnete war der Meinung, dass zuerst Österreich entwickelt werden solle, bevor man versuche, anderen Ländern zu helfen. Vorher habe die Bevölkerung zu Recht einfach kein Verständnis dafür, nachher werde sie die Entwicklungshilfe voll und ganz unterstützen, so Gredler: „Bevor man nicht ein gewisses Nachziehverfahren für diese Bevölkerungsgruppen [Rentner und alle irgendwie vom Krieg Geschädigten] durchführt, wird es der Bevölkerung kaum begreiflich zu machen sein, daß man überseeischen Völkern in großem Umfang aus unserem Sozialprodukt helfen muß. Wir Freiheitlichen stehen also zu dieser Entwicklungshilfe [...]. Wir wollen sie im Einklang mit der Bevölkerung gestalten. [...] Denken Sie auch an die Entwicklungsgebiete in Österreich, [...], die sicherlich den Vorrang haben gegenüber, sagen wir, Gabun oder Tschad oder Kongo oder wo immer man hinsieht.“¹⁷⁹

Den von ihm vertretenen Standpunkt würde die FPÖ heute als „Österreich zuerst“ bezeichnen. Gredler versuchte offenbar so, bei den Durchschnittsösterreichern zu punkten und sich so als ihr Interessensvertreter zu profilieren. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die leichtfertig Geld für fremde Länder ausgebe, vertrete die FPÖ eben die echten österreichischen Interessen, nämlich die Entwicklung unseres Landes und die Erhöhung des Lebensstandards für die sozial schwachen Österreicher, implizierte er.

2.4.2. Aufklärung der Bevölkerung

Dass die Entwicklungshilfe nicht populär, aber notwendig ist, war auch Abgeordneten von SPÖ und ÖVP bewusst. Sie setzten sich zehn Jahre lang, von 1973 bis 1983 mit dieser Problematik auseinander. Alle diese Abgeordneten, ganz egal, welcher Partei sie

□

¹⁷⁸ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2741

¹⁷⁹ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2745

angehörten, kamen in ihren Aussagen zum Schluss, dass eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über den Sinn und den Nutzen der Entwicklungshilfe notwendig sei.

Als erster kam 1973 der SPÖ-Abgeordnete Ortner auf das Verhältnis der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe zu sprechen. Er warnte alle anderen Abgeordneten vor der Illusion, dass die Bevölkerung automatisch alles mittrage, was im Nationalrat beschlossen werde. Er zeigte die Kluft auf, die damals offenbar zwischen den Volksvertretern und dem Volk im Bezug auf Entwicklungshilfe bestand: „Wir sind vielfach der Meinung, die gesamte Öffentlichkeit sei in den Fragen der Entwicklungshilfe mit uns hundertprozentig einer Meinung und schließe sich unserer Auffassung an. Ich darf aber aus der Erfahrung und der Praxis [...], sagen, daß man vielfach den Problemen der Entwicklungshilfe in der großen, breiten Öffentlichkeit noch völlig verständnislos gegenübersteht. Oftmals muß man hören: Ja ist das denn in dieser oder jener Form notwendig? – Diese Haltung findet man deswegen, weil Auswüchse bei der Verwendung solcher Gelder, die gewiß in der Praxis eingetreten sind, sicherlich oft sehr, sehr negativ dargestellt wurden. Daher verhält es sich nicht so, daß wir von Haus aus in dieser Frage die ungeteilte Zustimmung der gesamten Bevölkerung Österreichs haben. Es bedarf daher eines großen Aufklärungsprozesses und einer großen Aufklärungskampagne, um der Bevölkerung die Notwendigkeit einer entsprechend hohen Dotierung der Entwicklungshilfe nahezubringen.“¹⁸⁰

Die mahnenden Worte des Abgeordneten waren offenbar nicht nur an den Nationalrat, sondern auch an die Bundesregierung gerichtet, die 1973 zur Gänze von seiner eigenen Partei, der SPÖ, gebildet wurde. Nicht nur die Österreicher, auch ihre Bundesregierung gehöre darüber „aufgeklärt“, dass ihre Vorhaben in der Entwicklungshilfe nicht auf uneingeschränkte Zustimmung stoße, meinte Ortner. Schuld an den negativen und falschen Ansichten über die Entwicklungshilfe waren laut Ortner auch die Medien, was er freilich nicht so direkt sagte. Schließlich waren sie es, welche die „Auswüchse“ bei der Entwicklungshilfe „sehr, sehr negativ“ darstellten und so der Bevölkerung ein falsches Bild vermittelten würden, so der Abgeordnete.

□

¹⁸⁰ StPrNR/78.Sitzung/XIII.GP/S. 7526

Ein Jahr später, 1974, befasste sich der ÖVP-Abgeordnete Kaufmann erneut mit der Frage „österreichische Bevölkerung und Entwicklungshilfe“. Hatte sein Kollege von der SPÖ nur allgemein von „Auswüchsen“ [siehe oben] bei der Entwicklungshilfe gesprochen, so wurde Kaufmann schon konkreter: „Entwicklungshilfe, meine Damen und Herren, [...], ist nicht populär. [...] [Es] verhält sich das Gros der Staatsbürger mißtrauisch, kritisiert auch vieles zu Recht, [...]. Was braucht man – so denkt der kleine Mann – angeblich notleidende Völker zu unterstützen, wenn man doch genug Sorgenfälle im eigenen Land hat und wenn diese notleidenden Völker ihr Geld in Luxus, in Rüstungen und militärische Waffen stecken? Hier aufklärend zu wirken, hier Mißverständnisse zu beseitigen und zu sagen, was positive Entwicklungshilfe wirklich ist und sein soll, das ist uns die Regierung ebenfalls bis zum heutigen Tag schuldig geblieben. Schuldig geblieben ist sie uns aber auch eine entsprechende finanzielle Förderung.“¹⁸¹

Mit dieser Aussage nahm der oppositionelle Abgeordnete Kaufmann die „mißtrauischen Staatsbürger“ ein wenig in Schutz. Schließlich sei es kein Wunder, dass sie der Entwicklungshilfe skeptisch gegenüberstehen würde, bei all dem Missbrauch, der mit Entwicklungsgeldern getrieben worden sei, so der Abgeordnete. Außerdem ist fast jedem Menschen das Hemd näher als der Rock, kein Wunder also, dass sich die Bevölkerung mehr Sorgen um die „eigenen Armen“ als um die Menschen der „Dritten Welt“ mache, implizierte der Abgeordnete, der auch die Bundesregierung für die negative Einstellung der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe mitverantwortlich machte und sie so indirekt zum Handeln aufforderte.

Wenige Minuten später kam auch der SPÖ-Abgeordnete Czernetz auf den Standpunkt der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungshilfe zu sprechen. Hatte sein Vorredner von der falschen Verwendung der knappen Finanzmittel in der „Dritten Welt“, die sich ja auch aus Entwicklungsgeldern, d. h. auch aus österreichischen Steuergeldern zusammensetzen, für „Luxus, Rüstungen und militärische Waffen“ gesprochen, so führte dieser Abgeordnete ein damals ganz aktuelles Beispiel für die Rüstungsausgaben in einem Entwicklungsland an: „Gegenwärtig stoßen wir, wenn wir von Entwicklungshilfe reden, überall [...] auf den Einwand: Schaut euch einmal Indien an: ein

□

¹⁸¹ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11044

Entwicklungsland, das Entwicklungshilfe beansprucht, das ein Bruttonationalprodukt von 110 Dollar pro Kopf und Jahr hat – aber eine Atombombe hat man bauen können [Indien hatte kurz zuvor, am 18. Mai 1974, erfolgreich eine Atombombe getestet]!“¹⁸² Czernetz selbst verteidigte übrigens die indischen Atomwaffen, da sich dieses Land ja durch das ebenfalls nuklear bewaffnete China bedroht sah, und sprach sich allgemein dafür aus, die „Mißverständnisse“ und „Vorurteile“ [„die dort in Afrika, die wollen ja gar nicht arbeiten!“] in der österreichischen Bevölkerung zu bekämpfen.¹⁸³

Wie diese Aufklärung zu verstehen sei und wie sie funktionieren solle, erklärte Czernetz auch: „Aufklärung der Bevölkerung, das heißt, wir müssen die Menschen aus allen Parteien, wir müssen unseren Wählern sagen: niemand soll sich vorstellen, daß wir und die Kinder dieser Generation einen höheren und wachsenden Lebensstandard ungestört genießen können, wenn die gegenwärtige Entwicklung weitergeht, daß nämlich die reichen Völker reicher werden [...] während die armen Völker zahlreicher, aber immer ärmer werden. Diese Entwicklung birgt die Gefahr ungeheurer nationaler und sozialer Explosionen mit Kriegen und Bürgerkriegen. Darum würde ich sagen: Unsere Menschen sollen verstehen, daß wir aus Gründen der internationalen Solidarität und auch im eigenem Interesse an diese Frage ernsthaft herangehen sollten.“¹⁸⁴

Das Fazit des Abgeordneten: Alle Parteien, alle Politiker müssten in dieser wichtigen Frage zusammenarbeiten und der Bevölkerung klarmachen, daß die Entwicklungshilfe nicht nur aus Gründen der internationalen Solidarität eine Verpflichtung sei, sondern auch aus eigenem Interesse, da ihr Scheitern auch die Zukunft Österreichs bedrohen würde.

Eine kurze Zusammenfassung des Problems „österreichische Bevölkerung und Entwicklungshilfe“ brachte wenig später der ÖVP-Abgeordnete Brandstätter: „Und da sind wir schon beim ersten Problem, nämlich bei der Tatsache, daß sich eben die Begeisterung unserer Bevölkerung, hier Beiträge zu leisten, sehr wohl in Grenzen – und man kann ruhig sagen, in engen Grenzen – hält. Hier wäre nach meiner Auffassung eine echte Aufklärungswelle von der Regierung her notwendig. [...] Daß hier natürlich wenig Lorbeeren zu ernten sind, darüber sind wir uns, glaube ich, auch einig. Aber wenn wir

□

¹⁸² StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11045

¹⁸³ ebd.

¹⁸⁴ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11048

verantwortungsbewußt an dieses Problem herangehen wollen, beziehungsweise es weiterführen wollen, dann gehört das eben alles dazu. Es ist sicher eine Tatsache, daß wir selbst genug Probleme haben, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Aber trotzdem glaube ich, daß wir die Sorgen der Entwicklungsländer zu unseren Sorgen machen müssen.“¹⁸⁵ Politische Handlungen sind nicht immer populär, aber oft dennoch notwendig, fand Brandstätter. Die Entwicklungshilfe fiel für den Abgeordneten ganz eindeutig in diesen Bereich, in dem Politiker, insbesondere die Bundesregierung gefordert wären, vor diesen unpopulären Maßnahmen nicht zurückzuschrecken und sie zum Wohl der Menschheit durchzuführen.

Einen weiteren Zugang, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Entwicklungshilfe zu überzeugen, entwickelte 1981 der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer. Seiner Ansicht nach genügte es nicht, einfach nur „Aufklärungsprogramme“ zu fordern. Die Parteien müssen gemeinsam ein ganz konkretes Zeichen für die Öffentlichkeit setzen. Steinbauer rief deshalb alle Parteien dazu auf, für den Beitritt zum afrikanischen Entwicklungsfonds zu stimmen, um so ein Zeichen für ganz Österreich im allgemeinem und für die Skeptiker der Entwicklungshilfe im besonderen zu setzen: „Vielleicht werden manche Österreicher fragen: Müssen wir das [dem afrikanischen Entwicklungsfonds beitreten], sollen wir das? Es ist die Antwort, ich hoffe einstimmig in diesem Hause, ja! [...] Wir müssen uns ganz einfach durchringen, mehr zu geben und ein besseres öffentliches Bewußtsein dafür zu schaffen. Ich möchte hier am Rande darauf hinweisen, daß bei dieser Regierung öffentliche Erklärung und tatsächliches Verhalten zu oft auseinander laufen.“¹⁸⁶

Aber auch wenn der oppositionelle Abgeordnete Steinbauer erfolgreich zur Einheit aller Parteien bei dieser Abstimmung aufrief (der Nationalrat verabschiedete dieses Gesetz einstimmig), konnte er sich diesen Seitenhieb auf die Bundesregierung, in dem er ihr Unehrlichkeit vorwarf, nicht verkneifen.

Interessant ist auch seine Einschätzung der Haltung der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungshilfe. Während bis dahin insbesondere die Abgeordneten der Volkspartei

□

¹⁸⁵ ebd.

¹⁸⁶ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9533

darüber geklagt hatten, dass die Durchschnittsösterreicher zu wenig Verständnis für die Entwicklungshilfe aufbrächen und die Regierung aufforderten, die Bevölkerung endlich aufzuklären, sah Steinbauer diese Situation positiver: „Es herrscht durchaus Verständnis in der österreichischen Bevölkerung über die Entwicklungshilfe. Man sollte nicht fürchten, daß die Österreicher das nicht verstehen. Sie haben – und das ergibt Meinungsforschung um Meinungsforschung immer wieder – Verständnis für richtig angebrachte Hilfe, für Hilfe, die diesen in Armut, in Problemen des Bevölkerungswachstums, in Problemen der Arbeitsplatzsituation, in Problemen aber auch regionaler und klimatischer Verhältnisse stehenden Ländern und vor allem deren Menschen gegeben werden soll.“¹⁸⁷ Richtige Entwicklungshilfe wird von den Österreichern also durchaus bejaht, so der Abgeordnete. Sicherzustellen, dass mit der Entwicklungshilfe kein Missbrauch getrieben wird, sei aber Aufgabe der Politik, fand er. Bahnte sich also eine Wende innerhalb der österreichischen Bevölkerung an, was ihre Einschätzung der Entwicklungshilfe beträfe? Zwei Jahre später, 1983, war Steinbauer schon wieder ein wenig vorsichtiger. Zwar dürfte die Akzeptanz der Entwicklungshilfe in Österreichs Bevölkerung zugenommen haben, aber offenbar gab es immer noch nicht wenige Menschen, die sie nach wie vor ablehnten: „Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir in der heiklen Materie von Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe – heikel deswegen, weil sie im öffentlichen Bewußtsein durchaus noch nicht entgültig entschieden ist – die Glaubwürdigkeit und Illusionslosigkeit und die Vernunft an die Spitze stellen. Denn nur so wird es uns gelingen, jene Mitbürger, die noch nicht davon überzeugt sind, zu überzeugen, wie wichtig das Thema ist und wie wesentlich die Aufgabenstellung ist.“¹⁸⁸

Die Skepsis in der Bevölkerung zur Entwicklungshilfe resultierte auch aus der falschen Verwendung von Entwicklungsgeldern, war sich Steinbauer sicher. Dieser Skepsis wollte er die Basis entziehen, in dem er sich auf eine der wichtigsten Funktionen einer Oppositionspartei in einer funktionierenden Demokratie besann: auf die Kontrolle. Der Abgeordnete sprach sich dafür aus, dass die Parteien gemeinsam dem Entwicklungshelfergesetz zustimmen sollten. Er fand auch, dass alle Parlamentsparteien

□

¹⁸⁷ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9534

¹⁸⁸ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1430

dann auch gemeinsam die richtige Verwendung der Entwicklungsgelder zu kontrollieren hätten: „Die Gemeinsamkeit der politischen Parteien ist aber auch deshalb wichtig, weil wir eine Verantwortung gegenüber den Menschen haben, die die Mittel der öffentlichen Entwicklungspolitik gegenüber den Steuerzahlern aufbringen: Da ist es gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit notwendig, daß wir sehr sorgsam Rechenschaft gegenüber den Steuerzahlern aufbringen. Zu leicht könnte sonst das Problem auftreten, daß im öffentlichen Bewußtsein eine Debatte geführt wird: Armut gibt es auch, Schwierigkeiten gibt es auch in Teilen unseres Landes, kümmern wir uns doch um diese Teile zuerst! Ich glaube, wir müssen hier gemeinsam dafür Sorge tragen, daß sowohl die Armut im eigenem Land als auch das Elend und die Not der Welt als Aufgaben gesehen werden, die gleichzeitig zu erfüllen sind, aber das bedeutet auch, daß wir ganz besonders in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit Rechenschaft gegenüber dem Steuerzahler über den Einsatz der Mittel ablegen.“¹⁸⁹

Der gemeinsame Beschluss und die gemeinsame Kontrolle sollten nach dem Willen Steinbauers dafür Sorge tragen, dass Entwicklungsgelder nicht verschwendet, sondern auch wirklich zweckmäßig eingesetzt werden würden. Sei diese Kontrolle gegeben, werde die Entwicklungshilfe zielführender und fände dann automatisch in der österreichischen Bevölkerung mehr Zustimmung, so seine Überlegung.

Zu beachten ist auch der „Nebeneffekt“: Mit dieser Rede profilierte sich der ÖVP-Abgeordneter Steinbauer auch als ein wachsamer Abgeordneter, der auf das Geld der Steuerzahler achtete und dafür Sorge trug, dass es die Bundesregierung nicht leichtfertig verschwendete.

Der SPÖ-Abgeordnete Konečny zog 1983 folgendes Resümee über den Rückhalt der Entwicklungshilfe innerhalb der österreichischen Bevölkerung: „Denn die Auseinandersetzung über eine verstärkte österreichische Entwicklungshilfe spielt sich ja vor allem im Dialog mit der Öffentlichkeit ab – im Dialog mit einer Öffentlichkeit, der verantwortungslose Kolumnisten nicht ganz erfolglos einzureden versuchen, daß

□

¹⁸⁹ ebd.

Entwicklungshilfe bedeute, irgendwelchen afrikanischen Potentaten goldene Betten zu schenken.“¹⁹⁰

Zehn Jahre zuvor, 1973, hatte der SPÖ-Abgeordnete Ortner ziemlich allgemein über die „sehr, sehr negative“ Berichterstattung geklagt, welche unverhältnismäßig oft über die „Auswüchse“ der Entwicklungshilfe berichtete, nicht aber über ihre positiven Seiten. Konečny selbst nannte zwar ebenfalls keine Namen, wurde aber schon etwas konkreter und forderte die Verantwortung der Medien als „Meinungsmacher“, als „vierte Gewalt im Staat“ ein. Sie sollte sich ihrer Macht bewusst werden, diese verantwortungsvoll nutzen und deshalb die Entwicklungshilfe unterstützen und nicht behindern, dazu forderte sie der Abgeordnete indirekt auf.

Die letzte Aussage eines Abgeordneten, der während einer Plenumsdebatte über ein Entwicklungsgesetz, auf das Verhältnis der österreichischen Bevölkerung zur EZA zu sprechen kam, stammt aus dem Jahr 2003. Der ÖVP-Abgeordnete Brader erklärte, auch deshalb der Novellierung des EZA-Gesetzes von 2002 zuzustimmen, weil er sich von der durch diese Novellierung ermöglichten Gründung der ADA erwartete, dass sich diese Organisation auch um die Schaffung einer positiveren Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur EZA kümmern werde: „Gute Entwicklungszusammenarbeit braucht auch eine entsprechende Bewusstseinslage in der Bevölkerung. Ich glaube [...], in diesen Belangen gibt es Nachholbedarf, und ich erwarte mir daher von der neu geschaffenen Agentur [der ADA] eine diesbezügliche Verbesserung.“¹⁹¹

2.5. Pro-kolonialistische und paternalistische Aussagen

In den Aussagen der Abgeordneten über die Entwicklungshilfe finden sich – geprägt von ihrer Zeit – auch pro-kolonialistische und paternalistische Ansichten. Zwei Abgeordnete haben bis in die 1980er Jahre bei der Debatte um Entwicklungsgesetze in dieser Art geäußert.

□

¹⁹⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1451

¹⁹¹ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 211

2.5.1. Pro-kolonialistische Ansichten

Wie selbstverständlich die „Überlegenheit“ der „weißen Rasse“ noch in den Köpfen der Europäer verankert war und wie sehr sie in der öffentlichen Meinung das Verhältnis zu den Entwicklungsländern prägte, zeigt eine pro-kolonialistische Aussage des freiheitlichen Abgeordneten Gredler bei einer Debatte um den Beitritt Österreichs zur IDA im Jahr 1961: „Nun hat Europa durch Jahrhunderte über sehr große Teile der Welt geherrscht, und fraglos – das wird heute in diesen Ländern vergessen, auch das sei objektiv genannt, wurden viele Länder der Erde überhaupt erst durch den europäischen Geist und durch die europäische Wirksamkeit entwickelt. Diese Völker würden sonst in einem Dornrösenschlaf liegen, sie hätten sehr oft nicht einmal den Zugang zu ihrer eigenen Kultur. Hier war die europäische Geistigkeit da, die diese Brücke schlug.“¹⁹²

Der Kolonialismus war, so die Meinung Gredlers, also zweifellos eine gute Sache. Er habe die Entwicklung überhaupt erst in Gang gebracht, so der Abgeordnete weiter. Aber nicht nur was die eigene Kultur beträfe, waren die Völker der „Dritten Welt“ auf den „europäischen Geist“ angewiesen, auch in der Politik seien sie dieses, behauptete Gredler: „Man muß sich diesen Problemen objektiv nähern und trotzdem feststellen, daß ohne Europa mittelalterliche Despotie und Tyrannie heute wahrscheinlich in vielen Teilen der Welt regieren würden, daß dort Hunger und Not herrschen würde. [...] Ohne Entwicklung durch den europäischen Geist würde der Kannibalismus da und dort vielleicht noch Orgien feiern und grässliche Epidemien würden herrschen.“¹⁹³

2.5.2. Paternalistische Ansichten

Eng mit dem Kolonialismus als Idee ist der Paternalismus verbunden. In den Entwicklungshilfedebatten des österreichischen Nationalrats vertrat immer wieder ein Abgeordneter paternalistische (nicht jedoch pro-kolonialistische) Ansichten, und zwar der Abgeordnete Brandstätter von der ÖVP. 1974, anlässlich der Debatte um das Entwicklungshilfegesetz äußerte er sich folgendermaßen zur Entwicklungsproblematik:

□

¹⁹² StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2742

¹⁹³ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2743

„Es ist aber einmal das Problem, daß die Menschen in diesen Ländern ja keine Ahnung von modernen Wirtschaftsproblemen haben. Sie können sie ja nicht haben, weil sie – nun ja, man kann es, glaube ich, ruhig sagen – unter mittelalterlichen Verhältnissen dort zu leben gezwungen sind. Da kann man nur durch den Aufbau von Beispiellandwirtschaften eben hier Anfänge setzen, und diese Anfänge müssen entsprechend ausgebaut werden.“¹⁹⁴

„Sie“ haben also keine Ahnung von der modernen Welt, erklärte der Abgeordnete. Nicht, weil „sie“ dafür zu dumm sind [immerhin!], sondern weil sie in „mittelalterlichen Verhältnissen“ leben müssen, führte Brandstätter weiter aus. Dennoch war für ihn das Ziel der Entwicklungshilfe nicht so sehr die direkte Änderung dieser „mittelalterlichen Verhältnisse“, sondern das Befähigen der Bevölkerung, trotz dieser Verhältnisse mit Hilfe des Wissens „unserer Experten“ und ihrer „Beispiellandwirtschaften“ ein nützliches Glied in der Weltwirtschaft zu werden. Natürlich dürfe sich „unsere Hilfe“ nicht auf die Landwirtschaft beschränken, schließlich hätten die Menschen der „Dritten Welt“ auch in anderen Bereichen keine Ahnung von der Moderne, fand Brandstätter. Aber keine Sorge, denn glücklicherweise: „[...] wurde hier schon einiges getan, um den Eingeborenen zu zeigen, wie sie mit den modernen Erkenntnissen umgehen müssen.“¹⁹⁵

Je mehr „unsere Entwicklungshelfer“ den „Eingeborenen“ modernes Wissen vermitteln würden, desto mehr Entwicklungshilfe fände statt, erklärte der Abgeordnete: „Die beiden Faktoren – auf der einen Seite die Zurückgebliebenheit der Menschen in den ländlichen Gebieten, die noch ärger ist als in den Städten, und auf der anderen Seite auch die Abhängigkeit dieser Bewohner – sind nun einmal eine Tatsache. Es müssen unsere Entwicklungshelfer sein – sie bemühen sich ja sehr –, die entsprechende Abhilfe schaffen.“¹⁹⁶

1974 sprach Brandstätter von „Beispiellandwirtschaften“, welche für die Bevölkerung der „Dritten Welt“ nötig seien, 1983 bekräftigte er im wesentlichen seine Aussage. Dem Paternalismus war der Abgeordnete ebenfalls treu geblieben: „Es ist daher unsere Aufgabe, daß wir die Menschen, die dort leben, lehren, daß wir ihnen beibringen, wie sie

□

¹⁹⁴ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11049

¹⁹⁵ ebd.

¹⁹⁶ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11050

sich selber die Nahrungsmittel erzeugen können.¹⁹⁷ [...] Das ist eine, wie ich der Überzeugung bin, der wesentlichsten, der wichtigsten Aufgaben [der Entwicklungshilfe bzw. der Entwicklungshelfer].“¹⁹⁸

2.6. Ownership

Außer dem Paternalismus gab und gibt es auch die Meinung, dass es Aufgabe der „Dritten Welt“ selbst sei, sich zu entwickeln. Nicht Experten aus den Industriestaaten, sondern die Bevölkerung der Entwicklungsländer sollten Ziele und Methoden des Entwicklungsprozesses festlegen. Diese Ansicht hat sich heute weitgehend durchgesetzt, zumindest in der Entwicklungsrhetorik. Sie wird seit den 1990er Jahren als „Ownership“ bezeichnet.

In den 1980er Jahren waren solche Ansichten zwar auch nicht völlig neu, geäußert hatte sie aber noch kein Abgeordneter, zumindest nicht während einer Plenumdebatte zu einem Entwicklungsgesetz im Nationalrat. Der erste Abgeordnete, der seine Aussage mit entsprechenden Worten formulierte, war 1983 der Freiheitliche Kabas. Entwicklung bezeichnete er als „[...] primär Aufgabe der Entwicklungsländer [...], und zwar im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, nur dann wird diese Hilfe in Zukunft auch tatsächlich Früchte tragen.“¹⁹⁹ Auch wenn diese Aussage noch nichts über Ziele und Kontrolle des Entwicklungsprozesses enthält und damit strenggenommen noch nicht unter den Begriff „Ownership“ fällt, so geht sie doch in diese Richtung.

Der SPÖ-Abgeordnete Hochmair knüpfte kurz darauf an diesen Gedanken an und entwickelte ihn weiter. Auch für ihn war die Entwicklung primär Aufgabe der Entwicklungsländer, gleichzeitig war der Abgeordnete aber der Meinung, dass es einige Entwicklungsziele gebe, die nicht diskutiert werden müssten. Hochmair nannte dabei unter anderem die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Einkommensunterschiede²⁰⁰. Dennoch sollen die Industriestaaten: „Diese Ziele [...] nicht einseitig verordnen, sondern

□

¹⁹⁷ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1447f.

¹⁹⁸ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1448

¹⁹⁹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1440

²⁰⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1446

partnerschaftlich lösen. Es ist dabei auch notwendig, daß das Entwicklungsland seine eigenen Ziele definiert.“²⁰¹

Bis sich diese, eigentlich logische, Forderung des Abgeordneten aber bei den Industriestaaten und Entwicklungsinstitutionen, wie z. B. der Weltbank, wenigstens rhetorisch durchsetzte, sollten noch 15 - 20 Jahre vergehen.

Bei der Debatte um die Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes im Jahr 1989 erklärte die freiheitliche Abgeordnete Motter: „Für uns Freiheitliche ist auch das Recht der Völker auf politische und kulturelle Selbstbestimmung von grundlegender Bedeutung. Entwicklungshilfe darf daher nie für uns zu einer reinen Zwangsbeglückung ausarten.“²⁰²

Überhaupt könne es, bei der Entwicklungshilfe bzw. Entwicklungszusammenarbeit, eigentlich „global und langfristig“ „[...] doch nur darum gehen, Ländern, die in Not sind, Ländern, die noch keinen Lebensstandard der sogenannten Ersten Welt erreicht haben, unter Wahrung ihrer kulturellen Eigenheit, unter Rücksichtnahme auf ihre Selbstachtung, unter Beachtung und Respekt vor deren Tradition, Sitte und Überlieferung zu helfen, sich selbst weiterzuentwickeln. Wohin und wie weit die sogenannte Entwicklung aber gehen soll, sollte den Völkern aber zur eigenen Entscheidung überlassen bleiben.“²⁰³

Diese 1989 ausgesprochene Feststellung der Abgeordneten findet sich übrigens, wenn auch nicht in denselben Worten, im EZA-Gesetz von 2002 wieder, ebenso wie ihre Forderung nach der Verankerung der Gleichbehandlung von Männern und Frauen als ein Ziel der EZA.²⁰⁴

2.7. „0,7“ oder: Wieviel Geld für die EZA?

Die Forderung, dass die Industriestaaten mindestens 0,7 Prozent ihres BIPs für die Entwicklungshilfe bereitstellen sollten, tauchte erstmals 1970 auf²⁰⁵. Bis Mitte der 1970er



²⁰¹ ebd.

²⁰² StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13897

²⁰³ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13898

²⁰⁴ vgl. StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13899 und § 1 des EZA-Gesetzes von 2002/724 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

²⁰⁵ vgl.: Mehr Geld für Entwicklungshilfe. Gemeinsamer Appell von Bundespräsident Fischer und Kardinal Schönborn. in: <http://www.oneworld.at/start.asp?ID=6095> (letzter Zugriff: 14. 3. 2009)

Jahre sollten die Entwicklungshilfebudgets der Industrieländer auf dieses Niveau angehoben werden, bis Ende der 1970er auf ein Prozent des BIPs, was als „Idealhöhe“ galt. Aber wenige Industriestaaten hielten, damals wie heute, diese Vorgabe auch tatsächlich ein. Die „0,7“ zu erreichen, wurde bald zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil der Entwicklungsdebatte und ist es bis heute geblieben. Seit 1971 bekennt sich jede österreichische Bundesregierung zu diesem Ziel. Trotzdem hat Österreich es noch nie erreicht, obwohl es doch seit langem zu den reichsten Ländern der Erde zählt.²⁰⁶

In den Diskussionsbeiträgen der Abgeordneten, die „0,7“ zum Thema haben oder es zumindest streifen, ist eine interessante Konstante seit 1973 zu beobachten, als „0,7“ erstmals von einem Abgeordneten des Nationalrats während einer Debatte um ein Entwicklungsgesetz erwähnt wurde. Die Opposition forderte immer, dass „0,7“ endlich erreicht werden sollte, sie wollte ein fixes Datum oder einen Zeitplan von der Bundesregierung und nahm ihre zahlreichen Versicherungen, -dass „0,7“ ein Ziel sei und auch bleibe, mit Skepsis auf.

Ganz gleich, welche Parteien die Regierung bildeten, ihre Abgeordneten versicherten immer wieder, dass an den „0,7“ festgehalten werde. Fast zur Obsession wurde dieses Bekenntnis 2002, bei der Debatte über das EZA-Gesetz. Jeder und jede Abgeordnete der Regierungsparteien, die sich zu Wort meldeten, fühlten sich verpflichtet, ein Bekenntnis zu den „0,7“ abzugeben, und sei es auch noch so kurz.

2.7.1. Bekenntnisse zu „0,7“

Der erste Abgeordnete, der das Ziel der „0,7“ während einer Debatte im Nationalrat zu einem Entwicklungsgesetz bestätigte, war der SPÖ-Mandatar Ortner im Jahr 1973. Seine Erklärung ist noch ein bisschen länger als die Ein-Satz-Bekenntnisse der Abgeordneten im Jahr 2002, sie hat auch ein wenig mehr Inhalt: „Wir wissen aber auch, daß dieser Empfehlung gemäß 0,7 Prozent der vorgeschlagenen Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln gegeben werden sollen, das würde bedeuten [...] – daß wir allein für das Jahr 1973 3,3 Milliarden Schilling an Entwicklungshilfe hätten aufbringen sollen. Das ist



²⁰⁶ 2006 etwa war Österreich das siebtreichste Land der Welt. vgl. 2006 Human Development Report. in: http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/country_fact_sheets/cty_fs_AUT.html (letzter Zugriff: 30. 6. 2007)

nicht möglich: [...] Es ist und bleibt daher diese 1 Prozent beziehungsweise 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts eine Idealvorstellung, zu der wir uns selbstverständlich bekennen.“²⁰⁷

Ein Jahr später bekräftigte Ortners Kollege Kerstnig das prinzipielle Ja zu den „0,7“. Ein Datum oder einen konkreten Zeitplan sollte man von ihm aber ebenso wenig hören wie von allen anderen Abgeordneten der Regierungspartei(en), stattdessen begnügte er sich mit einer sehr schwammigen Formulierung: „Österreich wird bestrebt sein, seinen Verpflichtungen im Rahmen der von der UNO festgelegten zweiten Entwicklungsdekade mit dem Ziel eines Entwicklungshilfebeitrages von 0,7 des Bruttonationalprodukts nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten so bald wie möglich voll nachzukommen.“²⁰⁸

1983 stellte der SPÖ-Abgeordnete Veselsky nüchtern fest, dass: „[...] die große Zielsetzung der 0,7 Prozent, die wir uns vorgenommen haben, noch lange nicht erreicht ist.“²⁰⁹ Dass es in der Vergangenheit weniger an den „wirtschaftlichen Möglichkeiten“ der Republik gelegen war als vielmehr am mangelnden Willen ihrer Politiker, die „0,7“ zu erreichen, gab er auch zu. Diese, für einen Vertreter der Bundesregierung bemerkenswerte Einsicht verknüpfte Veselsky freilich mit der Ankündigung, dass die „0,7“ bis zum Ende der 1980er auf alle Fälle erreicht werden würden, denn: „Bisher sagten wir: Wir werden 0,7 Prozent unseres Sozialproduktes bis Ende des Jahrzehnts für Entwicklungspolitik aufwenden, wenn wir genug Geld haben. – Wir hatten noch nie genug Geld für solche Dinge. Jetzt sagen wir das ohne diesen Budgetvorbehalt.“²¹⁰

Optimistisch gab sich wenige Stunden später auch der SPÖ-Abgeordnete Konečny, was die Realisierung der „0,7“ betraf. Wie sein Kollege Veselsky war er überzeugt davon, „[...] daß es uns tatsächlich gelingt, bis zum Ende dieses Jahrzehnts jene fast schon mythischen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Entwicklungshilfeleistung tatsächlich zu erreichen. Ein Ziel, für das tatsächlich alle, die die Verantwortung, die Industriestaaten in der Welt haben, ernst nehmen, zusammenwirken sollten.“²¹¹



²⁰⁷ StPrNR/78.Sitzung/XIII.GP/S. 7526

²⁰⁸ StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11042

²⁰⁹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1436

²¹⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1438

²¹¹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1451

Die Aussage des Abgeordneten Konečny stellt insofern eine Ausnahme bei den „0,7“-Erklärungen von Abgeordneten der Regierungsparteien dar, da sie sich nicht nur an die Opposition, sondern auch an die Bundesregierung selbst richtete. Konečny versicherte zwar dem Nationalrat, dass die „0,7“ nicht nur Ziel seien, sondern auch bald erreicht würden, ermahnte aber gleichzeitig ebenso seine Parteifreunde in der Regierung, dieses Ziel auch weiterhin ernst zu nehmen.

1989 bekräftigte die SPÖ-Abgeordnete Horvath die Forderung nach 0,7 Prozent des BIPs für Entwicklungshilfe, („wir wollen 0,7 Prozent Entwicklungshilfe“²¹²), merkte aber kritisch an: „Der Nationalrat hat ja ohnehin 1986 und 1988 einstimmige Entschließung gefasst, die klare Aussagen über die Steigerung der Quantität und die Verbesserung der Qualität der österreichischen Entwicklungshilfe enthalten haben. Leider haben diese politischen Willenskundgebungen des österreichischen Parlaments an der Realität der österreichischen Entwicklungshilfe kaum etwas verändert. Die ohnehin unzureichende Aufstockung der Mittel ist nicht Projekten zugunsten der ärmsten Länder zugute gekommen. Sie hat sich hauptsächlich an den Interessen der heimischen Wirtschaft orientiert.“²¹³

Obwohl Abgeordnete einer Regierungspartei, fand Horvath sehr offene Worte über die begrenzte Macht des Parlaments: Die Bundesregierung könne de facto selbst einstimmige Entschließungen des Nationalrats ungestraft ignorieren. Horvaths Aussage ist eigentlich weniger ein Bekenntnis zu den „0,7“ als vielmehr eine offene Kritik am Verhalten der von ihrer eigenen Partei gebildeten Regierung.

2002

2002 brachten SPÖ und Grüne zu Beginn der Debatte über das neue EZA-Gesetzes einen Entschließungsantrag ein, der die Bundesregierung verpflichten sollte, bis 2010 die „0,7“ zu erreichen. Der Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt, aber alle ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten, die sich während der Debatte zu Wort meldeten, bekannten sich zu „0,7“, auch ÖVP-Außenministerin Ferrero-Waldner.

□

²¹² StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13900

²¹³ ebd.

„Zu Ihrer Kritik, dass Sie einen Zeitplan bei der Entwicklungszusammenarbeit vermissen. Ich will Sie nur erinnern, [...], dass ein Zeitplan und das 0,7-Prozent-Ziel im Gesetz nicht verankert werden können. So ist es eben. Wir haben uns aber dazu bekannt, dass wir dieses Ziel erreichen möchten.“²¹⁴ Warum es nicht möglich sei, so einen Zeitplan im Gesetz zu verankern, diese Erklärung blieb der freiheitliche Abgeordnete Fallent allerdings schuldig. Aber natürlich bleibt „0,7“ ein Ziel, das bestätigt auch seine Kollegin von der ÖVP, Abgeordnete Hakl: „Was die zusätzlichen Mittel betrifft, möchte ich schon bemerken, dass das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit zu reservieren, eines ist, dem wir uns auch verschrieben haben. Selbstverständlich!“²¹⁵

Um auch die allerletzten Bedenken der skeptischen Opposition zu zerstreuen, sah sich auch die Außenministerin, Benita Fererro-Waldner von der ÖVP, genötigt zu versichern: „[...] dass am politischen Ziel der Leistung von 0,7 Prozent, [...] von Österreich festgehalten wird.“²¹⁶

Schützenhilfe erhielt sie von der freiheitlichen Abgeordneten Burkert. Sie bestätigte das Ziel der „0,7“: „Wir bekennen uns auch ganz klar zum Ziel von 0,7 Prozent des BIPs – aber nach Möglichkeit und eben nicht jetzt.“²¹⁷ Was genau diese „Möglichkeit“ bedeutet, ist aus ihrer Aussage nicht herauszulesen, fest steht nur, dass die „0,7“ keine hohe Priorität in der Bundesregierung genossen haben. Irgendwann einmal sollen sie schon erreicht werden, so die Abgeordnete, aber „eben nicht jetzt“.

Am Ende der Debatte „erbarmte sich“ die ÖVP-Abgeordnete Gatterer aller Oppositionspolitiker, die noch immer nicht begriffen hatten, dass sie keinen Grund hatten, an der Aufrichtigkeit der Bundesregierung zu zweifeln, zumindest bei den „0,7“: „[...] ich möchte hier noch einmal unterstreichen, dass es niemand – auch niemand von den Regierungsparteien! – jemals in Frage gestellt hat, dass 0,7 Prozent unser langfristiges Ziel sind, ein Ziel, auf das wir hinarbeiten.“²¹⁸

□

²¹⁴ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 100

²¹⁵ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 148

²¹⁶ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 150

²¹⁷ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 151

²¹⁸ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 154

2.7.2. Wann erreicht Österreich endlich die „0,7“?

Der erste Appell, bei dem im Nationalrat die Bundesregierung bei einer Plenumsdebatte über ein Entwicklungsgesetz aufgefordert wurde, die „0,7“ zu erreichen, stammt aus dem Jahr 1983, vom ÖVP-Abgeordneten Steinbauer. Zuerst einmal beklagte er, dass Österreich die „0,7“ noch nicht erreicht habe und deshalb einfach zu wenig für die Entwicklungshilfe tue: „Es stellt sich die Frage: Tut Österreich genügend? [...] Die Zahlen sind besser, als sie vor einigen Jahren waren, aber sie reichen noch lange nicht aus und sie sind vor allem weit hinter dem, was wir seit einem Jahrzehnt auf nationalen und internationalen Konferenzen von der Regierung hören, daß nämlich 0,7 der Anteil ist, den wir demnächst erreichen werden.“²¹⁹

Die Regierung habe die „0,7“ zwar immer wieder versprochen, aber nie gehalten, erklärte Steinbauer. Dabei wäre es so wichtig, dieses Versprechen ernst zu nehmen, schließlich sei das auch eine Frage der Glaubwürdigkeit der Republik Österreich, so der Abgeordnete: „Es hindert niemand den Staatssekretär oder das Bundeskanzleramt, ein realistisches mehrjähriges Finanzierungskonzept vorzulegen, um wenigstens eine Rahmenüberlegung darzustellen und herauszukommen aus dieser verbalen Versicherung, man werde in absehbarer Zeit die 0,7 Prozent erreichen. Hier ist nicht nur nationale Glaubwürdigkeit, sondern auch internationale Glaubwürdigkeit etwas, was zumindest ansatzweise ein solches Finanzierungskonzept verlangt.“²²⁰

Damit die Entwicklungshilfe endlich spürbare Auswirkungen habe, müsse sie erhöht werden, am besten auf „0,7“, meinte 1989 auch die freiheitliche Abgeordnete Motter: „Dazu [für die Entwicklung] bedarf es sicher noch mehr Mittel als bisher, und wir sollten endlich, wie es seit langem beabsichtigt ist, die 0,7 Prozent des Bruttonsozialprodukts für Entwicklungshilfe aufwenden.“²²¹ Dass das nicht erst irgendwann, sondern sofort geschehen soll, daran ließ sie keinen Zweifel: „Wir Freiheitlichen fordern ganz konkret [...] raschste Anhebung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonsozialproduktes, so wie es die Industrieländer vereinbart haben.“²²²



²¹⁹ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1432

²²⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1433

²²¹ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13897f.

²²² StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13899

Wann erreicht also Österreich endlich die „0,7“? „Meiner Überzeugung nach sind wir weit von dem ehemaligen UNO-Ziel von 0,7 Prozent entfernt.“²²³, so der SPÖ-Abgeordnete Posch 2002.

Sind die „0,7“ also ein Ziel, das Österreich nie erreichen wird? „Die europäische Union verpflichtete sich im Jahr 2002 im Rahmen des Monterrey-Konsenses²²⁴, [...] ihre öffentliche Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 auf 0,7% zu erhöhen. [...] Hinsichtlich der bestehenden Finanzierungslücke für die Millenniums-Entwicklungsziele²²⁵ erarbeitete die Gemeinschaft neue Zielsetzungen für die öffentliche Entwicklungshilfe, wobei zwischen den alten und neuen Mitgliedsstaaten unterschieden wird. Diesem Plan zufolge werden die alten Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft bis zum Jahr 2010 **0,51%** und die neuen Mitgliedsstaaten **0,17%** ihres Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe entrichten.“²²⁶

Dieser Verpflichtung wird sich das EU-Mitglied Österreich m. E. nur schwer entziehen können.

2.8. Angriffe auf die politischen Gegner

Neben dem Austausch mehr oder weniger sachlicher Argumente bieten sich die Plenardebatten im Nationalrat, auch bei Entwicklungsdebatten, dazu an, den politischen Gegner anzugreifen. Die verschiedenen Parteien stehen schließlich in einem Konkurrenzkampf um die Wählerstimmen. Jede Partei versucht die Öffentlichkeit deshalb davon zu überzeugen, dass sie die beste Partei für Land und Leute ist. Teil dieser Strategie ist auch das Aufdecken von Fehlern der anderen Parteien, bzw. das gezielte Schlechtmachen ihres Bildes in der Öffentlichkeit. Nach den Zielen der Angriffe unterscheide ich im folgenden zwischen:



²²³ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 204

²²⁴ 2002 veranstaltete die UNO in Monterrey, Mexiko, eine Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung. Am Ende verabschiedeten die Konferenzteilnehmer den „Konsens von Monterrey“ in dem sich die Entwicklungsländer zu Reformen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verpflichteten und die Industrieländer ihre Bereitschaft zur Zahlung von mehr Entwicklungsgeldern bestätigten. vgl.: Monterrey Consensus on Financing for Development. united nations, 2003, hier zitiert nach:

<http://www.un.org/esa/ffd/monterrey/MonterreyConsensus.pdf> (letzter Zugriff: 11. 3. 2009)

²²⁵ zu den Millenniums-Entwicklungszielen siehe: About the MDGs. Basics. hier zitiert nach:

<http://www.undp.org/mdg/basics.shtml/> (letztes Zugriffsdatum: 11. 3. 2009)

²²⁶ Fabjan, Susanne: Die Handelspolitik der Europäischen Union – ein Beitrag zur Armutsreduktion?, Diplomarbeit, Universität Wien, 2006, S. 27

- Angriffen auf die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit
- Angriffen auf die Opposition in ihrer Gesamtheit
 - Angriffe auf einzelne Parteien
 - Angriffe auf einzelne Politiker

Wann in der Geschichte des Nationalrats welche „Angriffsart“ vorherrschend war, war nicht nur von den Vorlieben der Abgeordneten, sondern auch von den politischen Umständen in der Zweiten Republik selbst abhängig. Angriffe auf die Bundesregierung etwa waren bei der Opposition immer beliebt und werden es auch in Zukunft sein. Es ist schließlich die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kritisieren und auf ihre Fehler hinzuweisen. Im Gegensatz dazu waren Angriffe auf die Opposition in ihrer Gesamtheit bei EZA-Debatten im Nationalrat allein auf die Jahre 2002/03 beschränkt. Das dürfte ganz klar an den politischen Umständen selbst liegen und nicht daran, dass die Abgeordneten der Regierungsparteien vorher nie etwas an der Opposition auszusetzen gehabt hätten. Bis zum Jahr 2002 beschränkten Abgeordnete der Regierungsparteien in den EZA-Debatten ihre Kritik an der Opposition auf einzelne Parteien und Politiker. Zu Angriffen dieser Art kam es allerdings auch erst ab 1983, vorher ignorierten die Abgeordneten der Regierungsparteien solche Angriffe entweder, oder wiesen sie sachlich zurück, griffen aber nicht ihrerseits die Opposition an.

Seit 1959, dem Ausscheiden der KPÖ aus dem Nationalrat, waren nur drei Parteien im österreichischen Parlament vertreten. Erst 1986, als den Grünen der Einzug ins Parlament gelang, änderte sich dieses. In diesen 27 Jahren haben Bundesregierung oder Opposition also immer nur aus einer Partei bestanden. Natürlich ist es in diesem Zeitraum auch zu politischen Angriffen auf die Bundesregierung und die Opposition gekommen. Da die Abgeordneten aber dann nie explizit „die Bundesregierung“ oder „die Opposition“ angriffen, sondern die jeweilige Regierungs- bzw. Oppositionspartei, behandle ich die Angriffe dieser Periode in dem Kapitel „Angriffe auf einzelne Parteien“.

2.8.1. Angriffe auf die Bundesregierung

Wie schon oben angeführt, ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Opposition, bei der Kontrolle der Regierung mitzuwirken und ihre Fehler aufzuzeigen. Die Bandbreite ihrer Kritiken reicht von sachlich vorgetragenen Argumenten bis zu direkten Angriffen auf die Regierungsparteien und/oder Einzelpersonen. Prinzipiell ist die Opposition natürlich davon überzeugt, dass eine von ihr gebildete Regierung eine weitaus bessere Politik machen würde; diese Überlegung steht unausgesprochen, aber nicht selten angedeutet, am Ende jeder ihrer Kritiken.

Die Kritik an der bzw. die Angriffe auf die Bundesregierung, welche die Entwicklungspolitik zum Thema hatten, weisen eine gewisse Kontinuität auf. Während der 45 Jahre, die in dieser Arbeit behandelt werden, hat die Opposition der Bundesregierung, was ihre Entwicklungspolitik betrifft, Verschiedenes vorgeworfen, aber immer wieder die selben vier Punkte:

- Postenschacher
- Scheinheiligkeit
- eine falsche Politik
- das Bestreben, Kontrolle zu vermeiden.

Postenschacher

Drei Abgeordnete haben einer Bundesregierung Postenschacher bei der Entwicklungspolitik vorgeworfen, 1961 der Freiheitliche Gredler und 2003 die Abgeordneten Bayr und Posch von der SPÖ.

Der Vorwurf Gredlers unterscheidet sich von denen Bayrs und Poschs. Während Bayr und Posch 2003 ihrer Befürchtung Ausdruck verliehen, dass die Bundesregierung die EZB zum Postenschacher missbrauche, so warf er der Bundesregierung Untätigkeit in der Entwicklungshilfe vor, und zwar genau deshalb, weil sie bei der Entwicklungshilfe eben gerade keinen Postenschacher betreiben könne wie überall sonst! Deshalb habe sie auch nur so wenig Interesse an diesem dringenden Problem der Welt, so Gredler.

„Es ist irgendwie typisch für die Frage der Koalition und ihrer Einstellung zu den Weltproblemen, daß in Zusammenhang mit einem Gebiet wie dem der Entwicklungsländer, wo man ja für den Proporz nichts herausholen, keine Gewinne erzielen kann, außer einer ins Ohr gehenden Phraseologie der Regierungserklärung kaum ein Hinweis auf eine echte Planung oder Zielsetzung zu finden ist.“²²⁷ Gredler unterstellte damit der Regierung Egoismus und Ignoranz, zumindest bei ihrer Politik gegenüber den wichtigen Weltproblemen wie der Entwicklung der „Dritten Welt“.

Nicht nur das fehlende Interesse der Bundesregierung, auch die wirtschaftliche Gesamtsituation Österreichs setzten einem Engagement in der Entwicklungshilfe enge Grenzen, denn dieses sei vergleichsweise schlecht, so der Abgeordnete weiter. Wie für jeden Oppositionellen, so gab es auch für den Abgeordneten Gredler nur eine einzige richtige Antwort, warum die wirtschaftliche Situation in Österreich so schlecht sei: die Bundesregierung.

„Wie bekannt, steht unsere Heimat Österreich, wenn man die europäischen Entwicklungsgebiete ausnimmt, der Höhe des Sozialproduktes und des Durchschnittseinkommens nach so ziemlich am unteren Ende der europäischen Tabelle. An der europäischen Hochkonjunktur hat unsere Heimat angesichts der Mißwirtschaft von Proporz und Koalitionsunwesen verhältnismäßig geringen Anteil. Man wird daher die amerikanische Forderung kaum erfüllen können, die von den freien europäischen Staaten 1 Prozent des Volkseinkommens für die Entwicklungshilfe verlangt. [...] Und sosehr wir Freiheitlichen die Notwendigkeit einer Teilnahme an der Entwicklungshilfe befürworten, müssen wir trotzdem eindeutig feststellen, welche psychologische Belastung sie angesichts der schweren wirtschaftlichen Fehler, die die Koalition begangen hat, darstellt.“²²⁸

Dieser Vorwurf bewegt sich im „normalen“ Rahmen der politischen Wortwahl, denn bislang hat die Opposition der Bundesregierung schon oft Versagen in der Wirtschaftspolitik und Postenschacher [in diesem Fall mit „Proporz“ umschrieben] vorgeworfen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass die große Koalition, die praktisch überall das Proporzprinzip und damit den Postenschacher durchsetzte, ausgerechnet bei



²²⁷ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2744

²²⁸ StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2745

der Entwicklungshilfe keine Möglichkeit dazu sah, auch wenn die Institutionen und Abteilungen dafür erst gegründet werden mussten.

1961 hatte der freiheitliche Abgeordnete Gredler der Bundesregierung mangelndes Engagement in der Entwicklungshilfe vorgeworfen, da sie dabei keinen Postenschacher betreiben könne. Realistischer, denke ich, war dann schon die Ansicht der SPÖ-Abgeordneten Bayr und Posch 42 Jahre später. 2003 äußerten sie den Vorwurf, dass die Regierung auch mit der EZA Postenschacher betreibe (und im übrigen, wie schon Gredler 1961 kritisiert hatte, zu wenig für die EZA unternehme). Über die EZA-Politik der Bundesregierung bzw. ihre Novellierung des EZA-Gesetzes von 2002 urteilte die SPÖ-Abgeordnete Bayr 2003 folgendermaßen: „[...] und ich persönlich befürchte ein Mehr an Bürokratie, ein Mehr an Kosten, ein Mehr an schwarz-blauem Postenschacher und ein Weniger an Transparenz und demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten.“²²⁹ Diese Vorwürfe, die nicht konkretisiert werden, gehören zum Standardrepertoire der Opposition, was aber nichts über ihren Wahrheitsgehalt aussagt. Sie lassen sich mit dem Satz: „Es wird alles schlechter“ zusammenfassen.

Mit Ironie warf auch Bayrs Kollege, der SPÖ-Abgeordnete Posch, der Bundesregierung wenig später Postenschacher vor: „Last but not least ist es für uns auch interessant, wer der Geschäftsführer dieser Agentur [der ADA] sein wird. Da wird sehr spannend sein: Welche Kompetenz bringt er ein? Welche Erfahrungen wird er einbringen? Natürlich wird er völlig über jeden Verdacht erhaben sein, in irgendeinem Naheverhältnis zu den Regierungsparteien zu stehen, beziehungsweise dem inzwischen schon zur Gewohnheit gewordenen Machtkalkül unterworfen zu sein.“²³⁰

Scheinheiligkeit

Bruno Kreisky gilt als *der* österreichische Bundeskanzler, der sich aktiv für die „Dritte Welt“ eingesetzt hat, dem sie wirklich am Herzen lag. Aber auch unter ihm blieb die österreichische Entwicklungshilfe dürfzig und erreichte nicht die „0,7“²³¹. Der ÖVP-Abgeordnete Kaufmann machte Nationalrat und Öffentlichkeit 1974 auf den Widerspruch zwischen Rhetorik und tatsächlicher Politik der Regierung Kreisky



²²⁹ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 198f.

²³⁰ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 205

²³¹ vgl. Höll, Otmar: Österreichische Entwicklungshilfe 1970-1983. Kritische Analyse und internationaler Vergleich. Wien. Wilhelm Braumüller, 1986, S. 48 und 52

aufmerksam: „Mir scheint das Verhalten der Regierungspartei in den Fragen der Entwicklungshilfe schizophrene Züge zu tragen. Man braucht sich ja nur zu erinnern: das Eintreten für die Dritte Welt, die Hilfe für die unterentwickelten Völker, der Ruf nach der weltweiten Solidarität. All das gehört seit Jahrzehnten zum Stammvokabular des Sozialismus. In der Praxis dann, als man die Regierungsgewalt übernommen hat und dieses sozialistische Vokabular nun in die Tat hätte umsetzen können, hat es plötzlich ein wenig anders ausgesehen. Ich glaube, das muß man sich an dieser Stelle und an diesem heutigen Tag in Erinnerung rufen. Es war eine der ersten Taten der Regierung Kreisky, die Mittel für die österreichische Entwicklungshilfe nicht etwa zu erhöhen, sondern zu kürzen.“²³²

In dieser Aussage verzichtete der Abgeordnete auf einen persönlichen Angriff, sondern betrieb rein sachliche Kritik an der Politik der Bundesregierung. Denn tatsächlich waren die Ausgaben für Entwicklungshilfe in den ersten Jahren der Regierung Kreisky niedriger als im letzten Jahr der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus.²³³

In die gleiche Kerbe wie sein Kollege Kaufmann schlug sieben Jahre später, 1981, auch der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer: „Ich möchte hier am Rande darauf hinweisen, daß bei dieser Regierung öffentliche Erklärung und tatsächliches Verhalten zu oft auseinanderlaufen. [...] Da wird auf der einen Seite die große Forderung in der Raum gestellt [...] und auf der anderen Seite sieht man das tatsächliche Verhalten der Regierung [...].“²³⁴ Diese Aussage Steinbauers bezog sich zwar mehr auf die Regierungspolitik allgemein, aber auch für die Entwicklungspolitik hatte dieser Kurs spürbare Auswirkungen, so der Abgeordnete: „[...] Österreich ist zwar bei den Resolutionen immer dabei, aber wenn es nun wirklich um die Durchführung, etwas für die wenigst entwickelten Länder zu tun, geht, dann ist Österreich immer noch ein Schlußlicht in der internationalen Entwicklung.“²³⁵

Insgesamt stellte auch hier der Abgeordnete Tatsachen fest. Aber außerdem beschuldigte er noch die Bundesregierung direkt, durch ihr Verhalten die Glaubwürdigkeit der

□

²³² StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11044

²³³ vgl. Hödl: 2004, S. 227

²³⁴ StPrNR/NR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9533

²³⁵ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9534

Republik im allgemeinen und ihrer Entwicklungspolitik im besondern zu untergraben und zum Nachteil Österreichs und seiner Entwicklungspolitik zu handeln.²³⁶

Die Regierung stellte in der Öffentlichkeit entwicklungspolitische Vorhaben als schon erbrachte Entwicklungshilfe dar. Zu diesem Schluss kam 1983 zumindest der ÖVP-Abgeordnete Ettmayer: „Es wird eine Absichtserklärung abgegeben. Es werden Ziele gesetzt, und diese Ziele werden dann bereits als Erfolgsbericht der Öffentlichkeit präsentiert.“²³⁷

Kritik am Kurs der Bundesregierung in der Entwicklungspolitik

Bis 1983 waren die Angriffe der oppositionellen Abgeordneten auf die Bundesregierung eher allgemein, zumindest beim Thema der Entwicklungshilfe. Scheinheiligkeit und Postenschacher waren die Vorwürfe der Opposition, was die Entwicklungspolitik der Bundesregierung anging. Insofern stellte die 1983 getätigte Aussage des ÖVP-Abgeordneten Steinbauer eine Premiere dar. Er kritisierte nicht ein Zuwenig an tatsächlich geleisteter Hilfe, sondern dass sie nach parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben werde – und das mit ziemlicher Schärfe: „Mein Vorschlag: Man möge in Zukunft nicht aus ideologischer Fixierung und schon gar nicht nach Beschlüssen der Sozialistischen Internationale die österreichische Entwicklungshilfe ausrichten, man möge sich sorgsam dort, wo die Menschenrechte eklatant verletzt werden, zurückhalten und man möge sicherlich Militärstaaten – wie zum Beispiel Kuba – nicht weiter mit unserem Geld unterstützen. Ich glaube aber auch, daß die ideologischen Scheuklappen dort nicht angebracht sind, wo etwa die Faszination mit Planwirtschaft offenkundig ist. [...] Ich fordere auf, weniger ideologisch vorzugehen, sondern mehr auf die Fakten zu schauen, daß die Faszination, nur Planwirtschaft könne die Welt retten – sie mag vielleicht bei der Sozialistischen Internationale Leitlinie sein –, weniger als bisher die Auswahl der Länder und das Kriterium der Hilfe sein sollte.“²³⁸

Steinbauers Vorwurf, die Bundesregierung gestalte die Entwicklungshilfe nach partei- und nicht nach entwicklungs-politischen Grundsätzen, ist eigentlich eine Anklage des Amtsmisbrauchs. Sie wiegt schwerer als sein zusätzlicher (und indirekt geäußerter)



²³⁶ StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9533f.

²³⁷ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1455

²³⁸ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1434

Vorwurf, die Regierung würde Steuergelder verschwenden (was sich bei Oppositionsabgeordneten aus allen Parteien gleichfalls großer Beliebtheit erfreut, allerdings zumeist bei anderen Themenbereichen als der Entwicklungspolitik).

Die Bundesregierung habe kein Konzept für die EZA

Anfang der 1980er Jahre hatte die Bundesregierung laut der soeben zitierten Aussage Steinbauers die Entwicklungshilfe noch ernst genommen, auch wenn sie, seiner Ansicht nach einen falschen Kurs verfolgte. Der Regierung Schüssel war zwar die EZA nicht komplett gleichgültig, aber wie eigentlich überall, so hatte sie auch in diesem Bereich kein Konzept, meinten 2003 zumindest die SPÖ-Abgeordneten Bayr und Muttonen sowie die Abgeordneten Lunacek von den Grünen.

„Die Bundesregierung macht mit dieser Novelle dieses ein Jahr alte EZA-Gesetzes quasi die Reform der Reform. Das zeugt einerseits von der Planlosigkeit in diesem Bereich der Außenpolitik, und zum anderen bestätigt es durchaus die Kritik der SPÖ, dass es mit dem EZA-Gesetz [...] nicht gelungen ist, eine sinnvolle gesetzliche Konzeption für die ÖEZA zustande zu bringen“²³⁹, erklärte die SPÖ Abgeordnete Bayr 2003 im Nationalrat, womit sie außerdem implizierte, dass die SPÖ viel eher für die verantwortungsvolle Aufgabe des Regierens geeignet sei als ÖVP und FPÖ.

Abgeordnete Lunacek von den Grünen warf der Bundesregierung in der selben Debatte vor, Gesetze von zweifelhaftem Nutzen im Nationalrat einzubringen. Für eine oppositionelle Abgeordnete ist das nicht ungewöhnlich. Sie verschärfte ihre Kritik aber noch dadurch, dass sie der Außenministerin unterstellte, nicht einmal selbst zu wissen, warum sie dieses neue Gesetz überhaupt wolle, eine Premiere in der Debatte um Entwicklungsgesetze im Nationalrat: „Sie, Frau Ministerin [Außenministerin Ferrero-Waldner, 2003 auch für die staatliche EZA Österreichs verantwortlich] haben uns weder im Unterausschuss noch im Ausschuss eine Antwort darauf geben können, warum das [die Gründung der ADA] tatsächlich effizienter sein werde. Sogar der Rechnungshof sagt, es sei nicht klar, warum das einfache Hernehmen einiger Leute der Sektion VII [die Sektion VII war 2003 die für die staatliche EZA zuständige Abteilung im Außenministerium], die dann wahrscheinlich ein anderes Türschild bekommen, auf dem

□

²³⁹ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 198

dann ‚Austrian Development Agency‘ und nicht mehr Sektion VII des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten steht, tatsächlich mehr Effizienz bewirken soll.“²⁴⁰

Die Bundesregierung handle immer viel zu unüberlegt und richte damit mehr Schaden als Nutzen an, auch in der Entwicklungspolitik, meinte 2003 die SPÖ-Abgeordnete Muttonen: „Damit bin ich wieder bei der überhöhten Geschwindigkeit und dem außer Kontrolle geratenen Kurs dieser Bundesregierung. Es ist leider immer dasselbe. Er ist konzeptlos und viel zu schnell, oft nicht wirklich durchdacht und nicht besprochen [...].“²⁴¹ Auch hier schwingt die Aussage mit, dass eine SPÖ-Regierung weitaus professioneller handeln würde, zum Wohl von EZA und Republik.

Umgehung der Kontrolle

1986 warf erstmals ein Abgeordneter des Nationalrats der Bundesregierung vor, bei den Entwicklungsgesetzen das Parlament zu wenig zu informieren. Das war der ÖVP-Abgeordnete Schüssel: „Ja, Herr Abgeordneter [Veselsky], wenn es Ihnen so wichtig ist, wenn Sie es eilig haben mit einem Ja zur Entwicklungshilfe – ich habe gar nichts dagegen –, dann sollten Sie aber auch dafür Sorge tragen, daß es Ihre Regierung und Ihre Vertreter eilig haben, die Abgeordneten, auch Sie, zu informieren.“²⁴²

Als Wolfgang Schüssel 17 Jahre später, 2003, als Kanzler der Bundesregierung vorstand, musste er sich einen noch schwereren Vorwurf gefallen lassen. Die Abgeordnete Lunacek von den Grünen warf der Regierung vor, die ADA nicht nur zur Verbesserung der EZA zu gründen, sondern auch, um durch sie die Kontrolle des Nationalrats zu umgehen: „Das ist ja einer der Gründe; es wird nicht wirklich gewünscht, dass es diese [parlamentarische] Kontrolle weiterhin gibt.“²⁴³ Laut Lunacek hatte die Bundesregierung also ganz bewusst ein Gesetz so konstruiert, um die parlamentarische Kontrolle möglichst gut zu umgehen.²⁴⁴



²⁴⁰ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 201

²⁴¹ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 209

²⁴² StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12557

²⁴³ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 202

²⁴⁴ Was auch immer die Beweggründe der Regierung waren, festzuhalten bleibt, dass die parlamentarische Kontrolle über die ADA, obwohl zu 100 Prozent eine staatliche Gesellschaft, nur indirekt ist. Der Nationalrat hat zwar, durch das allgemeine Budgetgesetz, auch das Gesamtbudget der ADA zu

Dass die Regierung für ihre verantwortungsvolle Aufgabe sowieso ungeeignet sei, das gehört zu den grundsätzlichen Überzeugungen jeder Opposition, nicht nur der SPÖ-Abgeordneten Muttonen. Ihr 2003 geäußerter Vorwurf suggeriert, dass die Bundesregierung ihr eigenes Versagen auch erkannt habe, aber versuche, dieses Faktum zu verbergen: „Sehr interessant finde ich auch folgenden Aspekt: Es verdichten sich zunehmend die Gerüchte, dass im Außenministerium bereits seit einiger Zeit ein interner Prüfbericht über die EZA existiert, über dessen Ergebnisse anscheinend Stillschweigen gewahrt wird. Vielleicht ist es auch ein Verschweigen; ich weiß es nicht. Wenn man aber nichts davon hört und dieser Bericht irgendwo in einer Lade verschwindet, dann stellt sich schon die Frage: Sind denn die Resultate so schlimm, dass man sie nicht veröffentlichen kann?“²⁴⁵

2.8.2. Angriffe auf die Opposition in ihrer Gesamtheit

Wie aus dem vorherigen Kapitel ersichtlich, gehörten (und gehören) Angriffe der Opposition auf die Bundesregierung zum politischen Alltag im Nationalrat. Gegenangriffe von Abgeordneten der Regierungsparteien auf die Opposition in ihrer Gesamtheit sind aber eine vergleichsweise neue Erscheinung, zumindest bei den EZA-Debatten. Zwar haben schon früher Abgeordnete von Regierungsparteien Oppositionelle kritisiert, aber dann entweder eine einzelne Partei (zeitweise gab es ja auch nur eine Oppositionspartei) oder den Oppositionellen direkt (siehe Kapitel 2.8.3 und 2.8.4). Angriffe auf die (aus mehreren Parteien bestehende) Opposition in ihrer Gesamtheit haben, anlässlich einer Nationalratsdebatte um ein Entwicklungsgesetz, aber bisher nur in den Jahren 2002 und 2003 stattgefunden. Vermutlich liegt das hauptsächlich an den politischen Umständen, d. h. daran, dass in früheren Legislaturperioden die Oppositionsparteien einander teilweise misstrauischer gegenüber standen als der Bundesregierung. Das lässt sich besonders gut an den Beziehungen der Oppositionsparteien der 1990er zeigen. FPÖ, Grüne und Liberales Forum bildeten damals

□

genehmigen, aber er hat aber keine direkte Kontrolle über ihre Verwendung. Direkt verantwortlich ist die ADA außerdem allein dem Außenminister. vgl.: § 8 des Bundesgesetz zur Änderung des EZA-Gesetzes. hier zitiert nach: http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXII/I/1_00149/fname_005315.pdf (letzter Zugriff: 8. 7. 2007)

²⁴⁵ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 208

die Opposition. Diese drei Parteien standen aber in vielen Fragen einer der beiden Regierungsparteien (SPÖ oder ÖVP) näher als einer der beiden anderen Oppositionsparteien. Daher war eine gemeinsame Oppositionspolitik sehr viel seltener als in den Jahren der Regierungen Schüssel (2000-2006). In diesem Zeitraum war die politische Landschaft in Österreich so polarisiert wie noch nie in der zweiten Republik. Ein tiefer Graben trennte Regierung und Opposition. Die Oppositionsparteien arbeiteten mehr und besser als früher zusammen und wurden deshalb wahrscheinlich viel eher als eine „Einheit“, als „die Opposition“, wahrgenommen und deshalb auch so kritisiert, als in den 1990ern.

Im Gegensatz zur Bundesregierung, der im wesentlichen immer wieder das gleiche vorgeworfen wurde (Postenschacher, Scheinheiligkeit, falsche Politik, Vermeidung von Kontrolle), sind die Angriffe auf die gesamte Opposition vielfältiger. Sie reichen vom Vorwurf der Vernachlässigung der eigenen Bevölkerung zugunsten der EZA bis zur Aussage, dass sich die Opposition nicht wirklich mit der EZA identifiziere.

Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung

Jörg Haider bezeichnete manche seiner Gegner verächtlich als „Gutmenschen“, womit er ausdrücken wollte, dass seine Gegner über das Verfolgen ihrer hohen Ideale längst den Kontakt zu Realität verloren hätten. Ganz in dieser Tradition seines früheren Parteichefs bewegte sich die Attacke des freiheitlichen Abgeordneten Fallent im Jahr 2002, auch wenn er das Wort „Gutmenschen“ nicht aussprach: „Eines liegt mir ganz besonders am Herzen, Ihnen von der SPÖ und Grünen mitzuteilen. Sie kennen sicher das Sprichwort: Du sollst nicht in der Ferne [sic] schweifen, denn das Gute ist so nah. Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ und den Grünen: Sie sollen nicht **nur** in der [sic] Ferne schweifen, denn die Armut ist so nah! Die Armut in Österreich ist groß. **400.000** Menschen leben in Armut, und eine Million Menschen am Rande der Armut – das Ergebnis einer verfehlten Sozialpolitik der SPÖ der letzten 30 Jahre.“²⁴⁶

Neben diesem „Gutmenschen-Vorwurf“ gab der Abgeordnete noch zu verstehen, dass in seinen Augen die FPÖ die Partei sei, die zwar ja zur EZA sage, aber dafür nie und nimmer die Österreicher vernachlässigen würde – einen Standpunkt, den die FPÖ heute

□

²⁴⁶ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 101

als „Österreich zuerst“ definieren würde. Außerdem sei die SPÖ Schuld daran, dass in Österreich so viele Menschen in Armut leben und nicht die ÖVP-FPÖ-Regierung, gab der Abgeordnete zu verstehen.

Die Opposition identifiziere sich nicht wirklich mit der EZA

Ganz anders als der freiheitliche Abgeordnete Fallent schätzte die ÖVP-Außenministerin Ferrero-Waldner die Opposition ein. Während ihr Fallent in der Opposition „Gutmenschen“ sah, die zugunsten der EZA das eigene Volk vernachlässigen, warf Ferrero-Waldner der Opposition vor, sich nicht voll mit der EZA zu identifizieren und das „Ownershipprinzip“ zu missachten: „Der einzige Unterschied gegenüber dem Vorschlag der AGEZ²⁴⁷ ist, dass die Regierungsvorlage vorsieht, dass “in erster Linie“ die Kapazitäten der Entwicklungsländer zu nutzen sind. Ich frage Sie [die Abgeordneten der Opposition]: Was ist daran schlecht? Glauben Sie wirklich, dass wir die Interessen der österreichischen NGOs über die Partnerländer stellen sollen? Wo bliebe dann das Prinzip der Ownership?“²⁴⁸

Die Opposition jammere, die Regierung handele

So wie die ÖVP-Abgeordnete Felzmann die Haltung der Opposition zur Novellierung des EZA-Gesetzes 2003 darstellte, bestand die Opposition nicht etwa aus „Gutmenschen“, sondern aus ausgemachten Miesepetern. Da erfüllte, Felzmanns Ansicht nach, die Bundesregierung endlich eine langjährige Forderung der in der EZA tätigen NGOs und erhöhte die Mittel für die EZA, genauer gesagt, sie ermöglichte den österreichischen EZA-NGOs durch das neue Gesetz den Zugang zu den von der EU bereitgestellten EZA-Geldern, und was tue die Opposition? Die Opposition, die immer eine Erhöhung der EZA-Mittel gefordert hatte, stimme nun dagegen, was die Abgeordnete überhaupt nicht verstand und so kommentierte: „Es ist bedauerlich, dass das seitens der Opposition negativ gesehen wird. Sicher ist, dass viele NGOs diese Agentur begrüßen und sehr



²⁴⁷ Die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit wurde 1988 gegründet um die gemeinsamen Anliegen der österreichischen NGOs gegenüber Regierung und Öffentlichkeit besser vertreten zu können. Derzeit (2007) gehören ihr 33 NGOs an, Vorsitzender der AGEZ, ist der ehemalige ÖVP-Abgeordnete Steinbauer. vgl. Agez. in: <http://www.oneworld.at/AGEZ/> (letztes Zugriffsdatum: 4. 6. 2007)

²⁴⁸ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 149

zufrieden sind, dass es nun möglich ist, an die Fördergelder der EU heranzukommen. Wir begrüßen das, wir unterstützen diesen Entwurf, und wir bedauern es, wie gesagt, dass die Opposition da nicht mitzieht. Auch Sie fordern die Aufstockung der Mittel schon seit langer Zeit. – *Sie* haben es gefordert, *aber* wir realisieren es!“²⁴⁹ Ziel dieser Aussage der Abgeordneten war es, die Opposition als machtlos und jammernd darzustellen, während die Regierung erfolgreich handele, was eine nicht unübliche Taktik von Regierungen ist.

Warum die Opposition der Novellierung des EZA-Gesetzes nicht zustimmte

Warum die Opposition 2003 gegen dieses Gesetz stimmte, beschäftigte nicht nur die ÖVP-Abgeordnete Felzmann, sondern auch ihren Kollegen von der FPÖ, den Abgeordneten Mainoni, der gleich zwei Gründe für dieses Verhalten der Opposition anführte – verletzte Eitelkeit und die Furcht, an Einfluss zu verlieren:

„Wenn ich so die Argumentation der Opposition höre, muss ich sagen. Es ist der klassische Versuch, etwas, was Sie [die Opposition] im Wesen als positiv erkennen, trotzdem negativ darzustellen und schlecht zu machen, einfach deswegen, weil es von den Regierungsparteien ist. [...] Die Frau Kollegin Bayr hat zum Beispiel auch nicht gesagt, dass die Ausgliederung [der staatlichen EZA an die ADA] Unsinn ist. Sie hat um den Brei herumgeredet und gemeint, sie sei nicht sinnvoll und so weiter. Das Ergebnis des Ganzen ist nichts anderes als: Die Opposition will und kann nicht zustimmen. Sie, Frau Kollegin Lunacek, haben auch gesagt, dass Sie grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden haben. Das impliziert ja gleichfalls, eigentlich hätten Sie es ja auch wollen, nur ist es von der Regierungspartei, und deshalb geht es nicht.“²⁵⁰

Ein Standardvorwurf der Opposition gegen die Bundesregierung ist der des Postenschachers (siehe oben). Der Freiheitliche Mainoni, 2003 Abgeordneter der Regierung, drehte bei der in diesem Jahr stattfindenden Debatte über die Novellierung des EZA-Gesetzes aus dem Jahr 2002 den Spieß um und warf der Opposition seinerseits vor, ihre Parteiinteressen vor das allgemeine Wohl zu stellen: „Was vor allem wichtig ist – und da bin ich sicherlich anderer Ansicht als Sie, Frau Lunacek, und auch Sie von den

□

²⁴⁹ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 207f.

²⁵⁰ StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 209

Sozialdemokraten –, ist, dass sie [die ADA] dem parteipolitischen Einfluss entzogen wird.“²⁵¹

2.8.3. Angriffe auf einzelne Parteien

In den Debatten über die Entwicklungsgesetze sind solche Angriffe erst ab 1983 verzeichnet. Die Abgeordneten warfen anderen Parteien Inkonsistenz, Scheinheiligkeit und Unwissen vor, die Vorwürfe bewegten sich also innerhalb des „normalen politischen Alltagsgeschehens“. Da die Parlamentsprotokolle bei solchen Angriffen kaum Zwischenrufe vermerken, nehme ich nicht an, dass sich die einzelnen Abgeordneten schwer beleidigt gefühlt haben. Nur einmal wurde bei der Debatte um ein Entwicklungsgesetz dieser Rahmen gesprengt, und zwar 1983 vom SPÖ-Abgeordneten Konečný. Er beschuldigte die ÖVP, die Diktatur in El Salvador zu unterstützen, an wahrhaft sehr schwerwiegender Vorwurf für eine demokratische Partei! Das stenographische Protokoll verzeichnet sofort nach diesem Vorwurf einen erregten Wortwechsel zwischen ihm und dem ÖVP-Abgeordneten Khol²⁵².

Inkonsistenz

Die SPÖ erklärte sich einerseits solidarisch mit den Befreiungsbewegungen in den verschiedensten Entwicklungsländern, andererseits hinderte sie das nicht, mit genau jenen Regierungen, die gegen diese Befreiungsbewegungen kämpften, gute Geschäfte für die Republik Österreich abzuschließen, eine inkonsistente Haltung, auf die 1983 der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer genüsslich hinwies: „[...] wenn ich darauf aufmerksam mache, daß die sozialistische Volkshilfe Schulen für die Polisario²⁵³ errichtet und daß die sozialistischen Minister Panzer für die marokkanische Regierung liefern. Beides ist etwas, was ich nicht mehr als vereinbar betrachte, und ich würde Ihnen [der SPÖ]



²⁵¹ ebd.

²⁵² StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1452

²⁵³ Frente Popular para la Liberación de Saguia el Hamra y Río de Oro, d. h. Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Rio de Oro. Diese Vereinigung kämpft, bis 1991 bewaffnet, für die Unabhängigkeit der von Marokko besetzten Westsahara. vgl. Schicho, Walter: Handbuch Afrika. Band 3, Nord und Ostafrika. Frankfurt am Main. Brandes & Apsel/Südwind, 2004, S. 43ff.

vorschlagen, solche Sachen zu überprüfen, bevor Sie das stolze Bekenntnis für Befreiungsbewegungen verkünden.“²⁵⁴

Unterstützung der Diktatur in El Salvador

In jedem Krieg werden die Menschenrechte verletzt, in Diktaturen sowieso. In den 1980er Jahren waren Nicaragua und El Salvador in blutigen Bürgerkriegen versunken, in beiden Ländern regierten damals Diktaturen. Während die Regierung El Salvadors aber pro-westlich war, bekannte sich die nicaraguanische zum Sozialismus. Die friedliche Beilegung dieser Konflikte wurde auch durch den Kalten Krieg verhindert. Sowohl Kuba (nicht nur in „Vertretung“ der UdSSR), als auch die USA gewährten „ihren“ Regierungen bzw. „ihren“ Rebellengruppen gerne Unterstützung im Kampf gegen den jeweiligen Feind. Auch dadurch hatten die Kriegsparteien jahrelang einen höheren Anreiz, eine Entscheidung auf dem Schlachtfeld zu suchen, anstatt am Verhandlungstisch, was die Kriege natürlich verlängerte.²⁵⁵

Die US-Regierung wollte kein „zweites Kuba“, d. h. einen neuen kommunistischen Staat in Lateinamerika dulden. Sie forcierte deshalb Geheimoperationen der CIA, unterstützte die „Contras“, die Rebellen in Nicaragua, und arbeitete verstärkt mit repressiven, aber pro-westlichen Regimes wie dem El Salvadors zusammen²⁵⁶. Umgekehrt halfen insbesondere Kuba, aber auch andere kommunistische Staaten der nicaraguanischen Regierung mit (unter anderem) Militär- und Polizeiberatern, sowie den Rebellen in El Salvador.²⁵⁷

Was hatten diese Konflikte nun mit dem neutralen und weit entfernten Österreich zu tun? Wie schon oben angeführt, hatte die SPÖ-Regierung beschlossen, Nicaragua zu unterstützen; natürlich nicht mit Militärberatern, aber mit Mitteln aus der Entwicklungshilfe. Dies wiederum stieß auf harte Kritik bei der ÖVP, so dass die



²⁵⁴ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1434

²⁵⁵ Zur US-Außenpolitik gegenüber El-Salvador und Nicaragua in den 1980er Jahren vgl. Schröck, Alexander: Die Außenpolitik der USA in Mittelamerika am Beispiel von Nicaragua und El-Salvador bis zum Ende der Regierung Reagan. Diplomarbeit, Universität Wien, 1990, S. 47-87 und 106-119
Zum Bürgerkrieg in El-Salvador und der Rolle, die die USA in diesem Konflikt einnahmen, vgl. Byrne, Hugh: El Salvador's Civil War. A Study of Revolution. Boulder. Rienner, 1996, S. 74ff.

²⁵⁶ vgl: Woodward, Bob: Geheimcode Veil: Reagan und die geheimen Kriege der CIA. München. Droemer/Knaur, 1987, S. 659f.

²⁵⁷ Isaacs/Downing: 2001, S. 337 und Fontaine, Pascal: Nicaragua. Das Scheitern eines totalitären Projekts. in Courtois/Werth: 2004, S. 737

„Nicaragua-Hilfe“ in den 1980er Jahren zum Dauerbrenner in der österreichischen Entwicklungspolitik wurde, zum „ideologischen Stellvertreterkrieg“ zwischen SPÖ und ÖVP, wobei beide Seiten in ihrer Wortwahl nicht zimperlich waren. Anlässlich des Entwicklungshelfergesetzes von 1983 gerieten SPÖ und ÖVP wegen der „Nicaragua-Hilfe“ wieder einmal aneinander. Die diesbezüglichen Vorwürfe, welche die Volkspartei bei dieser Debatte erhob, habe ich schon im Kapitel 2.3.1. behandelt, jetzt gehe ich auf die Replik der SPÖ, genauer gesagt die des SPÖ-Abgeordneten Konečny ein.

„Ich würde Sie [ÖVP-Abgeordneten Ermacora] aber auch einladen, Menschenrechtsberichte über Länder zu lesen, denen von Seiten Ihrer Internationale, Ihrer Bruderparteien, Persilscheine ausgestellt werden. Wenn ich nur an El Salvador denke: Was dort an Menschenrechtsverletzungen stattfindet, ist mit normalen Begriffen kaum noch zu messen.^[258] Es waren Angehörige Ihrer Partei [der ÖVP], die diesem Regime für seine Wahlfarce^[259] einen Persilschein ausgestellt haben. [...] Jene Wahlfarce, der Sie [die ÖVP] den Persilschein ausgestellt haben, hat es ermöglicht, daß diese Todesschwadronen ungestört wirken können, ungestört morden können. Das sollte beim Ausstellen solcher Persilscheine doch zu Nachdenkprozessen führen.“^[260] Mit dieser Wortmeldung beschuldigte Konečny die ÖVP der Komplizenschaft mit einer brutalen Diktatur, die, seiner Aussage zufolge, die Menschenrechte so oft und so schwer verletzte, dass es „mit normalen Begriffen kaum noch zu messen“ sei.

Diktaturen und ihre Opfer gegeneinander aufzurechnen hat wenig Sinn, schließlich ist jede Regierung, die Menschen ermorden lässt, zu verurteilen. Beide österreichischen Großparteien haben offenbar, zumindest in den 1980er Jahren, Diktaturen direkt oder indirekt unterstützt und ihr diesbezügliches Engagement mit humanitären Gründen verteidigt. Es war damals auch noch weitaus schwieriger als heute, demokratisch regierte Entwicklungsländer zu finden. Aber anstatt offen und ehrlich über das Problem zu sprechen, ob, bzw. in wie weit es vertretbar ist, einer Diktatur Entwicklungshilfe zu gewähren, zogen es SPÖ und ÖVP vor, sich einen ideologischen Stellvertreterkrieg zu



²⁵⁸ Eine der massivsten „Menschenrechtsverletzungen“ im salvadorianischen Bürgerkrieg fand am 13. 12 1981 statt, als die Armee El-Salvadors ca. 800 Zivilisten in der salvadorianischen Ortschaft El Mozote ermordete. Zu diesem Massaker vgl. Danner, Mark: The Massacre at El Mozote. A Parable of the Cold War. London. Paperback, 1994

²⁵⁹ Zu den Vorwürfen einer „Wahlfarce“ vgl. Schröck, 1990, S. 113ff.

²⁶⁰ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1452

liefern, so dass sich die staatliche österreichische Entwicklungszusammenarbeit erst in den 1990ern konkrete Gedanken zu diesem Thema machte²⁶¹. Nikaragua selbst ist übrigens seit 1990 eine Demokratie und gehört seit 1992 (seit diese Bezeichnung existiert) zu den Schwerpunktländern der österreichischen EZA²⁶². 2006 wurde der frühere Diktator, Daniel Ortega, in freien Wahlen zum Präsidenten gewählt.²⁶³

Scheinheiligkeit

Vertreter der Volkspartei hatten der SPÖ oft Inkonsistenz und Scheinheiligkeit vorgeworfen. 1986 mussten sie sich eben-diesen Vorwurf selbst gefallen lassen. Der SPÖ-Abgeordnete Veselsky appellierte an die ÖVP-Abgeordneten, dass: „[...] Sie bei der nächsten Gelegenheit Ihre Politik wiederum konform mit Ihren Erklärungen gestalten, und zwar im Interesse des Gesamtgeschehens der österreichischen Politik. Sie können damit einen Beitrag leisten, so wie wir einen Beitrag leisten werden, wir, die wir mit Ja stimmen werden, damit doch mehr Entwicklungshilfe geleistet wird.“²⁶⁴

Unwissenheit

Nur zu oft nützten (und nützen) Entwicklungsgelder nicht der Entwicklung, sondern der persönlichen Bereicherung durch korrupte Verantwortliche. Wenn es in einem Empfängerland keine funktionierende Justiz und nicht einmal ein Minimum an Stabilität gibt, haben Entwicklungsgelder kaum positive Auswirkungen auf die Entwicklung des Empfängerlandes und versickern in korrupten Kanälen.²⁶⁵ Es ist daher viel wichtiger und zielführender, wenn die Geber streng auf die richtige Verwendung ihrer (Entwicklungs-) Gelder achten, anstatt einfach die EZA-Mittel zu erhöhen. Diese logische



²⁶¹ Die Richtlinien, die damals festgelegt wurden, sind in: Rivera-Aboleda, Fredy: Die österreichische Entwicklungspolitik aus dem Blickwinkel der Menschenrechte dargestellt am Beispiel Guatemalas und Nicaraguas in der Zeit von 1979-1986. Diplomarbeit, Universität Wien, 1994, S. 87-93

²⁶² ada: Zentralamerika. in: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/zentralamerika.html> (letzter Zugriff 14. 3. 2009) was dieser Status für die österreichische EZA mit Nicaragua bedeutet, vgl. Ostermann, Gudrun: Die Bezeichnung “Schwerpunktland der österreichischen EZA“ und ihre Bedeutung für Nicaragua. Diplomarbeit, Universität Wien, 2003, S. 47-79

²⁶³ vgl. Kaestner, Uwe: Lateinamerika-Rückblick auf das Wahljahr 2006. S. 11f. hier zitiert nach: <http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2007/LA-2006.pdf> (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

²⁶⁴ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12554

²⁶⁵ vgl. economiesuisse: Aktuelle Probleme der schweizerischen Entwicklungshilfe. 14. 5. 2007, S. 3 hier zitiert nach:

http://www.economiesuisse.ch/web/de/PDF%20Download%20Files/dospol_Global_20070514.pdf (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

Schlussfolgerung habe die SPÖ noch nicht gezogen, meinte 2002 die freiheitliche Abgeordnete Burket: „[...] dass die Hilfe, die gegeben werden muss, strukturiert sein muss, ebenso zielorientiert nachhaltig und effizient. Das ist keine Frage der prozentuellen Höhe der Summe, die man gibt, sonder eine, *was* man daraus macht. – Das ist jedoch ein Zugang, der Ihnen [der Abgeordneten Hlavac] von der SPÖ, Ihrer gesamten Partei, leider **völlig** fremd ist.“²⁶⁶

Im Kapitel 2.7. habe ich schon geschrieben, dass sich die Bundesregierung 2002 mit einem Entschließungsantrag der Opposition konfrontiert sah, die „0,7“ bis 2010 zu erreichen. Burket konterte nun den Vorwurf der Opposition, dass die Bundesregierung zu wenig Geld für die EZB ausgabe, mit dem Verweis, dass die Regierung die Entwicklungsgelder nun wesentlich effizienter einsetze. Damit implizierte sie auch, dass das unter der von der SPÖ geführten Vorgängerregierung nicht geschehen sei und dass es die SPÖ gar nicht kümmere, ob die Entwicklungsgelder möglichst effizient verwendet würden oder nicht.

2.8.4. Angriffe auf einzelne Politiker

Neben dem Angriff auf einzelne Parteien kam es im Zug der Debatte um Entwicklungsgesetze ab 1983 auch zu persönlichen Angriffen auf einzelne Politiker. Die Abgeordneten warfen einander u. a. Scheinheiligkeit, Unwissen, Desinteresse und Polemik vor und bezichtigten sich der Lüge. Zu den heftigsten persönlichen Angriffen auf Einzelpersonen kam es 1989 und 2002. 1989, bei der Debatte über die Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes, verwendete der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer seine gesamte Redezeit, immerhin volle zwölf Minuten, dazu seinem Vorredner, dem Grünen Abgeordneten Smolle, Polemik vorzuwerfen. In der Sache nicht weniger spektakulär war 2002 der Angriff der Grünen Abgeordneten Lunacek auf den Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider. Sie unterbreitete dem Nationalrat ihre schockierende Vermutung, dass Jörg Haider deshalb nicht die Entwicklungsgelder seines Bundeslandes auszahle, weil er dieses Geld für seine umstrittenen Irak-Reisen brauche!

□

²⁶⁶ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 151

Scheinheiligkeit

1983 war das letzte Jahr der Regierung Kreisky, eine Ära ging zu Ende. Was das verbale Engagement für die „Dritte Welt“ anging, war Kreisky seinen Vorgängern und Nachfolgern am Ballhausplatz weit voraus. In der tatsächlichen Bereitstellung von mehr Geldern für die Entwicklungshilfe drückte sich dieses Engagement allerdings nicht aus. Der Opposition blieb das natürlich nicht verborgen. 1974 hatte der ÖVP-Abgeordnete Kaufmann als erster Nationalratsabgeordneter auf diese Diskrepanz zwischen Rhetorik und Politik der Bundesregierung hingewiesen. Neun Jahre später, 1983, schlug sein Parteikollege Steinbauer in die gleiche Kerbe. Im Gegensatz zu Kaufmann, der allgemein die Bundesregierung bzw. die SPÖ für diesen Missstand verantwortlich gemacht hatte, sah Steinbauer die Verantwortung direkt bei Bruno Kreisky: „Gerade er [Bruno Kreisky] hat in den Jahren 1970/71 bis 1976 das eklatante Absacken der Leistungen für Entwicklungshilfe zu verantworten. Wir hatten in der Ära Klaus, der ÖVP-Alleinregierung, einen fulminanten Start in dieser Frage. Wir konnten damals wesentlich höhere Ergebnisse aufweisen. Leider wurde dieser Schwung der sechziger Jahre in den ersten siebziger Jahren verloren, bis zu jener Tiefstziffer, von 1976, wo wir 0,12 Prozent erreicht haben.“²⁶⁷

Es ist wahr, dass unter der vorherigen Regierung die Entwicklungshilfeausgaben stark gestiegen waren, ja verdoppelt wurden. 1966, im ersten Jahr der Regierung Klaus, gab Österreich ca. 0,3 Prozent für Entwicklungshilfe aus, womit sich die Ausgaben (wie um die Jahrtausendwende auch) auf einem sehr niedrigen Niveau befanden. 1970 dagegen, im letzten Jahr dieser Regierung, befanden sich diese Ausgaben auf der Höhe von 0,67 Prozent!²⁶⁸ So nahe war Österreich (zumindest offiziell) noch nie den „0,7“. Ein neues Entwicklungsgesetz hatte die Regierung Klaus aber nicht im Nationalrat eingebracht. Insofern ist es zwar ein wenig übertrieben, von einem „fulminanten Start“ zu sprechen, aber zweifellos hat die Regierung Klaus finanziell viel für die österreichische Entwicklungshilfe getan (wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend), vergleichsweise mehr als jede andere Bundesregierung.

□

²⁶⁷ StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1432

²⁶⁸ wobei allerdings ca. die Hälfte von diesen Geldern Exporthilfe war, vgl. Hödl, 2004, S. 227

Unwissenheit

1986, anlässlich der Debatte über den Beitritt zur Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft, leitete der ÖVP-Abgeordnete Koppensteiner seine Rede vor dem Nationalrat mit einem Bekenntnis zur Entwicklungshilfe ein. In der Entwicklungshilfe sah er auch die Verwirklichung christlicher Grundsätze. Dennoch lehnte die Volkspartei den Beitritt ab, was den FPÖ-Abgeordneten Grabher-Meyer zu folgender Kritik veranlasste: „Es mutet seltsam an, wenn ein ÖVP-Politiker hierherkommt und bei diesem Thema die christliche Soziallehre bemüht. Er meint, sich grundsätzlich zur christlichen Soziallehre und deshalb auch zur Entwicklungspolitik bekennen zu müssen. Dann meint er, in dieser christlichen Soziallehre wäre, wenn man von Entwicklungshilfe spricht, das Spenden von Überschußprodukten eines Industriestaats oder Überschußprodukten der Landwirtschaft vorgeschrieben; das sei Entwicklungshilfe. [...] Wenn das Ihre Vorstellung von Entwicklungspolitik ist, [...], dann tun Sie den Menschen, die diese Hilfe dringend notwendig brauchen, einen Bärendienst.“²⁶⁹

Der Abgeordnete Grabher-Meyer warf dem ÖVP-Abgeordneten Koppensteiner also Unwissenheit (wenn nicht gar Heuchelei) über die Forderungen der christlichen Soziallehre zur Entwicklungspolitik vor, da diese nachhaltige Hilfe und keine Almosen verlangt, weil ansonsten nur bestehende Abhängigkeit zementiert werden.²⁷⁰

Polemik

Der längste persönliche Angriff, den ein Abgeordneter auf einen anderen während einer Debatte um ein EZA-Gesetz geführt hat, fand, wie schon erwähnt, 1989 statt. Seine gesamte Redezeit verwendete der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer dafür, seinem Vorrredner, dem Grünen Smolle, Polemik vorzuwerfen: „Mit Bedauern muß ich zu dieser Rede sagen: Smolle, das ist ein Bärendienst für die ohnehin schwierige Entwicklungshilfe gewesen. Kleingeld, innenpolitisches Kleingeld auf dem Rücken der Dritten Welt, bei diesem Pult erben zu wollen, [...] mit alten Zahlen zu kommen, die Entwicklung nicht

□

²⁶⁹ StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12554

²⁷⁰ Zur christlichen Soziallehre vgl: Messner, Johannes: Kurz gefasste christliche Soziallehre.

Erzbischöfliches Sekretariat-Hausdruckerei der Erzdiözese Wien, 26. 9. 2001, hier zitiert nach:

http://www.univie.ac.at/messner-gesellschaft/christliche_soziallehre.pdf (letztes Zugriffsdatum: 13. 7. 2007)

mehr zu kennen und das Gesetz nicht zu verstehen, das war ein Paket von Nichtwissen und Polemik, das man wirklich mit Bedauern zurückweisen muß.“²⁷¹

Der Vorwurf, ein wichtiges Thema für innenpolitische Zwecke zu missbrauchen, ist nicht ungewöhnlich und findet im Nationalrat immer wieder statt. Steinbauer führte seinen Vorwurf weiter: „Gerade an diesem Schritt [der mehrjährigen Finanzierung von Entwicklungsprojekten] soviel Polemik anzuhängen, war parlamentarischer Substandard, wirklich wahr, und auch entwicklungspolitisch ein Bärendienst, denn: Die Entwicklungshilfepolitik werden wir nicht mit ideologischen, mit donnernden Polemiken retten und in Ordnung bringen, sondern mit einem schrittweisen Aufforsten. [...] Würde Kollege Smolle etwas von Entwicklungshilfe verstehen, dann würde er wissen, daß man die Projekte für eine solche Aufstockung nicht über Nacht finden kann. Würde Smolle etwas von Entwicklungshilfe verstehen, dann würde er längst wissen, daß Steinbauer [der Redner selbst] seit Jahr und Tag eine Schwerpunktsetzung für die ärmsten Länder verlangt und das in der Zwischenzeit durchgeführt wird. [...] Kollege Smolle, es ist ja so einfach, da herauszugehen. Ich gestehe, auch ich bin da und dort dieser Verlockung erlegen, aber ich habe nie eine ganze Tirade in diese Richtung abgefeuert, ich habe nie damit nur polemisiert. [...] aber wer fair ist – ein Begriff, mit dem sich Kollege Smolle noch mehr vertraut machen muß –, wer fair ist und parlamentarisch fair vorgehen will, der muß natürlich auch die Zahlen nennen, [...].“²⁷²

Warum Smolle nicht mit Steinbauer zusammenarbeitete, obwohl sich dieser doch, nach eigener Aussage, seit „Jahr und Tag“ für die Verbesserung der Entwicklungspolitik einsetzte, erklärte Abgeordneter Steinbauer so: „Wenn man mit dem Kollegen Smolle vernünftig reden könnte, dann würde man ihm sagen: Laßt uns gemeinsam die Steigerung bei den least developed countries – bei den ärmsten Ländern in der Sprache von Smolle – weitertreiben, aber nicht von vornherein leugnen, daß es eine solche Steigerung gegeben hat. [...] [D]aß jemand mit dem Kleingeld der Polemik, mit dem Kleingeld kleinlicher Interessen so riesenhafte Probleme bewältigen will, [...] Daher meine abschließende Bitte an Smolle: Verzichte einmal in deinem Leben auf Polemik, verzichte einmal in

□

²⁷¹ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S.13895

²⁷² StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S.13896

deinem Leben auf Kleingeld und versuche, für die Dritte Welt gemeinsam mit den anderen etwas zustande zu bringen.“²⁷³

Dieser Darstellung Steinbauers zufolge muss Smolle der polemischste Abgeordnete in der Geschichte der zweiten Republik gewesen sein.

Nachdem der ÖVP-Abgeordnete Steinbauer schon seine gesamte Redezeit für den Angriff auf Smolle verwendet hatte, verzichtete die nächste Rednerin, die freiheitliche Abgeordnete Motter, auf eine längere Auseinandersetzung mit Smolles Rede. Sie meinte lediglich: „Auch ich würde mir wünschen, daß du nicht so polemisch wärst, denn um der Sache willen und für die Entwicklungspolitik sollten wir alle mehr zusammenarbeiten und dadurch auch mehr erreichen.“²⁷⁴

Verglichen mit den Aussagen Steinbauers, sind diese Sätze Motters eigentlich mehr eine freundliche Ermahnung an einen Kollegen als ein Angriff auf einen politischen Gegner.

Desinteresse

Desinteresse an der Entwicklungspolitik warf Abgeordnete Jäger von der SPÖ dem Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, vor: „[...] In Kärnten gibt es einen Entwicklungshilfefonds. Da gibt es einen Fachbeirat. Seit zwei Jahren wollen die Leute, dass diese Gelder ausbezahlt werden, dass Projekte unterstützt werden. Seit zwei Jahren wird dieser Fonds blockiert. – So viel zur humanitären Hilfe des Herrn Landeshauptmannes Haider.“²⁷⁵

Abgeordnete Jäger äußerte keine Vermutung, warum Jörg Haider die Auszahlung der Entwicklungsgelder blockierte. Weniger zurückhaltend war ihre Kollegin, Abgeordnete Lunacek von den Grünen. Sie ging genauer auf dieses Thema ein und ergänzte ihre Kollegin Jäger. Außerdem griff sie Jörg Haider direkt an: „In Kärnten gibt es nämlich einen Beirat für Entwicklungshilfe, und wissen Sie, wer den Vorsitz in diesem Beirat führt? – Der Herr Landeshauptmann. Jörg Haider heißt er, [...] und sein Vertreter ist der FPÖ-Klubobmann Martin Strutz. Die beiden haben seit eineinhalb Jahren diesen Beirat nicht mehr einberufen, haben auch die Gelder nicht ausgezahlt – die wenigen Gelder; ungefähr 1 Million Schilling, 72 673 €. Die hätten letztes Jahr für nachhaltige

□

²⁷³ StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S.13897

²⁷⁴ ebd.

²⁷⁵ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S.99

Waldbewirtschaftung, für Wasserversorgung, für Bereitstellung von Saatgut ausbezahlt werden sollen. – Nichts davon ist geschehen! Der Herr Landeshauptmann Haider fährt lieber in den Irak und lässt sich dort mit dem Diktator Saddam Hussein fotografieren, als dass er in Kärnten Geld dafür ausgibt, das ohnehin schon bereitgestellt ist! Er ist nicht einmal bereit, das auszugeben. [...] Nein, nichts geschieht! In Kärnten passiert einfach bezüglich Entwicklungshilfe nichts mehr. Vielleicht braucht der Herr Haider das Geld für seine Irak-Reise.“²⁷⁶

Jörg Haider hatte am 11. Februar 2002 eine Reise in den Irak unternommen und dabei die „Grüße des österreichischen Volkes“ überbracht. Die Reise, obwohl als privat deklariert, unternahm Jörg Haider laut eigener Aussage auch aus humanitären Gründen und zum Wohl der österreichischen Wirtschaft. Sie brachte ihm in Österreich und im Ausland viel Kritik ein. Neben bissigen Bemerkungen wie dieser, reagierte die Opposition auf Jörg Haiders Irak-Reisen (Jörg Haider flog mehrmals in den Irak, der Besuch vom 11. Februar 2002 ist aber der bekannteste) mehrmals mit parlamentarischen Anfragen, und der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im Kärntner Landtag, der sich eigens mit diesen Reisen befasste.²⁷⁷

3. Die Parteien und die EZA

Im Gegensatz zu anderen Parlamentariern wie z. B. denen der USA, sind die österreichischen Abgeordneten sehr stark an ihre Parteien gebunden. Im Allgemeinen besteht im Nationalrat Klubzwang, d. h. die jeweilige Partei gibt vor, wie ihre Abgeordneten abzustimmen haben.²⁷⁸ Geheime Abstimmungen, oder solche, bei denen der Klubzwang aufgehoben ist, sind eine Seltenheit. Über EZA-Gesetze ist immer öffentlich abgestimmt worden, bei bestehendem Klubzwang. Diese Arbeit wäre



²⁷⁶ StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S.102f.

²⁷⁷ vgl. Schlagwortsuche, Nationalrat und Bundesrat (ab 15. 1. 1996) in der XXI. Gesetzgebungsperiode, Schriftliche Anfragen. Letzte Änderung: 5. 4. 2008, hier zitiert nach:

http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,117778&_dad=portal&_schema=PORTAL&P_NR=XXI (letztes Zugriffsdatum 13. 7. 2007) und Kucher, Andrea: Erzählungen über Irak-Reise. „Es gibt auch Privat-Politisches“. erschienen am 19. 7. 2002 in der Tageszeitung „Die Presse“, hier zitiert nach:

<http://www.diepresse.at/home/politik/innenpolitik/264580/index.do> (letztes Zugriffsdatum 13. 7. 2007)

²⁷⁸ Zum Klubzwang im österreichischen Nationalrat vgl. Pelinka, Anton/Welan, Manfried: Demokratie und Verfassung in Österreich. Wien: Europa-Verlag, 1971, S. 120ff.

unvollständig, wenn sie nicht auch auf die Haltung der Parteien zur EZA eingehen würde. Festgelegt sind die politischen Linien der Parteien in ihren Parteiprogrammen, weshalb sich dieser Abschnitt der Arbeit hauptsächlich auf die vergangenen und aktuellen Parteiprogramme von SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und BZÖ, konzentriert. Teilweise habe ich aber auch die Wahlprogramme dieser Parteien auf ihre entwicklungs-politischen Aussagen untersucht.

3.1. SPÖ

Die SPÖ beschäftigte sich schon früh mit dem Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, ihr Parteiprogramm von 1958 geht bereits relativ ausführlich auf dieses Thema ein. Auch in den anderen Parteiprogrammen von 1978 und 1998 gibt es Passagen zur EZA. Auffallend ist jedoch, dass sich im aktuellen Parteiprogramm von 1998 gerade einmal ein Punkt zu diesem Thema findet, während die anderen Parteiprogramme, vor allem das von 1978, sich sehr viel ausführlicher mit der EZA beschäftigen. Eines wird aber aus allen Parteiprogrammen ersichtlich: Das entwicklungs-politische Denken der SPÖ kreist um die Neugestaltung der internationalen Beziehungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich.

Das Parteiprogramm von 1958

Die Ansicht, dass die Regierungen nicht ausschließlich dem eigenem Volk dienen sollen, war und ist grundlegend für jede Form von EZA. Die SPÖ bekannte sich in ihrem Parteiprogramm von 1958 zu diesem Gedanken: „Zu Trägern und vielfach zu Führern der Geschicke ihres Landes geworden, bekennen sich die Sozialisten zum Vorrang der internationalen Zusammenarbeit gegenüber nationaler Selbstsucht.“²⁷⁹ Drei Jahre später, 1961, bei der Debatte über den Beitritt Österreichs zur IDA, argumentierte der SPÖ-Abgeordnete Czernetz mit ähnlichen Worten für die Annahme des Gesetzes und die „Erfüllung einer internationalen Verpflichtung“²⁸⁰.



²⁷⁹ Parteiprogramm der SPÖ 1958, Die Sozialisten in der Gemeinschaft der Völker. hier zitiert nach: Kadan, Albert/Pekinka, Anton: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse. St. Pölten. Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, 1979, S. 96f.

²⁸⁰ vgl. StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2746

Dass „internationale Zusammenarbeit“ für die SPÖ auch Entwicklungshilfe bedeutete, kann auch aus folgenden Sätzen des Parteiprogramms geschlossen werden: „Die Sozialisten wollen eine internationale Rechtsordnung, in der die Gemeinschaft aller Nationen die Freiheit jedes einzelnen Volkes und die Menschenrechte jedes einzelnen Staatsbürgers verbürgt. Das bedeutet Demokratie im Weltmaßstab. An die Stelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und eines Volkes durch ein anderes Volk wollen die Sozialisten gegenseitige Hilfeleistung setzen.“²⁸¹ Mit Entwicklungshilfe allein sei es nicht getan, fand die SPÖ, sie wollte vielmehr eine „internationale Rechtsordnung“ errichten, die die Ausbeutung durch „gegenseitige Hilfeleistungen“ ersetzen und der Demokratie weltweit zum Durchbruch verhelfen sollte.

Wenn die Ausbeutung „eines Volkes durch ein anderes Volk“ ein Ende finden sollte, bedeutete das natürlich auch ein Eintreten gegen den Kolonialismus, der ja genau auf dieser direkten Ausbeutung beruht. Das Ende des Kolonialismus war zwar 1958 schon abzusehen, aber trotzdem befand sich z. B. noch der Großteil Afrikas unter kolonialer Herrschaft. „Sie [die SPÖ] fordert die rasche Liquidierung der Reste des Kolonialismus und begrüßt die Freiheitsbewegung aller Völker, die die Fremdherrschaft abwerfen.“²⁸²

Mit dem Ende des Kolonialismus werde aber nicht automatisch die Ausbeutung vorbei sein, deshalb forderte die SPÖ eine Neugestaltung der internationalen politischen Beziehungen: „Die SPÖ hält die Zusammenarbeit zwischen den hochentwickelten Industriestaaten und den in wirtschaftlicher Entwicklung befindlichen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Freiwilligkeit für notwendig. Nur eine wesentliche Hebung des Lebensstandards dieser Völker schafft die Voraussetzung für die Entwicklung der Demokratie. Jede wirtschaftliche Hilfe muß ohne politische Bedingungen gewährt werden. Die Opfer, die solche Akte der Solidarität von den freien Völkern fordern, werden durch eine neue internationale Arbeitsteilung allen Partnern zu einem reicherem Leben verhelfen.“²⁸³

Entwicklungshilfe und der von ihr geschaffene Wohlstand war für die SPÖ also Voraussetzung für die Demokratisierung der „Dritten Welt“ und damit auch für die

□

²⁸¹ Parteiprogramm der SPÖ 1958, Aufgaben und Forderungen der SPÖ/1. Staat und Gesellschaft/Internationale Politik. hier zitiert nach: Kadan/Pelinka, 1979, S. 97

²⁸² ebd.

²⁸³ ebd.

Durchsetzung der Demokratie weltweit. Aber obwohl „Demokratie im Weltmaßstab“ Ziel der SPÖ war, lehnte sie es ab, die „wirtschaftliche Hilfe“ an „politische Bedingungen“ zu knüpfen. Dass sich die Entwicklungshilfe auszahle und eine Investition in die Zukunft darstelle, versicherten SPÖ-Abgeordnete in den 1970er aber auch in den 1980er Jahren immer wieder (vgl. Kapitel 2.2.2.).

Das Parteiprogramm von 1978

„Die Sozialisten wollen eine internationale Rechtsordnung, die die Freiheit jedes Volkes und die Menschenrechte jedes einzelnen verbürgt. Sie treten für die Wahrung der Rechte von Minderheiten ein. Die Sozialisten wollen an die Stelle der Ausbeutung armer durch reicher Länder und an die Stelle der Herrschaft eines Volkes über andere Völker internationale Solidarität und Zusammenarbeit setzen. Erst dadurch wird die weltweite Bekämpfung von Armut und Unwissenheit, von Hunger und Not möglich und der Weg zu Freiheit und Frieden für alle Menschen eröffnet.“²⁸⁴ Diese Aussage stammt zwar aus dem SPÖ-Parteiprogramm von 1978, ähnliche Worte finden sich aber auch im Programm von 1958 (siehe oben), womit die SPÖ ihre damaligen Aussagen erneut bestätigte.

1978 waren die großen Kolonialreiche zwar verschwunden, nicht jedoch Ausbeutung und Unterdrückung. Aber wie zwanzig Jahre zuvor gab es auch 1978 Befreiungsbewegungen, die gegen diese Zustände kämpften. Die Sympathie der SPÖ für diese Gruppen hatte sich in diesen zwanzig Jahren offenbar ziemlich verstärkt. War in ihrem Parteiprogramm von 1958 nur die Rede davon, dass die SPÖ „die Freiheitsbewegungen aller Völker“ „begrüßt“, so hieß es 1978: „In den großen Auseinandersetzungen, die vor unseren Augen in der Dritten Welt stattfinden, ergreifen die österreichischen Sozialisten immer und überall die Partei der Armen, Ausgebeuteten und Rechtlosen. Sie unterstützen den Kampf der Industriearbeiter, des Landproletariats und der armen Bauern und aller, die um Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Sie solidarisieren sich mit in den Ländern der Dritten Welt entstehenden Befreiungsbewegungen, den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, die von den Herrschenden unterdrückt, verfolgt und in die Illegalität gezwungen werden. Die Unterstützung dieser Emanzipationsbestrebungen in den

□

²⁸⁴ Parteiprogramm der SPÖ 1978, Die Grundsätze der Sozialisten/1.5. Die Sozialisten und die Gemeinschaft der Völker. hier zitiert nach: Kadan/Pelinka, 1979, S. 145

Ländern der Dritten Welt ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und gehört ebenso zu den Grundsätzen unserer Bewegung wie eine Verwirklichung der sozialen Demokratie in Österreich.“²⁸⁵

Die Forderung nach der NIWO war also keine Einzelmeinung des SPÖ-Staatssekretärs und Abgeordneten Veselsky, die dieser in den 1970ern und 1980ern äußerte, sondern stand im Parteiprogramm der SPÖ. Ausdrücklich betonte die SPÖ, dass die Forderung nach der NIWO von genauso hoher Wichtigkeit für sie sei wie innenpolitische Forderungen, einführen konnte sie die NIWO aber dennoch nicht. Sehr wohl möglich war ihr aber (als Regierungspartei) die Unterstützung von Befreiungsbewegungen. Diese Politik sollte in den 1980er Jahren allerdings zu erheblichen Spannungen zwischen SPÖ und ÖVP führen. Insbesondere die Hilfe der SPÖ für die nicaraguanische Befreiungsbewegung FSLN (=Frente Sandinista de Liberación Nacional, Sandinistische Front für Nationale Befreiung), die nach dem Sturz der pro-westlichen Diktatur Anastasio Somoza Debayle eine eigene, sozialistische, Diktatur errichtete, wurde von der ÖVP scharf kritisiert (zu diesem Streit vgl. Kapitel 2.3.1. und 2.8.2).

In vier Punkten fasste die SPÖ in ihrem Parteiprogramm von 1978 ihre Forderungen und Ziele in der EZA zusammen: „In diesem Sinne treten die Sozialisten ein:

- Für eine verstärkte österreichische Entwicklungshilfe.
- Für eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung, durch die den Entwicklungsländern die Überwindung von Not und eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die ihren Bedürfnissen und Traditionen entspricht, möglich wird.
- Für einen weltweiten Plan der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, eine Verstärkung der Entwicklungshilfe und für die Unterstützung von Hilfsprogrammen für die Entwicklungsländer, die auf der Grundlage demokratischer Absprache in internationalen Organisationen und regionaler Entwicklungspläne erstellt werden und möglichst direkt zu der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in den Ländern der Dritten Welt beitragen.

□

²⁸⁵ Parteiprogramm der SPÖ 1978, 3. Die Forderungen der Sozialisten/3.6. Österreich in der internationalen Gemeinschaft/3.6.1. Zur internationalen Lage. hier zitiert nach: Kadan/Pelinka, 1979, S. 183f.

- Für die Unterstützung der politischen Befreiungsbewegungen, die in den Ländern der Dritten Welt gegen Kolonialismus alter und neuer Prägung kämpfen und sich nicht für machtpolitische Zwecke mißbrauchen lassen.“²⁸⁶

Für die SPÖ war „nur“ das Anheben der Entwicklungshilfe zuwenig, sie wollte demokratischere Entwicklungsprojekte, die den Menschen direkt zugute kommen sollten, Befreiungsbewegungen unterstützen und die NIWO einführen. Wie schon erwähnt, hatte die Unterstützung von Befreiungsbewegungen durch die SPÖ zu teilweise sehr scharfer Kritik der ÖVP geführt. Nach dem Parteiprogramm von 1978 müssen Befreiungsbewegungen drei „Kriterien“ erfüllen, um von der SPÖ unterstützt zu werden. Sie müssen für „Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ kämpfen, „unterdrückt“ werden (wobei dieser Passus bei der nikaraguanischen FSLN offenbar revidiert wurde), und sie dürfen sich nicht für „machtpolitische Zwecke mißbrauchen lassen“, was immer genau das heißen möchte. Ausdrücklich demokratisch müssen die Befreiungsbewegungen aber interessanterweise nicht sein, denn eine Verpflichtung zur Demokratie verlangt das Parteiprogramm von diesen Bewegungen nicht.

Das Parteiprogramm von 1998

1998 lief die Globalisierung bereits auf Hochtouren, mit all ihren negativen Folgen für die Entwicklungsländer. Der SPÖ war anscheinend bewusst, dass die NIWO in einer Zeit, in der der Kapitalismus weltweit Triumphe feierte, praktisch utopisch ist. Sie forderte daher weniger die Ersetzung des bestehenden Weltwirtschaftssystems, sondern vielmehr seine Reform: „Ein erneuertes Weltwirtschaftssystem muß auch den heute noch armen Nationen gleiche Chancen bieten und ihre Integration in den Welthandel und die Weltwirtschaft insgesamt fördern. Voraussetzungen dafür sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten allerdings weltweite soziale und ökologische Mindeststandards, insbesondere Vereinigungsrecht, Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen, Verbot der Kinderarbeit und der Gefangenen- und Sklavenarbeit. Eine weitere Voraussetzung auf diesem Weg bleibt eine zwischen allen Gebern abgestimmte Entwicklungspolitik, auch als ein Gebot internationaler Solidarität.“

□

²⁸⁶ Parteiprogramm der SPÖ 1978, 3. Die Forderungen der Sozialisten/3.6. Österreich in der internationalen Gemeinschaft/3.6.2. Österreichs internationale Politik. hier zitiert nach: Kadan/Pelinka, 1979, S. 184

Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit darf nicht an den Menschen vorbeigehen und muß auch der Schaffung moderner gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen im Geiste der Verantwortung und Transparenz dienen.“²⁸⁷

Neben mehr Gerechtigkeit soll dieses „erneuerte Weltwirtschaftssystem“ auch die Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel fördern, zumindest wenn es nach dem Willen der SPÖ geht. Der Entwicklungstheorie der Abkoppelung²⁸⁸, die generell davon ausgeht, dass der Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern für letztere nur schlecht ist, erteilt die SPÖ somit eine Absage. Bei den „sozialen und ökologischen Mindeststandards“, welche für die SPÖ die Voraussetzung für Entwicklung ist, geht sie aber nur auf die sozialen näher ein; hier erkennt man m. E. deutlich Herkunft der Arbeiterpartei SPÖ und die Handschrift der Gewerkschaften.

Im Parteiprogramm heißt es weiter: „Eine weitere Voraussetzung auf diesem Weg bleibt eine zwischen allen Gebern abgestimmte Entwicklungspolitik, auch als ein Gebot internationaler Solidarität. Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit darf nicht an den Menschen vorbeigehen und muß auch der Schaffung moderner und demokratischer gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen im Geiste der Verantwortung und Transparenz dienen.“²⁸⁹ Der Rest der Aussage ist also vergleichsweise unspektakulär. Die SPÖ fordert eine abgestimmte Politik zwischen Gebern und Nehmern der EZA und dass die EZA nicht am Menschen vorbeigehen darf. Nach Vorstellung der SPÖ soll die EZA helfen, in den Entwicklungsländern moderne Strukturen in Staat und Gesellschaft zu schaffen. Welches diese modernen Strukturen genau sind, erklärt das Parteiprogramm nicht, es spricht lediglich davon, dass diese Strukturen „im Geiste der Verantwortung und Transparenz“ errichtet werden sollen. Anscheinend umschreibt die SPÖ mit diesen klangvollen Worten die Verwaltung des Staates, den Beamtenapparat und die Bürokratie, dass sie für den Bürger da zu sein hat und nicht umgekehrt und dass sie ihre Entscheidungen nicht im Verborgenen treffen soll. Wenn man noch die „sozialen



²⁸⁷ Parteiprogramm der SPÖ von 1998, Abschnitt III: Politische Perspektiven, Kapitel 12: Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft. Punkt 7, S. 28 hier zitiert nach:

http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

²⁸⁸ zu dieser Entwicklungstheorie vgl. Lachmann, Werner: Entwicklungspolitik. München. Oldenbourg, 2004, S. 241-246

²⁸⁹ Parteiprogramm der SPÖ von 1998, Abschnitt III: Politische Perspektiven, Kapitel 12: Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft. Punkt 7, S. 28, hier zitiert nach:

http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Mindeststandards“ und dabei insbesondere das Vereinigungsrecht berücksichtigt, bedeutet das eine Ablehnung von „Entwicklungsdictaturen“, auch wenn sie sozialistisch sein sollten oder sich zumindest so bezeichnen. Schließlich kann es solche Rechte und Strukturen nur in Demokratien geben, und wenn diese Rechte und Strukturen so wichtig sind für die Entwicklung, dann heißt das, dass auch für die SPÖ die Demokratie eine Grundvoraussetzung für Entwicklung ist.

3. 2. ÖVP

Das erste ÖVP-Parteiprogramm, das Stellung zur EZA bezieht, stammt aus dem Jahr 1972 und wurde 1985 durch ein „Zukunftsmanifest“ ergänzt. 1995 gab sich die Volkspartei ein neues Parteiprogramm. Bemerkenswert an der Haltung der ÖVP zur EZA ist, dass sie von den zehn untersuchten EZA-Gesetzen neun zugestimmt hat, und das auch als Oppositionspartei. Nur ein einziges Mal, 1986, verweigerte sie die Zustimmung zu einem EZA-Gesetz. Warum sie das tat, wird auch in diesem Kapitel untersucht.

Das Parteiprogramm von 1972

Das erste Parteiprogramm der ÖVP, das auch auf die EZA eingeht, stammt aus dem Jahr 1972, dem „Jahr zwei“ des ÖVP-Oppositionsdaseins. Robert Kriechbaumer schrieb über die Entstehung des neuen Programms: „Die Partei [ÖVP] befand sich in Opposition und mit ihren programmatischen Vorstellungen offensichtlich den geänderten gesellschaftlichen und mentalen Strukturen nicht mehr voll gewachsen. Die Notwendigkeit eines neuen Programms resultierte daher aus zwei Gründen: dem Wunsch nach Rückkehr in die Regierung und der damit verbundenen Zielrichtung nach innen und außen: nach innen im Sinne einer Neuorientierung einer teilweise verstörten und desorientierten Parteibasis und damit der Wiederherstellung der Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei, nach außen im Sinne einer geänderten Imagebildung und Verdeutlichung der eigenen Grundsätze im Gegensatz zur SPÖ.“²⁹⁰

□

²⁹⁰ Kriechbaumer, Robert: Parteienprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussion und die Programme von SPÖ und ÖVP 1945-1986. Wien. Verlag für Geschichte und Politik, 1990, S. 493

Zur EZA sind in diesem Programm zwar nur zwei Sätze zu finden, aber diese sprechen eine deutliche Sprache: „Die ÖVP bejaht die moralische Verpflichtung Österreichs zum Aufbau gerechter Beziehungen zwischen der Dritten Welt und den Industrieländern. Dazu sind verstärkte Anstrengungen Österreichs in der Entwicklungshilfe und eine engere Zusammenarbeit mit den jungen Nationen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet erforderlich.“²⁹¹ Diese „moralische Verpflichtung“ zur EZA hatte schon der ÖVP-Abgeordnete Sebinger 1961, bei der Annahme des Gesetzes, mit dem Österreich der IDA beitrat, betont. Noch 1986 sprach der ÖVP-Abgeordnete Koppensteiner von dieser Verpflichtung zur EZA, lehnte das bewusste Gesetz, das Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft, aber dennoch ab, ebenso wie alle anderen ÖVP-Abgeordneten auch.

Die Gründe für das „Nein“ der ÖVP

Das Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft war das einzige EZA-Gesetz, dem die ÖVP je die Zustimmung verweigerte. Die Gründe dafür lagen offensichtlich in der neuen Linie der Partei, die sich in den 1980ern als Wirtschafts- und Kontrollpartei darzustellen versuchte. Diese neue Betonung hatte natürlich innen- bzw. wahlpolitische Gründe. Zwar hatte die SPÖ 1979 erneut die absolute Mehrheit errungen, aber schon bald begann die ÖVP in den Umfragen wieder zu steigen. „Entscheidenden Anteil an dieser Wende [in der Wählergunst] hatte die Krise des ‚Austro-Keynesianismus‘ ab 1981, die auch die Person Kreiskys nicht mehr zu überdecken vermochte. Steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Realeinkommen, expandierende Defizite der öffentlichen Haushalte sowie Verschwendungen öffentlicher Gelder wurden zunehmend mit der Regierungspolitik der SPÖ assoziiert.“²⁹² Die ÖVP konnte aus dieser Situation ihren Nutzen ziehen, wie die Nationalratswahlen 1983 und 1986 zeigen sollten, denn bei beiden Wahlen gewann die ÖVP Stimmen dazu.

Um das 1986 ausgesprochene „Nein“ der ÖVP zum „Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft“ zu verstehen, ist es nicht nur wichtig, sich die Parteiposition zur Entwicklungspolitik genauer anzuschauen, auch die Budgetpolitik



²⁹¹ Parteiprogramm der ÖVP 1972. hier zitiert nach: Kadan/Pelinka, 1979, S. 207

²⁹² Kriechbaumer Robert/Sausgruber, Franz: Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien. Böhlau-Verlag, 1995, S.66

der ÖVP muss berücksichtigt werden. Abgesehen davon, dass Budgetfragen eine sehr viel wichtigere Rolle bei Wahlkämpfen spielten und spielen als Fragen der EZA, trat die ÖVP ja auch nicht gegen die Entwicklungshilfe auf, sondern gegen die „Verschwendungen von Steuergeldern“.

Das „Zukunftsmanifest“ der ÖVP aus dem Jahr 1985

Zur Ergänzung des (1985 nach wie vor gültigen) Parteiprogramms von 1972 und zur besseren Positionierung für die nächsten Wahlen, verabschiedete die ÖVP 1985 ein „Zukunftsmanifest“. Es ist dieses „Zukunftsmanifest“, besser gesagt seine Aussagen zur Entwicklungs- und vor allem zur Budgetpolitik, aus denen man die Gründe für das „Nein“ der ÖVP zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft herauslesen kann. Wie schon oben erwähnt, positionierte sich die ÖVP zumindest in der ersten Hälfte der 1980er als Wirtschafts- und Kontrollpartei, die streng über die Staatsfinanzen wachte.

Im „Zukunftsmanifest“ heißt es folglich über die Budgetpolitik: „IN DER BUDGETPOLITIK ist eine langfristige Festigung der öffentlichen Haushalte durch schrittweise Rückführung der Neuverschuldung, Erhöhung des Anteils von Investitionsausgaben und eine umfassende Neuordnung von Steuern und Abgaben erforderlich. [...] Zum anderen muß der Staat wieder mehr Mittel zur Erfüllung seiner eigentlichen Aufgaben zur Verfügung haben. Und schließlich muß klargestellt sein: Verschwendungen von Steuergeldern ist Diebstahl an jedem Bürger!“²⁹³

Im Vergleich zu den Budgetproblemen der Entwicklungsländer waren die der Republik Österreich natürlich sehr klein. 1985 war die Schuldenkrise schon drei Jahre alt, ein Ende war damals nicht abzusehen, die bisherigen Entwicklungswege befanden sich ebenso in der Krise wie die Staatsfinanzen der meisten Länder der „Dritten Welt“. Das „Zukunftsmanifest“ zog eine sehr knappe Bilanz von zwei Jahrzehnten Entwicklungsarbeit: „Die Versuche, die Wirtschaft der Entwicklungsländer mit immer neuen Krediten zu finanzieren, steht vor dem Zusammenbruch [...]. Allein diese überall

□

²⁹³ Zukunftsmanifest der ÖVP/Kapitel 6, Maßstab des Wachstums. Lebensqualität/Punkt 6.7., hier zitiert nach: Kriechbaumer, 1994, S. 796

auftretende Knappheit von Mitteln zwingt zu einer Um- und Neuorientierung der Politik.“²⁹⁴

In diese Aussagen finden sich zumindest teilweise die Gründe zum Nein der Volkspartei gegenüber dem Beitritt Österreichs zur Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank. Denn in den Augen der ÖVP brachte dieses Gesetz lediglich finanzielle Belastungen für die Republik und deshalb konnte sie diesem Gesetz nicht zustimmen (vgl. Kapitel 2.2.2.).

Aber, wie schon gesagt, trat die ÖVP nicht gegen die Entwicklungshilfe auf; im Gegenteil, auch das „Zukunftsmanifest“ betonte die Notwendigkeit, aber ebenso die Begrenztheit der Entwicklungshilfe: „INDUSTRIESTAATEN UND ENTWICKLUNGSLÄNDER werden nur auf der Basis ehrlicher Partnerschaft und mit der Bereitschaft zur umfassenden technischen Zusammenarbeit das krasse Mißverhältnis in den Lebensbedingungen der Völker der nördlichen und der südlichen Halbkugel schrittweise beseitigen können. Katastrophenhilfe und Entwicklungshilfe sind notwendig, werden es auch bleiben, [...]. Aber jede Hilfsaktion bleibt Stückwerk, wenn Industrie- und Entwicklungsländer sich nicht über international verbindliche Regeln einigen, die den Warenaustausch zwischen Nord und Süd zu fairen Bedingungen ermöglichen und den Menschen und Völkern der Dritten Welt die Chance zu voller Entfaltung und Selbstbestimmung in Freiheit verschaffen.“²⁹⁵ Wie für die SPÖ hatten auch für die ÖVP die Entwicklungsländer nur dann Zukunft, wenn die internationalen Welthandelsregeln reformiert werden würden.

Dass sich im November 1983 der ÖVP-Abgeordnete Ettmayer für die NIWO aussprach (vgl. Kapitel 2.2.1.), dürfte zumindest nicht gegen die Parteilinie der ÖVP gewesen sein, die sich zwei Jahre später zumindest für eine Reform der internationalen Handelsbeziehungen plädierte. Natürlich wurde das „Zukunftsmanifest“ erst 1985, also zwei Jahre nach dieser Äußerung, verabschiedet, aber den ersten Entwurf diskutierte die Partei bereits im Oktober 1983²⁹⁶. Auch halte ich es generell für sehr unwahrscheinlich, wenn in einem Entwurf für ein Strategiepapier einer demokratischen Partei Thesen und



²⁹⁴ Zukunftsmanifest der ÖVP/Kapitel 5, Wachstum hat Grenzen/Punkt 5.4., hier zitiert nach: Kriechbaumer, 1994, S. 792

²⁹⁵ Zukunftsmanifest der ÖVP/Kapitel 10, Partnerschaft statt Klassenkampf/Punkt 10.9., hier zitiert nach: Kriechbaumer, 1994, S. 809

²⁹⁶ Kriechbaumer/Sausgruber, 1995, S. 126

Ansichten auftauchen würden, die vorher noch nie in dieser Partei diskutiert worden wären oder überhaupt keine Anhänger gehabt hätten.

Das Parteiprogramm von 1995

1995 gab sich die ÖVP ein neues Parteiprogramm. Allgemein heißt es darin zu den Grundlinien der österreichischen Außenpolitik: „Im Vergleich zur überwiegenden Mehrheit der Staaten der Welt ist Österreich eines der reichen Länder. Das bürdet eine globale Mitverantwortung auf. Wir wollen als Mitglied der Europäischen Union diese Verantwortung wahrnehmen und an der Lösung globaler Probleme mitarbeiten. Dazu gehört nicht nur unser Beitrag zur Friedenssicherung, sondern auch der Kampf gegen weltweiten Hunger, gegen Krankheiten und Epidemien und gegen die Vorenthalterung von Bildung. [...] Als Mitgliedsland der EU wollen wir darauf hinwirken, daß Europa in seinen Beziehungen zu den Staaten der übrigen Welt verstärkt auf die Einhaltung der Menschenrechte drängt und seine Verantwortung gegenüber den ärmeren Ländern der Erde wahrnimmt.“²⁹⁷ Österreich ist ein reiches Land, und Reichtum verpflichtet, offenbar auch in den Augen der Volkspartei. Ihrer Ansicht nach muss Österreich an der Lösung der Weltprobleme zusammen mit der EU mitwirken, wozu auch die „Unterentwicklung“ der „Dritten Welt“ gehört. Allein könnte Österreich nur wenig bewegen, mit der EU dagegen schon viel mehr, so die Aussage des Parteiprogramms. Die ÖVP werde sich, deshalb dafür einsetzen, dass die EU die EZA weiterhin ernst nimmt und auch die Entwicklungsländer zur Einhaltung der Menschenrechte mahnt.

Direkt auf die EZA bezieht sich folgende Passage des Parteiprogramms: „Wir anerkennen die Bedeutung einer konstruktiven Politik der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt. Sie ist eine der Voraussetzungen für die Sicherung des Weltfriedens und einer umweltverträglichen nachhaltigen Entwicklung aller Volkswirtschaften. Österreich muß seinen entwicklungspolitischen Verpflichtungen und Absichtserklärungen nachkommen und im ständigen Dialog mit den Partnern unserer Entwicklungspolitik um eine Verbesserung ihrer Wirksamkeit bemüht sein.“²⁹⁸

□

²⁹⁷ Parteiprogramm der ÖVP von 1995, S. 27f. hier zitiert nach: <http://www.oepvp.at/download/000298.pdf> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

²⁹⁸ ebd.

Schon in den 1983 hatten die ÖVP-Abgeordneten Höchtl und Steinbauer den Standpunkt vertreten, dass EZA aktive Friedenspolitik sei (vgl. Kapitel 2.1.1.). Diese Ansicht wurde spätestens im Parteiprogramm von 1995 zur offiziellen Linie der ÖVP, für die nun die EZA sogar „Voraussetzung für die Sicherung des Weltfriedens“ ist.

3. 3. FPÖ

Obwohl die FPÖ seit ihrer Gründung dem Nationalrat angehört, haben sich ihre Abgeordneten weitaus seltener an den EZA-Debatten im Nationalrat beteiligt, als ihre Kollegen von SPÖ und ÖVP. An den Plenardebatten von drei der zehn untersuchten EZA-Gesetze hat sich die FPÖ gar nicht beteiligt, darunter auch an der Debatte um das Entwicklungshilfegesetz 1974. Um so auffallender sind daher die langen Debattenbeiträge der FPÖ-Abgeordneten Kabas, Partik-Pablé und Motter in den 1980er Jahren, in denen sie sich vehement für ein liberales Entwicklungskonzept aussprachen²⁹⁹. Um diese drei Reden besser zu verstehen, ist es nicht nur wichtig, die Parteigeschichte der FPÖ zu kennen; auch den damaligen politischen Standpunkt dieser Abgeordneten darf man dabei nicht außer acht lassen.

Die Haltung der FPÖ zur EZA bis 1986

„Die kennzeichnenden Linien der Programmatik des ‚Verbandes der Unabhängigen‘ [eine der beiden Vorgängerpartei der FPÖ³⁰⁰] prägten auch die programmatischen Satzungen der FPÖ. Sie liegen im Spannungsfeld zwischen liberalem, [...] und deutschnationalem, auch völkischem Gedankengut mit illiberalen Bestrebungen“³⁰¹, schreibt Albert Kadan über das erste Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahr 1957. Dieses Programm enthält jedoch keine Aussagen zur EZA. Das Spannungsfeld zwischen liberalem und deutschnationalen Gedankengut spiegelt sich m. E. aber auch in der 1961 anlässlich der Debatte um den Beitritt zur IDA gehaltenen Rede des FPÖ-Abgeordneten



²⁹⁹ vgl. für Kabas StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1438-1441, für Partik-Pablé S. 1449-1451 und für Motter: StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13897-13899 bzw. Kapitel 2.1.1., 2.2.2. und 2.6.

³⁰⁰ Zur Parteigründung der FPÖ vgl. Stäuber Roland: Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die freiheitliche Partei Österreichs (FPOe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945. Dissertation, Universität Zürich, 1974

³⁰¹ Kadan/Pelinka, 1979, S. 39

Gredlers wieder, in der er sowohl ja also auch nein zur Entwicklungshilfe sagte und damit, wie ich annehme, beide Hauptströmungen in seiner Partei zufrieden stellen wollte.

„Mit dem Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik [1973] beginnt auch die mit mehr oder weniger großen Einschränkungen versehene Qualifizierung der FPÖ als liberale Partei.“³⁰² In diesem Manifest, dass den Status eines Parteiprogramms innehatte, finden sich einige Sätze zur Entwicklungspolitik. Im Kapitel VIII, „Der Mensch und seine Freiheit“, betont die FPÖ die Wichtigkeit der Freiheit und der freien Marktwirtschaft für die Entwicklung, geht ansonsten aber nicht weiter auf dieses Thema ein.³⁰³

Beim Bundesparteitag 1976 verabschiedete die FPÖ aber eine eigene Resolution zur Entwicklungshilfe, in der sie die Demokratie als „erstrebenswerte Staatsform“ für die „Dritte Welt“ bezeichnete und ihrer Bedenken darüber äußerte, dass: „westliche Geberstaaten zu Handlangern kommunistischer und auch totalitärer Systeme in Entwicklungsländern werden [...].“³⁰⁴ Entwicklungshilfe für totalitär regierte Staaten im Allgemeinen und kommunistisch regierte im Besonderen, lehnte die FPÖ also ab, denn dadurch würde Österreich diese Diktaturen unterstützen und sich so an ihren Verbrechen mitschuldig machen. Die Entwicklungshilfe selbst, sollte in den Augen der FPÖ vielmehr darauf abzielen, - „daß die Selbstbestimmung des einzelnen, die Beachtung der Grund- und Freiheitsrechte und der Menschenwürde und die Eigenständigkeit der Völker in den Entwicklungsländern besser verwirklicht werden.“³⁰⁵ Die FPÖ beendete ihre Resolution mit dem Versprechen, sich in Zukunft „in allen zuständigen Vertretungskörpern dafür einzusetzen, daß diesen Überlegungen zum Durchbruch verholfen wird.“³⁰⁶

Die Reden der Abgeordneten Kabas, Partik-Pablé und Motter

Es sind die Gedanken dieser Resolution zur Entwicklungshilfe von 1976, die sich in den bemerkenswerten Reden der freiheitlichen Abgeordneten Kabas, Partik-Pablé und Motter wiederfinden. Zwar gab sich die FPÖ 1986 ein neues Parteiprogramm, da dieses aber



³⁰² Reiter, Erich: Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Wien. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, 1982, S. 74

³⁰³ Reiter, 1982, S. 134

³⁰⁴ Reiter, 1982, S. 153

³⁰⁵ ebd.

³⁰⁶ ebd.

keine Passagen zur EZA enthält, dürfte für die freiheitlichen Abgeordneten diese Resolution die Leitlinie bei ihren Reden und ihren Abstimmungen gewesen sein.

Ich war anfangs sehr erstaunt, so liberale Reden zur EZA von Abgeordneten wie Kabas und Partik-Pablé zu finden. Es ist mir zwar bewusst, dass 1983 die offizielle Parteilinie der FPÖ eine liberale war, aber Hilmar Kabas und Helene Partik-Pablé mit so einer Vehemenz für liberale Ansichten einzutreten zu sehen, hat mich dann doch sehr überrascht. Hilmar Kabas etwa war als Obmann der FPÖ Wien für den ausländerfeindlichen Wahlkampf seiner Parteigruppe 1999 verantwortlich und wurde auch deshalb³⁰⁷ 2000 vom damaligen Bundespräsidenten Klestil als Verteidigungsminister abgelehnt. Helene Partik-Pablé wiederum hatte, ebenfalls 1999, „Schwarzafrikaner“ als „ganz besonders aggressiv“ bezeichnet und sah diese Aggressivität als „in der Natur dieser Menschen“ liegend an.³⁰⁸

Aber offenbar waren Hilmar Kabas und Helene Partik-Pablé 1983, als sie ihre Reden zur Entwicklungshilfe hielten, tatsächlich liberaler eingestellt als um die Jahrtausendwende. Kabas begann seine Karriere in der FPÖ als Vertreter des liberalen Flügels³⁰⁹, dürfte sich aber dann dem antiliberalen Kurs von Jörg Haider gebeugt haben. Auch Helene Partik-Pablé dürfte ihre Rede 1983 zumindest auch aus Überzeugung und nicht nur aus Parteidisziplin gehalten haben, allerdings soll Jörg Haider, als er Parteiobmann wurde, „ihr liberales Rückgrat gekrümmmt“ haben³¹⁰. Was Abgeordnete Motter betrifft, so gehörte sie 1993 zu den Gründern des „Liberalen Forums“³¹¹.

Die Haltung der FPÖ zur EZA seit 1986

Die liberale Phase der FPÖ setzte sich bis 1986, bis zum Aufstieg Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann, fort. Haider, der vom „nationalen“ Flügel der FPÖ unterstützt wurde, machte die FPÖ zu einer national-populistischen Partei.³¹²



³⁰⁷ Steininger, Gerhard: Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Wien. Edition Steinbauer, 2007, S. 166f.

³⁰⁸ vgl. StPrNR/168.Sitzung/XX.GP/S. 84, hier zitiert nach:

http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XX/NRSITZ/NRSITZ_00168/fnameorig_114325.html (letzter Zugriff: 23. 10. 2007)

³⁰⁹ Weissensteiner, Friedrich: Norbert Steger, der erste FPÖ-Vizekanzler. erschienen am 11. 9. 2004, hier zitiert nach: <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/steger.htm> (letzter Zugriff: 23. 10. 2007)

³¹⁰ Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf. Wien. Wilhelm Heyne Verlag, 1992, S. 37

³¹¹ Steininger, 2007, S. 145

³¹² vgl. Scharsach, 1992, S. 34f.

Liberale Politiker innerhalb der FPÖ mussten sich dem neuen Kurs anpassen oder die Partei verlassen.³¹³ „Seit dem Rückzug der letzten Haider-Kritiker, Heide Schmidt [die 1993 das Liberale Forum gründete] und Norbert Gugerbauer, bestimmt Jörg Haider allein die Politik der FPÖ.“³¹⁴

1997 gab sich die FPÖ ein neues, noch heute (2009) gültiges Parteiprogramm. Über die „Entwicklungshilfe“ steht darin folgendes: „In der Entwicklungshilfe ist sowohl von einem undifferenzierten Gießkannenprinzip als auch von einer ideologisch motivierten Unterstützung von Einzelstaaten abzugehen. Es liegt im Interesse Österreichs, daß der soziale und wirtschaftliche Standard in den Entwicklungsländern gehoben wird, um so Krisensituationen, Konflikte und die damit verbundenen Flüchtlingsströme zu vermeiden. Abgesehen von der kurzfristigen Hilfe in Katastrophenfällen ist bei der Entwicklungshilfe von einer **Hilfe zur Selbsthilfe** auszugehen. Der betroffenen Bevölkerung sollte durch Wissensvermittlung und Förderung von konkreten Projekten die Möglichkeit gegeben werden, in ihrer Heimat langfristig eine Überlebenschance zu finden.“³¹⁵

Eine „ideologisch motivierte Unterstützung von Einzelstaaten“ (hier dachte die FPÖ wahrscheinlich an Nicaragua), lehnt sie also ebenso ab wie das „Gießkannenprinzip“. Es ist also naheliegend, dass die FPÖ das Konzept der Schwerpunktländer bejaht, auch wenn es nicht ausdrücklich erwähnt wird. Die FPÖ sagt auch ja zur Katastrophenhilfe und will, dass die Entwicklungshilfe eine Hilfe zur Selbsthilfe sei. Es geht darum, dass die Menschen in den Entwicklungsländern „in ihrer Heimat langfristig eine Überlebenschance“ haben und betont so m. E. auch den migrationsverhindernden Aspekt der Entwicklungshilfe.

□

³¹³ vgl. Scharsach, 1992, S. 36f.

³¹⁴ Westphal, Sabine: Der Populismus der FPÖ unter Jörg Haider. Diplomarbeit, Universität Wien, 1994, S.

³²

³¹⁵ Parteiprogramm der FPÖ von 1997, Kapitel 7 Selbstbewußte Außenpolitik - gemeinsame Sicherheitspolitik. hier zitiert nach: <http://www.fpoe.at/index.php?id=6606> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

3. 4. Die Grünen

Die Grünen sind die einzige Parlamentspartei in Österreich, die einige ihrer Wurzeln in der „Dritte-Welt-Bewegung“ haben.³¹⁶ Sie sind die österreichische Parlamentspartei, die sich am intensivsten mit der EZA auseinandergesetzt hat und deren Forderungen am weitesten gehen.

Das Wahlprogramm von 1986

„Die Entwicklungshilfe der Industrienationen wurde meist zu deren eigenen Gunsten betrieben oder war bestenfalls ein bescheidener Versuch der Wiedergutmachung für koloniale Eingriffe. Sie kann die zunehmende Vereelendung in der sogenannten Dritten Welt nicht aufhalten, solange der Weltmarkt von den Industrieländern beherrscht wird und die Erzeugerländer des Südens keine gerechten Preise und damit Einkommen erhalten. [...] Eine wirkliche Partnerschaft kann es nur unter Gleichen zu gleichen Bedingungen geben. Gerade ein neutrales Land wie Österreich sollte in der internationalen Zusammenarbeit und im Sinne der Solidarität alle Spielräume nützen. Und diese Spielräume sind noch so groß.“³¹⁷ Nachdem die Grünen so ihre Sicht der EZA dargelegt hatten, stellten sie ihre Forderungen:

„Deshalb fordern wir:

- Die Erhöhung des österreichischen Beitrages zur Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% des Bruttonsozialprodukts gemäß den internationalen Vereinbarungen [...]. Diese Forderung hat nur dann einen Sinn, wenn wirklich 0,15% zur Unterstützung der am ‚wenigsten entwickelten Länder‘ bereitgestellt werden [...];
- Das Zuschußelement [d. h. die finanziellen Leistungen der Geber, die von den Entwicklungsländern nicht zurückgezahlt werden müssen, also reine Geldgeschenke] soll im Verhältnis zu den Krediten gemäß der OECD-Empfehlung auf 86 Prozent erhöht werden [...];
- Die Exportkredite sind aus der Entwicklungshilfe zu streichen;



³¹⁶ Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen. Wien. Ueberreuter, 2005, S. 24 und Höll, 1986, S. 136

³¹⁷ Wahlprogramm der Grünen 1986, S. 15

- Rüstungsexporte und Futtermittelimporte sind einzustellen;
- Die Forschungs- und Technologieprogramme müssen eindeutige entwicklungspolitische Prioritäten haben;
- es darf keine Zusammenarbeit mit Regimen wie in Südafrika geben [d. h. rassistischen Regimen; Südafrika praktizierte 1986 noch die „Rassentrennung“, die Apartheid, die eine massive Unterdrückung aller Menschen nicht-weißer Hautfarbe bedeutete];
- Die Öffentlichkeit soll umfassend über Nord-Süd-Fragen informiert werden. Eine Zukunft ist nur möglich, wenn Nord und Süd gleichermaßen einbezogen werden;
- Österreich soll die Einrichtung einer internationalen Unterstützung zum Aufbau der Sozialversicherung in armen Ländern anregen.“³¹⁸

Einige Punkte dieses Wahlprogramms finden sich in der Rede des Grünen Abgeordneten Smolle zur Novellierung des Entwicklungshilfegesetzes 1989, z. B. die Kritik an österreichischen Futtermittelimporten aus Entwicklungsländern.³¹⁹

Das Parteiprogramm von 2001

Das aktuell gültige Parteiprogramm der Grünen stammt aus dem Jahr 2001 und beschäftigt sich, wie schon das grüne Wahlprogramm von 1986, relativ ausführlich mit der EZA: „Solidarität in der Außenpolitik bedeutet ein energisches Eintreten für Leistungen der Entwicklungskooperation mit den armen Ländern des Südens. Die Grünen fordern eine Anhebung der skandalös niedrigen österreichischen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit, zunächst auf die international beschlossenen 0,7 % und in weiterer Folge auf 1 % des BIP. Ferner muss die Rolle der NGOs, der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen der Länder und Gemeinden als wesentlichen AkteurInnen gestärkt werden. Entwicklungszusammenarbeit stellt jedoch nur einen kleinen Teil der Nord-Süd-Beziehungen dar. Da die Ergebnisse von Entwicklungskooperation bislang allgemein durch die weitaus größeren Transferflüsse im Zusammenhang mit Schuldendiensten und Handelsflüssen (vor allem Rohstoffe und Marktzugangsbeschränkungen) aufgehoben wurden, muss ein besonderes Augenmerk auf



³¹⁸ ebd.

³¹⁹ vgl. StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13891-13895 und Kapitel 2.2.2.

die Kohärenz von Handels-, Finanz- und Entwicklungspolitik gelegt werden. Dabei treten die Grünen für innovative Instrumente, wie die Tobin-Tax³²⁰ (zur Besteuerung von Finanzspekulationen) ein. Schuldenstreichungen bzw. Hilfe beim Schuldenmanagement können diesen Ländern einen neuen Start verschaffen, sofern sie im Inneren Weichen für Frieden und soziale Gerechtigkeit stellen. Damit verknüpft werden müssen substantielle Reformen beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und bei der Weltbank. Anstatt der erzwungenen Sparprogramme und der Ausrichtung der „Entwicklungsländer“ auf den Weltmarkt müssen die Maßnahmen von IWF und Weltbank auf eine Reduzierung der Armut und nachhaltige Entwicklung abzielen. Zur Ermöglichung einer nachhaltigen Entwicklung ist auch die WTO zu reformieren mit dem Ziel eines gerechten und solidarischen Handels mit den Ländern des Südens und der größtmöglichen Chancengleichheit für alle Beteiligten. Vor einer solchen Reform sind die bisherigen Auswirkungen der WTO nach ökologischen, menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Kriterien von einer unabhängigen Kommission zu evaluieren.“³²¹

Geblieben ist im Parteiprogramm die schon im Wahlprogramm von 1986 erhobene Forderung nach den „0,7“. Auffallend ist jedoch, dass die Grünen in ihrem Wahlprogramm von 1986 ganz konkrete Vorstellungen davon hatten, wie diese „0,7“ beschaffen sein müssen, Vorstellungen, die m. E. weniger in Wahl- als vielmehr in ein Parteiprogramm gehört hätten. Im Parteiprogramm werden aber interessanterweise keine Details mehr zu den „0,7“ aufgeführt, allerdings verlangt es eine langfristige Anhebung der EZA-Mittel auf ein Prozent des BIPs.

Dass Entwicklung aber nicht allein von der Höhe der Entwicklungsgelder abhängt, wissen auch die Grünen, sonst würden sie nicht Reformen im Weltwirtschaftssystem



³²⁰ Das Konzept der Tobin-Tax (1978 von James Tobin, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, aufgestellt) sieht vor, jeden grenzüberschreitenden Handel mit Fremdwährungen mit einer geringen Steuer zu belegen. Dadurch würden Währungsspekulationen, unter deren negativen Auswirkungen vor allem Entwicklungsländer zu leiden haben, unprofitabel. Damit dieser Regulierungsmechanismus aber wirklich effektiv wäre, müsste diese Steuer weltweit eingeführt werden, oder zumindest von den wichtigsten Wirtschaftsmächten (und Steueroasen). vgl.: The Tobin Tax. An international tax on foreign currency transfers. hier zitiert nach: <http://www.chebucto.ns.ca/Current/P7/bwi/ccctobin.html> (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

³²¹ S. 58 im Parteiprogramm von 2001, Kapitel 5: Österreich in internationalen Beziehungen. Punkt 1: Zielvorstellungen grüner Außenpolitik. hier zitiert nach:
http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

fordern, die die Entwicklungsländer begünstigen. Überhaupt sind sich die Grünen anscheinend der Grenzen „traditioneller“ EZA bewusst. Um Entwicklung wirklich zu ermöglichen, fordern sie nicht nur die Anhebung der EZA-Mittel, sondern überhaupt eine völlig neue Politik. „Entwicklungsarbeit“ soll nicht wie bisher nur ein kleiner, unbedeutender Teil der Außenpolitik bleiben, sondern sie dominieren: „Entwicklungs politische Kriterien wie z. B. Armutsbekämpfung sollen für die Außenpolitik generell bestim mend sein.“³²² Auch Handels- und Finanzpolitik sind, nach dem Willen der Grünen, neu auf die EZA auszurichten. Von größter Wichtigkeit ist es für die Grünen dabei, dass sich all diese Bereiche der Politik ein einheitliches, kohärentes Wirken für die Entwicklung aufweisen, d. h. sich in diesem Ziel gegenseitig ergänzen oder zumindest nicht behindern und so zur „Entwicklungsarbeit“ werden. Aber „Entwicklungsarbeit“ soll, nach Meinung der Grünen, nicht nur auf den Staat beschränkt sein, auch Länder, Gemeinden und die NGOs wollen sie stärker in diese Politik einbinden.

Ferner fordern die Grünen die Einführung der Tobin-Tax und die Reform von Weltbank, IWF und WTO zugunsten der Entwicklungsländer.

Ein eigenes Kapitel im grünen Parteiprogramm beschäftigt sich mit den Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) bzw. damit, wie sie erreicht werden können: „Die Grünen unterstützen die von der Millennium-Generalversammlung der UNO feierlich bekräftigten Ziele der internationalen Gemeinschaft, bis zum Jahr 2015 die Zahl jener Menschen, die in extremer Armut leben, auf die Hälfte zu verringern, indem

- die Globalisierung so gesteuert wird, dass die größtmögliche Anzahl von Menschen, gerade in Entwicklungsländern, davon profitieren, u. a. dadurch, dass die reichen Länder ihre Märkte für Produkte aus armen Ländern öffnen und einen Technologietransfer unter solchen Rahmenbedingungen ermöglichen, dass er keine neuen Abhängigkeiten und keine neue Armut in den Ländern des Südens fördert und den Entwicklungsländern die Möglichkeiten moderner Technologie zugänglich gemacht werden;



³²² S. 57 im Parteiprogramm von 2001. hier zitiert nach:

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

- vermehrt Arbeitsplätze, insbesondere auch für junge Menschen, geschaffen werden;
- Schulwesen und Gesundheitsdienste verbessert und pandemische Krankheiten wie HIV/AIDS effektiver bekämpft werden;
- der afrikanische Kontinent nicht „abgeschrieben“ wird, sondern Bemühungen um die Integration Afrikas in die Weltwirtschaft intensiviert werden.³²³

Die Grünen meinen, dass die MDGs und Entwicklung überhaupt nur durch „gesteuerte Globalisierung“ und Investitionen in Bildung und Gesundheit erreicht werden kann. Wie die SPÖ, so fordern auch die Grünen eine bessere Integration Afrikas in die Weltwirtschaft und nicht die Abschottung des Kontinents. Die Grünen sehen Entwicklung nur dann als möglich an, wenn die gesamte Welt bereit ist, diese zu unterstützen. Insbesondere die Industrieländer müssen dazu, ihrer Ansicht nach, teilweise auf den unmittelbaren (Handels)vorteil, den ihnen das jetzige weltwirtschaftliche System bietet, zugunsten der Entwicklung der „Dritten Welt“ verzichten.

3. 5. BZÖ

Das BZÖ war gerade einmal ein Jahr, 2005-2006, Regierungspartei. Das politische Überleben dieser Partei ist nach dem Tod ihres Gründers Jörg Haider im Oktober 2008 ungewiss. Die Ansichten des BZÖ zur EZA unterscheiden sich, wenig überraschend, nur geringfügig von denen der FPÖ: „Entscheidende Bedeutung in der internationalen Krisenvorsorge haben fairer und freier Handel und Entwicklungszusammenarbeit. Von gleicher Wichtigkeit sind unmittelbare Unterstützung bei Katastrophen, Bewältigung von Konflikten, stabilisierende Einsätze und konsequenter Wiederaufbau nach dem Motto Hilfe zur Selbsthilfe. Dafür müssen europaweit mehr und effizientere Maßnahmen gesetzt werden. Österreich hat dazu seinen Beitrag in jeder Form zu leisten.“³²⁴



³²³ S. 64 im grünen Parteiprogramm von 2001, Kapitel 5: Österreich in internationalen Beziehungen. Punkt 5: Grüne Initiativen auf globaler Ebene. hier zitiert nach:

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

³²⁴ S. 5 im BZÖ-Parteiprogramm, hier zitiert nach:

http://www.bzoe.at/download/programme/bzoe_positionen.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Das BZÖ sieht die EZА im wesentlichen als Krisenvorsorge, schließlich haben internationale Krisen auch auf Österreich negative Auswirkungen. Es bejaht Katastrophenhilfe, fordert mehr und bessere EZА. Diese soll „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein, hier ist sich das BZÖ wieder mit der FPÖ einig. Ähnlich wie die FPÖ sieht das BZÖ die EZА als „Anti-Migrationshilfe“. Während die FPÖ aber mit der Entwicklungshilfe die Lebensumstände in den Entwicklungsländern soweit verbessern will, dass die Menschen dort eine „Überlebenschance“ finden, ist das BZÖ hier noch radikaler: „Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollen nur dann erfolgen, wenn der Empfängerstaat seine Bürger im Wege der Abschiebung zurücknimmt.“³²⁵



³²⁵ S. 8 im BZÖ-Wahlprogramm, hier zitiert nach:
<http://www.bzoe.at/download/programme/wahlprogramm.pdf> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

4. Conclusio

Nach den oben dargelegten Recherchen bin ich zur Überzeugung gekommen, dass ich genügend Hinweise gefunden habe, um den ersten Punkt meiner Hypothese (der Nationalrat spielt keine große Rolle in der Gestaltung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit) auch weiterhin vertreten zu können, da die österreichische Entwicklungszusammenarbeit durch Gesetze geregelt wird. Das bedeutet, wer die Entwicklungsgesetze gestaltet, gestaltet auch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Zwar müssen alle Bundesgesetze der Republik Österreich und damit auch alle Entwicklungsgesetze vom Parlament verabschiedet werden ehe sie in Kraft treten können, aber an der konkreten Gestaltung der (Entwicklungs)gesetze ist der Nationalrat, dem Politologen Anton Pelinka zufolge, nur wenig beteiligt. Laut Pelinka findet ca. 90% der Gesetzerarbeitung und Formulierung im „vorparlamentarischen Bereich“ statt. Dadurch erhalte die Bürokratie „die Möglichkeit, die Gesetze in hohem Maße nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten“ (vgl. Kapitel 1.1.) Zwar hat Pelinka nicht speziell die EZA-Gesetze und ihre Entstehung untersucht, aber durch die oben vorgestellten Indizien, bin ich zu dem Schluss gelangt, dass Pelinkas Aussage auch für den Entstehungsprozess von EZA-Gesetzen zutreffend ist. Das bedeutet, dass auch die konkrete Gestaltung von Entwicklungsgesetzen weniger durch das Parlament, als vielmehr durch die Institutionen des „vorparlamentarischen Bereichs“ wie z. B. der Bürokratie geschieht.

Zwar kann allein das Parlament Gesetze verabschieden, wodurch es an und für sich über nicht geringe Macht verfügt. Sobald die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf einbringt, ist ihr jedoch, dank ihrer parlamentarischen Mehrheit sowie des Klubzwanges, praktisch garantiert, dass der von ihr eingebrachte Gesetzesentwurf auch zum Bundesgesetz wird.

Natürlich erschöpfen sich die Möglichkeiten des Nationalrates, die österreichische Entwicklungshilfe zu gestalten, nicht allein in der Gestaltung bzw. Verabschiedung von Entwicklungsgesetzen. Der Nationalrat kann Entschließungsanträge zu jedem beliebigen Thema verabschieden. In diesem Fall ist das eine Aufforderung an die Bundesregierung, tätig zu werden. Der Nationalrat hat 1986 und 1988 einstimmig einen

Entschließungsantrag zur Verbesserung der EZA verabschiedet. Trotz dieser Einstimmigkeit des Nationalrates hatten beide Anträge nur wenig bis gar keine Auswirkungen auf die österreichische EZA (vgl. Kapitel 2.7.). Erfolgreicher ist der Nationalrat da in „kleineren“ Schritten. Vom persönlichen Engagement der einzelnen Abgeordneten einmal abgesehen, engagiert sich der Nationalrat auch direkt in der Entwicklungszusammenarbeit, etwa über Partnerschaften mit Volksvertretungen in Entwicklungsländern.

Den Gestaltungsmöglichkeiten des österreichischen Nationalrats bei der Entwicklungszusammenarbeit sind also, bedingt durch seine vergleichsweise geringe Bedeutung bei der Gesetzeserarbeitung einerseits und dem Klubzwang bei den Abstimmungen andererseits, enge Grenzen gesetzt. Dadurch hat das Parlament recht wenig Gestaltungsmöglichkeiten in der EZA.

Punkt zwei meiner Hypothese lautete: Aus den Plenardebatten zu den Entwicklungsgesetzen kann man nicht nur die Einstellung des Abgeordneten und der Parteien zur EZA herauslesen, sondern auch einen allgemeinen EZA-Diskurs des Nationalrats ableiten.

Da laut Jäger die Diskursstränge den Diskurs bilden und ich die verschiedenen Diskursfragmente und -stränge herausgearbeitet und untersucht habe, bin ich der Meinung, durchaus einen allgemeinen EZA-Diskurs des Nationalrates ableiten zu können.

Wie in Kapitel 1.2. schon bemerkt, hat der Nationalrat im untersuchten Zeitraum (1961-2006) ca. einhundert verschiedene Gesetze verabschiedet, welche die österreichische Entwicklungszusammenarbeit direkt betreffen, einen Großteil davon einstimmig und ohne Plenardebatte, die meisten davon Finanzierungsgesetze der EZA. Eine Zahl, die für sich genommen durchaus darauf schließen lässt, dass die EZA im Nationalrat sehr wohl ein Thema ist. Vergleicht man diese Zahlen aber mit einem Thema, welches die Bürger direkt betrifft, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Nehmen wir z. B. die Verkehrsordnung her. Allein in den Jahren 2002-2006 hat der Nationalrat über 35 verschiedenste Gesetze bzw. ihre Novellierung verhandelt, welche den Straßen-,

Schienen-, Wasser- oder Luftverkehr zum Thema haben.³²⁶ Die Verkehrsordnung gehört ohne Zweifel zu den Themen, welche die Bürger direkt betreffen und damit logischerweise auch im Nationalrat eine weitaus höhere Priorität haben als jene wie die EZA, welche die Bürger nur indirekt betreffen.

Die EZA ist dem Nationalrat ein Anliegen und als solche unumstritten. Die EZA selbst wurde zu keiner Zeit im Nationalrat in Frage gestellt, auch wenn die Parlamentsparteien und ihre Abgeordneten durchaus unterschiedliche Standpunkte zur Gestaltung der EZA hatten und haben. Dass sich Österreich an der EZA beteiligen soll und muss, ist im Nationalrat ebenso Konsens, wie die Überzeugung, dass die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sowohl in ihrer Qualität und insbesondere auch in ihrer Quantität mangelhaft ist. Zweimal hat der Nationalrat einen einstimmigen Entschließungsantrag an die Bundesregierung gestellt, in dem er sie aufforderte, die österreichische EZA zu verbessern. Zur Verbesserung und Ausweitung der EZA ist der Nationalrat auch bereit, der Bundesregierung mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Ziel, die „0,7“ zu erreichen, ist im Nationalrat unumstritten.

Abschließend bleibt noch festzuhalten, dass die EZA natürlich weiterhin im Nationalrat diskutiert werden wird. In ihren Parteiprogrammen bekannten und bekennen sich die Parlamentsparteien zur EZA, sie ist seit Jahrzehnten offizieller Teil der österreichischen Politik. Eine grundlegende Änderung dieses Standpunktes erscheint derzeit (2009) sehr unwahrscheinlich, ebenso der Einzug einer Partei in den Nationalrat, welche die Entwicklungszusammenarbeit an sich ablehnt.

□

³²⁶ vgl.: Regierungsvorlagen der XXII. Gesetzgebungsperiode, die Gesetzesvorschläge beinhalten. siehe: http://www.parlament.gv.at/PG/VHG/VHGNR/RV_RVS/GESVOR/XXII.shtml letzte Änderung: 5. 4. 2008 (letzter Zugriff: 19. 1. 2009)

4.1. Zusammenfassung

Die Entwicklungszusammenarbeit der Republik Österreich wird durch (Entwicklungs)gesetze geregelt. Sie bestimmen, wie die österreichische EZA gestaltet wird. Nur eine Institution in Österreich hat das Recht, (Entwicklungs)gesetze zu verabschieden, das österreichische Parlament. Trotz dieser einzigartigen Position ist der tatsächliche Einfluss des Parlaments auf die Entwicklungszusammenarbeit begrenzt. Diese Diplomarbeit beleuchtet, wie im Nationalrat die Entwicklungszusammenarbeit diskutiert wird.

Im Untersuchungszeitraum 1961-2006 hat der Nationalrat ca. hundert Entwicklungsgesetze verabschiedet, zehn von ihnen nach Plenardebatten. Kernstück dieser Diplomarbeit ist die Untersuchung dieser zehn Plenardebatten. Wie haben die Abgeordneten argumentiert? Was waren ihre Beweggründe, einem Entwicklungsgesetz zuzustimmen oder es abzulehnen? Wie wollten sie die Entwicklungszusammenarbeit gestalten? Wie stehen eigentlich die Parlamentsparteien zur EZA? Und schließlich: Was ist der allgemeine Entwicklungspolitische Diskurs im Nationalrat, was ist umstritten, was nicht?

4.2. Abstract

Development laws regulate the development aid of the Austrian Republic. They decide how the Austrian development aid is shaped. There is only one institution in Austria, which has the right to pass (development) laws, the Austrian parliament. Despite this extraordinary position, the real influence of the parliament is limited. This diploma thesis sheds light on shows, how development work is discussed in the Nationalrat (the main chamber of the parliament).

From 1961 until 2006 the Nationalrat passed around onehundred development laws, ten of them after a public debate. An essential part of this thesis is an analysis of those ten public debates: What did the MPs say? What where there reasons to pass or refuse a development law? How did they want to design the development aid? What is the position of the parliamentary parties concerning development aid? And finally: what is the generally accepted discourse about development in the Nationalrat, what is discussed, what is not?

5. Quellenverzeichnis

Die stenographischen Protokolle des Nationalrats

StPrNR/66.Sitzung/IX.GP/S. 2739-2749
StPrNR/78.Sitzung/XIII.GP/S. 7524-7527
StPrNR/111.Sitzung/XIII.GP/S. 11039-11053
StPrNR/95.Sitzung/XV.GP/S. 9532-9536
StPrNR/18.Sitzung/XVI.GP/S. 1428-1457
StPrNR/143.Sitzung/XVI.GP/S. 12552-12557
StPrNR/117.Sitzung/XVII.GP/S. 13891-13901
StPrNR/95.Sitzung/XXI.GP/S. 96-156
StPrNR/103.Sitzung/XXI.GP/S. 100-115
StPrNR/28.Sitzung/XXII.GP/S. 197-212

Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats

724 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Quellen

Albrecht, Christine: „Aktuelle Trends in der Entwicklungszusammenarbeit Dänemarks und Österreichs“. Diplomarbeit, 2007, Universität Wien

Basch-Ritter, Renate: Österreich auf allen Meeren. Die Geschichte der k. u. k. Kriegsmarine 1382-1918. Graz. Styria, 1987

Braunburger, Stefan: Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba: Als die Welt am Abgrund stand. Frankfurt. Campus-Verlag, 2002

Byrne, Hugh: El Salvador's Civil War. A Study of Revolution. Boulder. Rienner, 1996

Danner, Mark: The Massacre at El Mozote. A Parabel of the Cold War. London. Paperback, 1994

Dickinger, Christian: Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co. Wien. Ueberreuter, 2001

Ensalaco, Mark: Chile under Pinochet. Recovering the Truth. Philadelphia. University of Pennsylvania Press, 2000

Feist, Peter: Die Berliner Mauer. Berlin 1961-1989; wie sie entstand, wie sie funktionierte, wie sie fiel. Berlin. Kai Homilius Verlag, 1997

Fontaine, Pascal: Kuba: Der fast nicht endende tropische Totalitarismus. in Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror. München. Piper, 2004

Fontaine, Pascal: Nicaragua: Das Scheitern eines totalitären Projekts in Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror. München. Piper, 2004

Fuchs, Roland: Osteuropa – Konkurrenz für die 3. Welt? Entwicklungsfiananzierung und Handelsbeziehungen der Industrieländer zu Osteuropa und den Entwicklungsländern seit der Ostöffnung 1989 unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Union und Österreichs. Diplomarbeit, 1998, Universität Wien

Fuchs, Thomas: "Die Good Governance" Diskussion der Jahre 1989-1994. Bern. Paul Haupt Verlag, 1998

Ganglbauer, Stephan: Wahl-Gewinne, Profil-Verluste. Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik. Wien. Edition Praesens, 1995

Grüne Alternative: Für ein neues Österreich/Offenes Kurzprogramm 1986. herausgegeben von der Grünen Alternative – Liste Freda Meissner-Blau

Hödl, Gerald: Österreich und die Dritte Welt. Positionen der politischen Elite in Österreich 1945-1994. Wien. Promedia, 2004

Höll, Otmar: Österreichische Entwicklungshilfe 1970-1983. Kritische Analyse und internationaler Vergleich. Wien. Wilhelm Braumüller, 1986

Höll, Otmar/Kernbauer, Hans: Zur Entwicklung der Weltwirtschaft, in: Kramer, Helmut (Hg.): Österreich im internationalen System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien. Wilhelm Braumüller, 1983

Hür, Turan-Bas: Weltbank und ihre Entwicklungshilfe. Wirklichkeit, Utopie oder Betrug. Dissertation, Universität Wien, 1984

Isaacs, Jeremy/Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945-1991. München. Wilhelm Heyne Verlag, 2001

Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Dissertation, Universität Duisburg, 1993

Kadan, Albert/Pekinka, Anton: Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien. Dokumentation und Analyse. St. Pölten. Verlag Niederösterreichisches Pressehaus, 1979

Kapuściński, Ryszard: Die Erde ist ein gewalttägliches Paradies. Reportagen, Essays und Interviews aus vierzig Jahren. München. Piper Verlag, 2002

Kausel, Anton: Österreichs Wirtschaft 1918-1968. Wien. Verlag für Geschichte und Wirtschaft, 1968

Kleindel, Walter: Die Chronik Österreichs. Dortmund. Chronik-Verlag, 1984

Kramer, Helmut (Hg.): Österreich im internationalem System. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick. Wien. Wilhelm Braumüller, 1983

Kreisky, Bruno: Die Herausforderung. Politik an der Schwelle des Atomzeitalters. Wien. Econ-Verlag, 1962

Kriechbaumer, Robert: Parteienprogramme im Widerstreit der Interessen. Die Programmdiskussion und die Programme von SPÖ und ÖVP 1945-1986. Wien. Verlag für Geschichte und Politik, 1990

Kriechbaumer Robert/Sausgruber, Franz: Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien. Böhlau-Verlag, 1995

Krings, Thomas: Sahelländer. Darmstadt. WGB, 2006

Lachmann, Werner: Entwicklungspolitik. München. Oldenbourg, 2004

Nemschak, Franz: Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren. Wien. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. 1970

Neugebauer, Michael: Österreich und Afrika. Dokumentation und Analyse zur Afrikapolitik Österreichs in den Vereinten Nationen. Frankfurt am Main. Peter Lang, 1991

Neuhold, Hanspeter: Neue Internationale Wirtschaftsordnung und Österreich. Wien. Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen, 1978

Newman, Karl J.: Die Entwicklungsdiktatur und der Verfassungsstaat. Frankfurt am Main. Athnäum Verlag, 1963

Nick, Rainer/Pelinka, Anton: Politische Landeskunde der Republik Österreich. Berlin. Colloquium Verlag, 1989

Ostermann, Gudrun: Die Bezeichnung "Schwerpunktland der österreichischen EZA" und ihre Bedeutung für Nicaragua. Universität Wien, Diplomarbeit, 2003

Österreichische Bundesverfassungsgesetze

Pelinka, Anton: Das politische System Österreichs, in Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Westeuropas. Opladen. Leske + Budrich Verlag, 2003

Pelinka, Anton/Welan, Manfried: Demokratie und Verfassung in Österreich. Wien. Europa-Verlag, 1971

Pilz, Brigitte: Entwicklungstheorien und Engagement für die Dritte Welt. Diplomarbeit, Universität Wien, 1981

Pohl, Walter/Rüthemann, Guido/Steiner, Hans: Geschäfte mit der Entwicklung. Am Beispiel Österreich-Dritte Welt. Wien. Südwind, 1986

Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen. Wien. Ueberreuter, 2005

Rademacher, Franz-Josef: Global Marshall Plan – Ein Planetary Contract. Für eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft. Wien. herausgegeben vom Ökosozialen Forum Europa, 2004

Raffer, Kunibert/Singer, Hans W.: The Economic North-South Divide. Six decades of unequal development. Cheltenham. Edward Elgar Publishing, 2001

Reiter, Erich: Programm und Programmentwicklung der FPÖ. Wien. Universitäts-Verlagsbuchhandlung, 1982

Rivera-Aboleda, Fredy: Die österreichische Entwicklungspolitik aus dem Blickwinkel der Menschenrechte dargestellt am Beispiel Guatemalas und Nicaraguas in der Zeit von 1979-1986. Diplomarbeit, Universität Wien, 1994

Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf. Wien. Wilhelm Heyne Verlag, 1992

Schicho, Walter: Handbuch Afrika, Band 3, Nord und Ostafrika. Frankfurt am Main. Brandes & Apsel/Südwind, 2004

Schreiber, Eduard: Die Verschuldungskrise der Dritten Welt und das internationale Krisenmanagement seit 1982 unter besonderer Berücksichtigung der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Diplomarbeit, Universität Wien, 1995

Schröck, Alexander: Die Außenpolitik der USA in Mittelamerika am Beispiel von Nicaragua und El-Salvador bis zum Ende der Regierung Reagan. Diplomarbeit, Universität Wien, 1990

Senghaas, Dieter [Hrsg.]: Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main. Surkamp, 1983

Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main. Surkamp, 1987

Sheehy, Gail: Gorbatschow. Der Mann der die Welt verändert hat. München. List Verlag, 1991

Stäuber Roland: Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die freiheitliche Partei Österreichs (FPOe). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945. Dissertation, Universität Zürich, 1974

Steininger, Gerhard: Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Wien. Edition Steinbauer, 2007

Tichy, Gunther: Sechs Phasen der österreichischen Wirtschaftsentwicklung und der österreichischen Wirtschaftspolitik in: Mantl, Wolfgang (Hg.): Politik in Österreich. Die zweite Republik: Bestand und Wandel. Wien. Böhlau-Verlag, 1992.

Twele, Cord: Die Entwicklungspolitik der Weltbankgruppe vor dem Hintergrund der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ seit Beginn der achtziger Jahre. Frankfurt am Main. Peter Lang, 1995

Urban, Johannes: Die Bekämpfung des Internationalen Islamistischen Terrorismus. Wiesbaden. Verlag für Sozialwissenschaften, 2006

Westphal, Sabine: Der Populismus der FPÖ unter Jörg Haider. Diplomarbeit, Universität Wien, 1994,

Woodward, Bob: Geheimcode Veil: Reagan und die geheimen Kriege der CIA. München. Droemer/Knaur, 1987,

Internetquellen

2006 Human Development Report. in:

http://hdr.undp.org/hdr2006/statistics/countries/country_fact_sheets/cty_fs_AUT.html

(letzter Zugriff: 30. 6. 2007)

Abkommen von Cotonou. hier zitiert nach:

<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r12101.htm> (letzter Zugriff: 27. 5. 2007)

About Fair Trade. in: http://www.fairtrade.net/about_fairtrade.html (letztes Zugriffsdatum: 29. 6. 2007)

About the MDGs. Basics. hier zitiert nach: <http://www.undp.org/mdg/basics.shtml> / (letztes Zugriffsdatum: 11. 3. 2009)

About UNCTAD. in:

<http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intItemID=1530&lang=1> (letzter Zugriff: 19. 8. 2007)

ada: Zentralamerika. in: <http://www.entwicklung.at/laender-und-regionen/zentralamerika.html> (letzter Zugriff 14. 3. 2009)

Agez. in: <http://www.oneworld.at/AGEZ/> (letztes Zugriffsdatum: 4. 6. 2007)

Außenhandel. letzte Änderung 17. 11. 2008, in: http://www.statistik-austria.at/web_de/services/wirtschaftsatlas_oesterreich/aussenhandel/index.html (letzter Zugriff: 10. 3. 2009)

Bundesgesetz zur Änderung des EZA-Gesetzes. hier zitiert nach:
http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXII/I/I_00149/fname_005315.pdf

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Österreichs Außenwirtschaft. Eine Erfolgsstory. hier zitiert nach: <http://www.bmwa.gv.at/NR/rdonlyres/137AD334-D83C-4C92-89A8-2D61AEB2203B/0/Estory0707rev1.pdf> (letzter Zugriff: 29. 9. 2007)

BZÖ-Parteiprogramm. hier zitiert nach:

http://www.bzoe.at/download/programme/bzoe_positionen.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

BZÖ-Wahlprogramm. hier zitiert nach:

<http://www.bzoe.at/download/programme/wahlprogramm.pdf> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Cancun I, Cancun II are trying to repeat rewritten history? hier zitiert nach:

<http://www.twinside.org.sg/title/5430a.htm> (letzter Zugriff: 30. 5. 2007)

economiesuisse: Aktuelle Probleme der schweizerischen Entwicklungshilfe. 14. 5. 2007, hier zitiert nach:

http://www.economiesuisse.ch/web/de/PDF%20Download%20Files/dosspol_Global_20070514.pdf (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

Entwicklungszusammenarbeitsgesetz. hier zitiert nach:

http://www.bmeia.gv.at/view.php3?f_id=8264&LNG=de&version (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

EZA-Leistungen. Gesamte öffentliche EZA. Zahlen und Fakten 2006. In: <http://www.eza.at/index1.php?menuid=2&submenuid=241>. updated: 7. 4. 2008. (letzter Zugriff: 17. 1. 2009)

Ferraro, Vincent/Rosser, Melissa: Global Debt and Third World Development. in: Klare, Michael/Thomas, Daniel (Hg.): World Security. Challenges for a New Century. New

York. St. Martin's Press, 1994, S. 332-355, hier zitiert nach:
<http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/globdebt.htm> (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. in:

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=360271&DstID=363 (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

Godsberg, Alicia: Anti-Ballistic Missile Treaty. hier zitiert nach:
<http://www.fas.org/nuke/control/abmt/> (letzter Zugriff 8. 1. 2009)

Grundlagen der EZA. EZA-Organisationen. Die Zuschüsse privater Organisationen. In:
<http://www.eza.at/index1.php?menuid=1&submenuid=23>. updated: 29. 1. 2008. (letzter Zugriff: 17. 1. 2009)

Human Development Report 2003. Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty. New York. Oxford University Press, 2003, hier zitiert nach: http://hdr.undp.org/en/media/hdr03_complete.pdf (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Inter-American Investment Cooperation: Agreement Establishing the Inter American Investment Cooperation. hier zitiert nach: <http://www.iic.int/images/charterenglish.pdf> (letzter Zugriff: 22. 2. 2007)

Inter-American Investment Cooperation. Member Countries. hier zitiert nach:
<http://www.iic.int/membercountries/> (letzter Zugriff: 10. 3. 2009)

Interimsabkommen zwischen der UdSSR und der USA über bestimmte Maßnahmen hinter der Begrenzung der von strategischen Offensivwaffen. hier zitiert nach:
<http://www.peterhall.de/treaties/treaty2.html> (letzter Zugriff: 8. 1. 2008)

International Development Association: What is IDA? updated: February 2007
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/IDA/0,,contentMDK:>

[20051270~menuPK:83991~pagePK:51236175~piPK:437394~theSitePK:73154,00.html](http://www.hanser.de/20051270~menuPK:83991~pagePK:51236175~piPK:437394~theSitePK:73154,00.html)

(22. 1. 2009)

Kaestner, Uwe: Lateinamerika-Rückblick auf das Wahljahr 2006. hier zitiert nach:
<http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2007/LA-2006.pdf> (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Schlussakte. hier zitiert nach:
http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf (letzter Zugriff: 8. 1. 2009)

Kucher, Andrea: Erzählungen über Irak-Reise. „Es gibt auch Privat-Politisches“. erschienen am 19. 7. 2002 in der Tageszeitung „Die Presse“, hier zitiert nach:
<http://www.diepresse.at/home/politik/innenpolitik/264580/index.do> (letztes Zugriffsdatum 13. 7. 2007)

Ludermann, Bernd: Schöngerechnet. hier zitiert nach:

http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/01-2007/trib_art4.html (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Looney, Robert: New International Economic Order in: Jones, R.J.B. (Hg.), Routledge Encyclopedia of International Political Economy. London. Routledge, 1999, hier zitiert nach: http://web.nps.navy.mil/~relooney/routledge_15b.htm (letzter Zugriff: 17. 8. 2007)

Mehr Geld für Entwicklungshilfe. Gemeinsamer Appell von Bundespräsident Fischer und Kardinal Schönborn. in: <http://www.oneworld.at/start.asp?ID=6095> (letzter Zugriff: 14. 3. 2009)

Messner, Johannes: Kurz gefasste christliche Soziallehre. Erzbischöfliches Sekretariat-Hausdruckerei der Erzdiözese Wien, 26. 9. 2001, hier zitiert nach:
http://www.univie.ac.at/messner-gesellschaft/christliche_soziallehre.pdf (letztes Zugriffsdatum: 13. 7. 2007)

Monterrey Consensus on Financing for Development. united nations, 2003, hier zitiert nach: <http://www.un.org/esa/ffd/monterrey/MonterreyConsensus.pdf> (letzter Zugriff: 11. 3. 2009)

Oxfam Briefing Paper: From ‘Donorship’ to Ownership? Moving Towards PRSP Round Two. hier zitiert nach:

http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/democracy_rights/downloads/bp51_prsp.pdf (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

Parteiprogramm der FPÖ von 1997. hier zitiert nach:

<http://www.fpoe.at/index.php?id=6606> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Parteiprogramm [der Grünen] von 2001. hier zitiert nach:

http://www.gruene.at/uploads/media/grundsatzprogramm2001_03.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Parteiprogramm der ÖVP von 1995, hier zitiert nach:

<http://www.oepv.at/download/000298.pdf> (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Parteiprogramm der SPÖ von 1998, hier zitiert nach:

http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf (letzter Zugriff: 19. 7. 2007)

Regierungsvorlagen der XXII. Gesetzgebungsperiode, die Gesetzesvorschläge beinhalten. siehe:

http://www.parlament.gv.at/PG/VHG/VHGNR/RV_RVS/GESVOR/XXII.shtml letzte Änderung: 5. 4. 2008 (letzter Zugriff: 19. 1. 2009)

Reuke, Ludger: Die deutsche Entwicklungspolitik im Spiegel der Entwicklungsfinanzierung. In: Ibeh, Martin Joe und Wiemeyer, Joachim (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Paderborn. Ferdinand

Schöningh, 2006, S. 125-139, hier zitiert nach: <http://www.germanwatch.org/ez/d-efin06.pdf> (letzter Zugriff: 7. 1. 2009)

Revitalization of the World Economy and Contributions to the North-South Conflict, hier zitiert nach: <http://www.mofa.go.jp/policy/other/bluebook/1982/1982-3-2.htm> (letzter Zugriff: 30. 5. 2007)

Robinson, Simon: Why Pakistan Matters. erschienen am 3. 1. 2008 in der Zeitschrift TIME, hier zitiert nach: <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1699642-2,00.html> (letzter Zugriff: 12. 3. 2009)

Sauer, Walter: Gewerkschaften und der Nord-Süd Konflikt. 1994, hier zitiert nach: <http://www.oegb.or.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheader=application%2Fpdf&blobkey=id&blobtable=Dokument&blobwhere=1053969035479> (letzter Zugriff: 24. 1. 2008)

Schlagwortsuche, Nationalrat und Bundesrat (ab 15. 1. 1996) in der XXI. Gesetzgebungsperiode, Schriftliche Anfragen. Letzte Änderung: 5. 4. 2008, hier zitiert nach:

http://www.parlament.gv.at/portal/page?pageid=908.117778&dad=portal&schema=PORTAL&P_NR=XXI (letztes Zugriffsdatum 13. 7. 2007)

Schulz, William F.: Tainted Legacy. Dancing with Dictators. hier zitiert nach: http://www.amnestyusa.org/Fall_2003/Tainted_Legacy_Dancing_with_Dictators/page.do?id=1105156&n1=2&n2=19&n3=343 (letzter Zugriff: 25. 1. 2008)

START I at a Glance. 2009, hier zitiert nach:

<http://www.armscontrol.org/factsheets/start1> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

StPrNR/168.Sitzung/XX.GP/S. 84, hier zitiert nach:
http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XX/NRSITZ/NRSITZ_00168/fnameorig_114325.html (letzter Zugriff: 23. 10. 2007)

The Non-Alignment Movement. Description and History. in:
<http://www.nam.gov.za/background/history.htm> (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

The Tobin Tax. An international tax on foreign currency transfers. hier zitiert nach:
<http://www.chebucto.ns.ca/Current/P7/bwi/ccctobin.html> (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

Treaty between the United States of America and the Union of the Socialist Soviet Republics on the Elimination of their Intermediate-Range and Shorter Range Missiles. hier zitiert nach: <http://www.state.gov/www/global/arms/treaties/inf1.html#treaty> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

Weissensteiner, Friedrich: Norbert Steger, der erste FPÖ-Vizekanzler. erschienen am 11. 9. 2004, hier zitiert nach: <http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/steger.htm> (letzter Zugriff: 23. 10. 2007)

What are SAPs?, hier zitiert nach:
<http://wwwnew.towson.edu/polsci/ppp/sp97/imf/POLSAP1.HTM> (letzter Zugriff: 11. 1. 2009)

Winter, Johannes: Die Entwicklungspolitik im Wandel der Zeit. hier zitiert nach:
http://www.science-at-home.de/referate/guests/entwicklungspolitik_1.php (letzter Zugriff: 22. 1. 2009)

Lebenslauf von Daniel Marjanović

Persönliche Daten:

Daniel Marjanović
geboren am 16. 03. 1985 in Linz
Staatsbürgerschaft: österr.

Schul- und Hochschulbildung:

1995-2001 GRG 12 Erlgasse
2001-2003 RG Pichlmayergasse
4. 6. 2003 Matura (Mathematik, Deutsch, Englisch, Französisch, Geschichte, Geographie und Religion)
Seit 2003 Studium der Internationalen Entwicklung (mit den Wahlpflichtfächern Internationale Politik und Globalgeschichte).

Fremdsprachenkenntnisse

Englisch: fließend
Französisch: Maturaniveau